

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustr. Sonntagsbeilage „Neue Welt“ 10 Pf. Vorkosten: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Einget. in der Post-Registrierung. Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Zeilen oder deren Raum 40 Pf., für Verlags- und Berichtsungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verleger: J. M. H. 1896. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 22. April 1896.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Dunkle Punkte.

Zwei Tage lang hat der deutsche Reichstag sich mit dem Duell beschäftigt. Daß solches noch notwendig, ist ein dunkler Punkt in dem politischen Leben und Sein des deutschen Volkes.

Das deutsche Volk nennt sich ein Kulturvolk und der leitende Staat Deutschlands hat sich einstweilen, im stolzen Bewußtsein seiner Kulturhöhe „Intelligenzstaat“ genannt. Jüdischheit der Titel berechtigt ist, das wollen wir hier nicht untersuchen, indes das können wir getrost sagen: das Land, welches der Menschheit einen Dürer, einen Lessing, einen Goethe, einen Kant, einen Mozart, einen Beethoven gegeben, braucht, wenn die Höhe des Kulturniveau's gemessen wird, hinter keinem Lande der Welt zurückzustehen.

Und doch! Was ist Kultur? Und was ist Gegenheil der Kultur? Duelle in seiner „Einleitung zur Geschichte der Zivilisation“ mißt den Grad der Kultur nach der Achtung des Menschenlebens, und den Grad des Kulturgegentheils: der Barbarei nach der Achtung des Menschenlebens — oder etwas weniger brutal ausgedrückt — nach der Kunst der Verhinderung des Menschenlebens. Wer die meisten Feinde erschlagen hat, erschlagen im Massenkampf oder im Einzelkampf, der gilt dem Wilden als der Beste, als Griechischhoaristos, — und aus diesem Begriff und Fort ist auch der Begriff und Name Aristokratie hervorgegangen. Denn die aristoi, die Besten oder „Edelsten“, welche über den gemeinen Plebs hervorragten, sich Chimborasso hoch erhaben über ihm dünkten, waren zu keiner Zeit die geistig Hochstehenden — das Geistige war ein ganz nebensächliches Moment — sondern die körperlich Stärksten, die Wehhaftesten, das heißt die, welche es in der Kunst des Tödtens von Mitmenschen am weitesten gebracht hatten.

Und diese barbarische Anschauung, dieser Auswuchs der vor-kulturellen Wild- und Rohheit hat sich auch über das Ende der eigentlichen Barbarei hinaus erhalten und erstreckt sich, anachronistisch fortwährend, bis in die moderne Kulturzeit hinein, — bei einigen Kulturvölkern, bis in die Gegenwart. Und zu den Ländern, deren Kultur am meisten durch Rückschläge aus finsterner Barbareizeit verzerrt wird, gehört leider auch unser Deutschland, wo die Kunst, Menschen zu tödnen, in der zweiseitigen Form des Massenkampfes und des Einzelkampfes: des Militarismus und des Duells gepflegt und gehegt wird.

Gehegt allerdings nur in einem beschränkten Kreis, der aber unglücklicherweise ein maßgebender Kreis ist. Dieser maßgebende Kreis fällt zusammen mit jener kleinen aber mächtigen Partei, welche seit einem Halbjahrhundert ihr Wesen treibt, nachdem sie als gemeinschädlich, dem Land und der Dynastie gefährlich, die sich zu jener Zeit mit den Interessen des Landes eins gemacht hatte, Jahrhundertlang vom Vordergrund der politischen Bühne entfernt, zu einer untergeordneten Rolle verurteilt gewesen war.

Die kleine aber mächtige Partei! Sehr klein — ein paar Zehntausend von Menschen unter 50 Millionen — ein Punkt im Meere. Allein ein Punkt, der ins Auge sticht, ein Punkt, der nicht Licht, nein, der Finsternis ausstrahlt, ein dunkler Punkt, aus dem sich seit zwei Menschenaltern, wie aus einer unerlöschlichen Pandorabüchse, Unheil auf Unheil über uns ergießt — Polizeiwirtschaft, Ohm, Bödsche, Stieber, Spikerei, Schnüffelei, Morderei, Sozialistengesetz, Tendenzprozesse, Schulgesetz, dolus eventualis, Hammerstein, Militarismus, Duell. Immer derselbe dunkle Punkt, aus dem das Uebel herkommt und sich über uns entladet — und vor allen das Zwillingssübel: der exklusiv militärische Geist und das Duell, beides Fleisch von dem gleichen Fleisch, Gift von dem gleichen Gift — ein Uebel in zweierlei Gestalt: das große Uebel und das kleinere Uebel. Das kleinere noch riesengroß, der Kultus des Mordes, der Kultus der Mordwaffe und des Einzelmordes.

Mit den Auswüchsen des Militarismus, welcher eine der Grundlagen des Deutschen Reiches von Schlachtengotts Gnaden geworden ist, schlägt der Reichstag, oder richtiger: schlägt die Sozialdemokratie im Reichstag sich seit dem Tage herum, da der erste Reichstag im neuen Deutschland zusammentrat. Und zwei Tage lang hat der Reichstag sich jetzt mit dem Duell herumgeschlagen, nachdem er mehrmals schon stüchtige Versuche gemacht hatte, den dunklen Punkt, den schwarzen Fleck wegzutragen. Oder ist's eigentlich nicht ein rother Fleck? Ein Blutstreck? Und bei Nacht ist roth schwarzer als Schwarz, was jedem Alpenwanderer bekannt.

Zwei Tage lang vom Duell geredet im deutschen Reichstag. Zwei Tage lang auseinandergesetzt, daß ein Gallunke, der einen ehrlichen Mann, nach Hammerstein's langbewährtem Rezept, „vor die Pistole fordert“, dadurch kein ehrlicher Mann wird; daß ein Schuft nicht aufhört ein Schuft zu sein, wenn er zum Mörder wird; daß kein Dritter die Ehre eines Menschen zerstören kann; daß der Messerhieb und der Duellhieb aus einem Holze geschnitten sind und nebeneinander auf die Kullagebank und ins Zuchthaus gehören; daß die „Standesehre“, die nur durch das Duell gehahrt werden kann, eine Ausgeburt blödsinniger Barbarei und ein Deckmantel tiefster sittlicher Verkommenheit ist; daß ein Pistolenschuß ebenso wenig ein Beweis persönlicher Tüchtigkeit als wissenschaftlicher Wahrheit sein kann.

Darüber zwei Tage lang gesprochen am Ende des 19. Jahrhunderts im Kreopag des Volkes der Denker! Warum nicht Tage lang darüber debattirt, daß die Erde sich um die Sonne dreht, und nicht die Sonne um die Erde — daß zweimal zwei vier ist und nicht fünf — daß Stehlen, Morden, Lügen keine verdienstvollen Handlungen sind? Was ließ sich da sagen? Was, das nicht bereits tausendmal gesagt war?

auch diese Felder, aber die Leute mußten warten, bis er mit der Bestellung seiner übrigen Acker zu Ende war. Deshalb kamen auch die Kleinen mit ihrer Ernte stets am spätesten.

Jacob Weiß, der Lehrer von Mülhessen, baute sein Brotgetreide und seine Kartoffeln auf Feldern, deren Ackerbau ihm seine verschiedenen Aemter gewährten. Ein Feld und eine kleine Wiese hing mit der Schule zusammen, einen zweiten Acker bebaute er als Kantor, und als Entschädigung dafür, daß er dem Priester die Wehgewänder an- und auszog, die Glocken läutete und die Kirche segnen ließ, das Tauf- und Trauungsbuch sowie das Messe-Register in Ordnung hielt, den Wehwein und die gespendeten Wachskerzen verwahrte, stand ihm die Nutzung eines dritten Feldes zu. Viel war das insgesamt nicht, und noch jedes Jahr hatte er Brot und Kartoffeln und Kraut zu kaufen müssen. Seine Wirtschaftsweise war immer die gleiche. Jedes Jahr baute er Korn, etwas Gemenge und Kartoffeln, nur standen das eine Jahr unter den letzteren einige „Vorschen“, die er zu Sauerkraut verhobelte, im anderen einige Kohlhäupter. Die meiste Sorge machte ihm immer das Aekern. Seine zwei Kühe konnte er dazu nicht brauchen, sie gaben sonst keine Milch, und von den Bauern that selten einer etwas für Gottes Lohn. So kam es, daß er auch stets unter den letzten war, die ihre Erdäpfel gruben. Viel Arbeit machte das nicht; ein Drittel waren freiz Frühkartoffeln, und die waren in täglichen Portionen herausgenommen und verzehrt worden, ehe denn der Herbst gekommen.

Für die ganze Lehrerfamilie war das Kartoffelgraben sozusagen ein Fest. Nicht gerade wegen der Annehmlichkeiten, die es bot, das ermüdende Aekern, Wühlen und Klauen; aus einem anderen Grunde. Nie, an keinem Tage des Jahres sahen sie so viel Kartoffeln auf einem Haufen zusammen, die ihnen gehörten. Und dann diese gewisse Sicherheit: Kartoffeln mußte es geben, es fragte sich nur, wie viel. So wurde denn an diesen zwei oder drei Tagen,

Dieses zweitägige Reden von dem dunklen Punkt ist an sich selber ein dunkler Punkt.

Und in diesem dunklen Punkt, oder wenn man lieber und korrekter will: neben diesem dunklen Punkt noch ein anderer dunkler Punkt.

Niemand wagt den dunklen rothen Blutstreck zu vertheidigen, nicht einmal ihn zu beschönigen — der Reichstag war einstimmig in der Verdamnung. Das fast noch rauchende Blut der letzten Opfer des Duells, „Mordkultus“ schreit zu laut zum Himmel. Und doch bleibt ein Fleck da — seine Hand rührt sich, um ihn wegzuwaschen, um Deutschlands Ehre von dem häßlichen Fleck des Vorurtheils der „Standesehre“ zu reinigen. Keine Hand rührt sich, und schon blickt die Mehrheit des Reichstages nach dem gold- und diamanten-glitzernden Stachel- und Stahlhieb, das jenen Kreis umgibt, der dieses Vorurtheil festhält, die Hand zerreißt, welche hineingreifen will, und ein stummes noli me tangere! zuherischt! Näht mich nicht an! Hier hat die gemeine bürgerliche Welt nichts zu suchen! Hier in diesem exklusiven Kreis, der für das gemeine Volk ein geheimnißvoller Zauberkreis ist, waltet ein anderer Geist, ein höherer Geist, der den gemeinen bürgerlichen nicht beachtet. Hier hört die Macht des gemeinen, für die bürgerliche Welt geltenden Sittengesetzes auf, hier gilt ein anderes, ein höheres Gesetz, das der gemeinen Auffassung spottet, den Duellmord unter Umständen zur Ehrenpflicht stempelt, die Achtung vor dem Menschenleben als jämmerliche Feigheit verachtet. Hier endet das Reich der bürgerlichen Rechtsauffassung, hier endet aber für breite parlamentarische Kreise auch das Reich der Kritik — hier waltet für die Benutzten und Genossen, welche in denselben Vorurtheilen befangen sind, das Unnahbare, das Unausprechliche, das Allerhöchste, das Bewunderung und Anbetung heischt, und dem gegenüber das freie Wort ein Verbrechen ist — hier ist die Quelle des Segens oder des Uebels, von der nicht gesprochen werden darf.

Favete linguis! Die Zunge behütet! Und hands off! Die Hände weg! —

Diese Heiligklärung der Standesvorurtheile, das ist von den dunklen Punkten der dunkelste.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 21. April.

Der Reichstag hörte in der heutigen Fortsetzung der gestrigen Debatte zuerst einen bedingten Duellfreund, v. Bennigsen. Jedem verurtheilenden Sage ließ er drei entschuldigende folgen. Er fühlte sich in seiner alten Korpsstudentenherlichkeit. Dabei suchte er die duellgegnertischen Parteien, namentlich die sozialdemokratische, zu verächtlichen und durch ein Wetter gegen die Pariser Kommune die Aufmerksamkeit vom Gegenstande abzulenken. Abg. Richter rügte dies und bezeichnete es als die Auf-

wenn der Unterricht zu Ende, das ganze Haus abgesperrt, und alles ging aufs Feld, selbst „s Mucker“, der kleine häßliche Köter, der eine Stimme hatte wie ein närrisches Daserhuhn.

In diesem Jahre hatte die Lehrerin wegen ihres Kinderbettes gefürchtet, beim Erdäpfelgraben nicht mit dabei sein zu können. Aber sie hatte es dann doch möglich gemacht, und war, ihren Jüngsten, den man Christoph getauft, in einem Tuch auf dem Rücken tragend, mit hinausgezogen. Auf dem ganzen Wege wog sie die Chancen ab, ob die Kartoffeln gerathen sein würden oder nicht. Die Frühkartoffeln sagten nichts, aber die Bauern hatten keine verdrießlichen Gesichter gemacht, als sie ihre Ernte übersehanten.

Auch hieß es, daß es in diesem Jahre nicht viel kleine „Bamben“ gäbe. Und ganz plötzlich wurde sie mit großer Zuversicht erfüllt. Sie hatte das Ihre gethan und die kleine Lene zu sich genommen, trotzdem sie selbst zu würgen und zu beißen hatte. Da konnte sie doch der Herrgott nicht im Stiche gelassen haben! Nein, das war unmöglich.

Endlich war man auf dem Felde. Der Lehrer, der in seiner ausgebleichten Jacke wie ein Tagelöhner aussah, griff zur Gabel, ein gleiches that Kaspar. Rosel und die beiden größeren Mädchen klauten, Lene und die kleine Franzel gingen vor den Grabenden einher, zogen die Schöpfe aus und beutelten das Kraut ab. Sie mußten oft sehr stark reißen, die Stengel der „rothen Zwiebel“ waren noch ganz grün. Die Lehrerin hatte sich auf den Rain gesetzt, auf dem die beiden Kühe grasen, und sah zu. Nach einer Weile erhob sie sich, schritt um alle vier Seiten des Feldes, zog einen Schopf nach dem andern aus und zählte und betrachtete aufmerksam die Knollen, die an den Wurzeln hingen. Einigemal nickte sie befriedigt, aber immer öfter schüttelte sie wehmüthig das Haupt. Dann stellte sie sich hinter ihren Mann, beobachtete, wie viel Kartoffeln nach jedem Gabelschwung hervorkollten. Und sie ging zum Wagen, blickte hinein und stieß einen tiefen Seufzer aus.

Terre.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

3.

Die großen weiten Felder zwischen Mülhessen und Rahengrün waren so gut wie abgeräumt. Nur strichweise schimmerte das graue Grün eines Krautackers, in der Mitte bligte das rothe Dach einer Hieselhütte, um sie herum nebeneinander und untereinander liefen weitansgehende dunkle Linien: Dämme von Leichen, die man aufgelassen, weil die rationelle Fischzucht der böhmischen Großgrundbesitzer jeden Wettbewerb zur Unmöglichkeit gemacht; auf dem fetten Schlammgrund baute man schon seit Jahren schweren bunten Weizen und Braugerste.

Noch vor acht Tagen war die weite tischebene Fläche von einem Gewimmel arbeitender Menschen belebt. Das ganze Dorf war bei der Kartoffelernte. In der Mitte der Felder standen die Wagen mit den hohen „Kalktrüben“, ringsum flachen, gruben und klauten die Männer, Frauen, Burschen und Mädchen. Hell klangen die Zinken der starken Gabeln, wenn sie auf einen Stein trafen und mit Rollen und Poltern entleerten sich die knollenvollen „Pisteln“ und Körbe in die hungrigen Wagen. Auf jedem Acker qualmte ein Feuer, in welchem das oft noch grüne Kraut der Erdäpfel schwälte. Die Ribize wurden wühend, und sie schimpften über den vielen Rauch und Dunst und den Lärm der Menschen wie Kohrspähen.

Heute war das vorüber. Die Bauern hatten ihre Kartoffeln in Keller und Miethen geborgen, nachdem sie sie nach der Größe und Beschaffenheit gesondert. Was noch draußen war an Erdäpfeln, gehörte kleinen, armen Leuten, Handwerkern, Tagelöhnern und Wittwen, die sich mit ihren Kindern schlecht und recht durchs Leben brachten. Die wenigsten von ihnen hatten eigenes Feld. Statt sie als Brache liegen zu lassen, gaben die Bauern einzelne weniger gute Felder beekweise gegen Beistellung des Düngers an die kleinen Leute „auf Raab“. Der Bauer beackerte

gabe, durch ein einstimmiges Votum die Spitze der Staatsleitung zu einer Aenderung ihrer Haltung dem Duell gegenüber zu veranlassen. Sehr bedauerlich fand er es im Interesse der herrschenden Gesellschaftsordnung, daß gerade die Sozialdemokraten immer deren Schäden aufdeckten. Gröber vom Zentrum sprach kräftiger als gestern Bachem. Es beglückte ihn aber das Mißgeschick, daß er in dem Bemühen, die vom Zentrum in der Umsturzkommission eingenommene Stellung gegenüber dem Duell zu rechtfertigen, offen erklärte, das sei zur Rettung der Umsturzvorlage geschehen. Bekanntlich ist vom Zentrum öfter bestritten worden, daß es das Zustandekommen der Umsturzvorlage gemollt habe. Jetzt haben wir auch das Zeugnis des Herrn Gröber dafür, daß das Zentrum die Umsturzvorlage zu Stande bringen wollte, ja, daß ihm an dem Zustandekommen irgend eines Gesetzes gegen die „Umsturzpartei“ mehr lag als an der Uebereinstimmung des Gesetzes mit den sonstigen Ansichten des Zentrums. Herr von Manteuffel suchte Herrn von Rohe zu verteidigen. Das Haus hörte allen diesen Rednern aufmerksam zu. Da es dann aber die meisten nach dem Foyer oder der Restauration lockte, so sprach ein halbes Stündchen lang der Abg. Förster-Neufeldt. Darauf ergriff Vebel nochmals das Wort. Er ging mit Bennigsen gründlich ins Gericht, kritisierte aber auch scharf das Vorgehen der Zentrumsparthei, die für den Duellmord der oberen Klassen durch eine Verschärfung der Strafgesetzebestimmungen über die Beleidigung das Volk und die Presse bestrafen will; dem Frhrn. v. Manteuffel, dem dieser Antrag des Zentrums sehr gefiel und der die gewöhnlichen Strafen wegen Beleidigung viel zu gering fand, erwiderte Vebel treffend, daß der Vordredner sich offenbar nur für die Strafen seiner Klassengenossen interessiere. Bei Sozialdemokraten pflegen die Strafen sehr hoch und sehr oft Freiheitsstrafen zu sein. Für einen Sach, der eine Kritik am Kaiser übte, erhielt Vebel einen Ordnungsruf. Die weitere Debatte verlief sich in einen zwecklosen Disput über die Ansicht der ober jener „Autorität“ betreffs der Form der Gesellschafts-Umwälzung. Laßt die Dinge und laßt die Personen unserer Begleiter doch nur so weiter für uns arbeiten, dann kommen wir ziemlich früh zum Sozialismus — rief Vebel ihnen zu, als sie kein Ende finden konnten. Herr v. Bennigsen bereicherte bei dieser Gelegenheit übrigens die Nationalökonomie um die Bezeichnung „vierte Klasse“ für das Proletariat.

Die Abstimmung hatte ein nicht vorausgesehenes Resultat. Es wurde nämlich der nationalliberale Antrag, die freisinnige Resolution dahin abzuändern, daß die verbündeten Regierungen ersucht werden, „mit allen zu gebote stehenden Mitteln dem mit den Strafgesetzen in Widerspruch stehenden Duellwesen mit Entschiedenheit entgegenzuwirken“, nach Zurückziehung aller anderen Anträge einstimmig angenommen wurde. Demonstrativ entfernte sich vor der Abstimmung — Herr v. Stumm.

Der preussische Minister des Innern und der Justizminister mochten der ganzen Sitzung schweigend bei. Auch Herr v. Böttcher nahm keinen Anlaß, eine Meinung zu äußern. Dieses Schweigen der Herren vom Bundesrathstische ist berechtigt, als die Herren glauben.

Morgige Tagesordnung: Interpellation der Abg. Freiherr v. Manteuffel und Genossen, betreffend die Bestimmungen des Bundesrathes über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien. Zweite Berathung des Anti-Zypantrages.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendet am Dienstag die erste Berathung der Kreditvorlage, soweit sie sich auf die Forderung von Eisenbahnbauten bezieht. Auch heute kamen wieder fast ausschließlich lokale Wünsche zur Sprache und Herr v. Blöb, der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, hielt die Zeit für eine kleine Agitationsrede gekommen, in der er energisch einen weiteren Ausbau des Kleinbahnwesens zum Wohle der Landwirtschaft verlangte; man solle aufhören, nur den Großhandel und die Großindustrie zu unterstützen. — Die Berathung über die zweite Forderung der Vorlage (landwirtschaftliche Kornhäuser) wurde auf Vorschlag des Präsidenten vorläufig ausgesetzt. Am Mittwoch soll zunächst das Lehrerbildungs-Gesetz in dritter Lesung erledigt werden, damit das Petrenhaus, das Ende nächster Woche zusammentritt, Stoff zur Berathung hat. Außerdem stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Ein heißes Eisen, das jedermann, insbesondere jeder bürgerliche Rechtsanwalt schleunigst wieder fallen läßt, nachdem er kaum die Finger darum zusammengeschlossen hat, scheint ein Prozeß zu sein, der sich in Essen angesponnen hat. Der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ wird aus Essen darüber geschrieben:

„Jakob,“ sagte sie, und in ihrer Stimme klang ein leichtes Zittern: „Wir werden kaum so viel kriegen, wie das vorige Mal. Zu spät hineinkommen sind wir mit den Erdäpfeln, ich hab' es mir gleich gedacht.“

Und Jakob sah auf und ihr in die Augen. Er hatte sich dasselbe gesagt, schon nach dem zehnten Gabelstich.

Man fuhr heim. Die Lehrerin hatte sich auf den Wagen gesetzt, Weiß schritt vorn neben den Kühen einher. Keinem war zum Lachen. Der Lehrer hatte noch einen Grund, sich niedergedrückt zu fühlen. Jetzt ging das schon einige Jahre so fort. Jedesmal ließen ihn die Bauern warten mit dem Acker, und bei der Ernte zeigte sich dann erst der Schaden, den das zu späte Bestellen verursacht. Und er mußte ihn tragen, obwohl die Schuld auf andere wies. Ja, einmal hatte er mit den Kartoffeln Glück gehabt: Vor dem Lehrer stand seine Jugend. Vor mehr als zwanzig Jahren war er als Webergeselle nach dem Egerlande gekommen. Aber nirgends hatte er Arbeit gefunden. Da hatte er drunten im Falkenauer Land aus reiner Neugierde im Vorbeigehen einen Erdäpfelschopf gegogen; die Knollen sahen blau und glatt aus, und wenn man die obere Haut abzog, kam ein schönes Rosenroth zum Vorschein. Die Kartoffel gefiel ihm und er stopfte sich eine ganze Tasse voll. Beim alten Lehrer in Mühlhausen, den er ansprach, kam die Rede darauf, er zeigte die Sorte, die man in dieser Gegend noch nie gesehen, ein Wort gab das andere, der alte Lehrer hieß ihn bleiben, und nach Jahren wurde er sein Nachfolger. In vielen Dörfern der Umgegend wurden jetzt diese „Blauen“ gegogen, alle Bauern hatten den Samen der Frühkartoffel von ihm erhalten, was er aber selbst baute, bauen konnte, reichte nur von Jakobi bis Vicenti... Sollte das damals doch ein Diebstahl gewesen sein? Und deshalb...?

Jakob Weiß senkte das Haupt, als erwartete er einen Schlag, und er blickte nicht eher auf, bis der Wagen vor der Schule hielt.

(Fortsetzung folgt.)

„Ende vorigen und Anfang dieses Jahres erschien im Essener „Allgem. Beobachter“, einem bürgerlich-demokratischen Blatte, eine Serie von Artikeln, die einen Herrn Schmidt aus Duisburg zum Verfasser hatten. Herr Schmidt ist ein alter ehemaliger Grubenbesitzer. Wie er in seinen Artikeln behauptet, ist er von seinen früheren Geschäftsfreunden in der schamhaftesten Weise betrogen worden! Da geht es nicht viele Verbrechen, die Herr Schmidt nicht seinen Standesgenossen zur Last legt. Nur einige Blätter des düstigen Straußes seien hier gepflückt. Nach Schmidt haben seine früheren Mit-Grubenbesitzer durch Fälschung der Geschäftsbücher, durch Unterschlagung an Kapitalien, Stehlen der Belege und Schwören von falschen Eiden, ihn (Schmidt) um sein Eigentum gebracht, so daß der nun schon sehr bejahrte Mann nahezu ein Bettler ist.“

Daß der Mann etwa geistig nicht völlig zurechnungsfähig sei, bestreitet der Briefschreiber. Seien seine Beschuldigungen aber wahr, so gehören die von ihm angegriffene Geschäftsmänner ins Zuchthaus. Trotzdem ward keine Beleidigungsklage von den Angegriffenen erhoben. Dies ist um so merkwürdiger, als die Arbeiterpresse aus eigener krautiger Erfahrung ein recht erbauliches Liedchen von der Empfindsamkeit jener Herren singen kann.“

„Etwas geschah aber doch: Zwei Nummern des Allg. Beobachters“ wurden konfisziert wegen Beleidigung der Essener Staatsanwaltschaft. Die heutigen Beamten dieser Behörde sind aber garnicht an der Sache betheiligt, da der hier in betracht kommende Staatsanwalt, heute garnicht mehr im Staatsdienst ist. Jenen wir nicht, so ist der Betreffende wegen Vergehens im Amt aus dem Staatsdienst entfernt worden. Die heutige Essener Staatsanwaltschaft aber fühlte sich dennoch beleidigt und wie schon gesagt, sie konfiszierte zwei Nummern des Allg. Beobachters“. Jetzt erst wird die Sache für den Politiker symptomatisch. Die Angeklagten, Herr Schmidt-Duisburg als Verfasser der Artikel und Herr Schöred-Essen als verantwortlicher Redakteur des „A. B.“ stellten derartige Beweisanträge, daß die Anklagebehörde nachgedrungen die ganze Sache Schmidt in den Kreis ihrer Erwägung zu ziehen hatte, nicht nur die vielleicht eventuell beleidigten 3 bis 4 Zeilen des betreffenden Artikels.“

Zum 18. April war Termin angelegt. Der Angeklagte Schmidt (politisch Antisemit) wandte sich an den Abg. Siebermann v. Sonnenberg — keine Antwort. Darauf unterbreitete Schmidt seine Sache detaillirt dem Reichstags-Abgeordneten Lenzmann, Rechtsanwalt in Hagen. Auch hier keine Antwort! Der Rechtsanwalt Niemeier in Essen, bekannt aus dem Essener Meineidsprozeß, wo er sich sehr tapfer benommen hat, erklärte auf die Anfrage, ob er die Vertbeidigung übernehmen wolle: „Ja, wenn Sie mich damit beauftragen, will ich es thun, doch lieber wäre es mir wenn Sie zu einem anderen gingen.“ Der Angeklagte verzichtete auf Herrn Niemeier und wendete sich an den Rechtsanwalt Kohn in Dortmund und dieser sagte sofort zu. Da — am 18. April war der Termin — erhielt der Redakteur des „A. B.“ von Herrn Kohn die Nachricht, daß er (Kohn) die Vertbeidigung nicht übernehmen könne!

So stand in letzter Stunde der Angeklagte ohne Vertbeidiger da. Zum Glück für ihn wurde der Termin nochmals aufgehoben. Zu dieser auffälligen Erscheinung, daß der Angeklagte Schmidt mit so schlechtem Erfolg bei den bekanntesten Rechtsanwälten des Ruhrbezirks angepöcht hat, bemerkt nun die „Rhein.-Westf. Arbeiterzeitung“:

„Interessant, hoch interessant ist die Materie, handelt es sich doch um Beschuldigungen, deren wahrheitsgemäße Befestigung ein tiefes sittliches Niveau der Kapitalistenklasse des Ruhrgebietes zeigen würde... und doch kein Vertbeidiger, der Lust hätte, diesen angeblichen Augiasstall bloßzulegen!“

Nun, hoffentlich gelingt es jetzt noch, die Vertbeidigung in die richtigen Hände zu bringen.

Zu den Zeugniszwangsverfahren gegen die Parteipresse liegen heute folgende Angaben vor. Unser Hallenser Organ theilt mit, daß von sämtlichen in Zwangshof genommenen bereits am Sonnabend in einer Kollektivangelegenheit an den Regierungspräsidenten zu Merseburg gegen die Maßregel als ungesetzlich Protest erhoben worden ist, da sämtliche Verurtheilte soweit Zeugnis abgelegt haben, als sie dem Gesetze nach dazu verpflichtet zu sein glauben und da ihnen bei Verweigerung des Eides bez. anderweiter Angaben der Schwur der §§ 54 bez. 56 zur Seite steht.

Die Beschwerde des Genossen Viertelary von der „Thüringer Tribüne“ gegen die Anwendung des Zeugniszwanges wurde vom Landgericht zurückgewiesen und die erkannte Strafe von 50 M. event. 10 Tage Haft bestätigt. Auf den von dem Genossen Viertelary erhobenen Einwand geht das Gericht nicht näher ein.

Anarchistische Reklame. Aus bekannter polizeianarchistischer Quelle werden seit einiger Zeit wieder einmal mit besonderem Eifer Reklamenotizen über, oder richtiger für die „mehr und mehr wachsende anarchistische Bewegung“ verbreitet, die „in ganz Deutschland“ in der Zunahme begriffen ist. Die letzte Reklame (ein Telegramm an sämtliche Ordnungsorgane) lautet:

„Berlin, 20. April. Die Hausfuchungen bei den Anarchisten in den verschiedensten Städten des Deutschen Reichs dauern fort. Dieser Tage wurde bei einer Anzahl Anarchisten in Magdeburg und Sudenburg Hausfuchungen gehalten.“

Vielleicht hat der Reklamemacher einmal die Güte uns mitzuthellen, wie viele — Millionen Anarchisten wir in unserem polizeibegnadeten Deutschland haben. Und dann giebt er uns auch hoffentlich gleich das nöthige Vergößerungsglas.

Es lebe die Zivilisation! Kaum haben wir erfahren, daß die Franzosen 470 Millionen Franken für die Einführung einer neuen Kanone ausgeben wollen, die doppelt so viele Menschen ins Jenseits befördern soll, als die alten Norddröhren, so kommt aus England folgende Notiz:

Bei dem britisch-egyptischen Sudanzuge sollen einige neuartige Geschütze ihre erste Probe bestehen. Sie entsenden ihre Geschosse zehn englische Meilen weit. Die Kugeln sind hochexplosiv und tödten oder verwunden 300 Mann, wenn sie in eine geschlossene Kolonne fallen. Dabei feuern diese Kanonen so schnell, daß der erste Schuß kaum eingeschlagen hat, wenn der zweite schon wieder abgefeuert wird. Da die Kugelfabrik des Woolwicher Arsenal nicht im Stande ist, den Bedarf zu decken, hat die Regierung große Mengen Schießbedarf bei Aguoch u. Komp. in Birmingham, Armstrong in Glasgow, Whitworth in Manchester und Hatfield in Sheffield bestellt. Die Kugeln sind aus dem reinsten Stahl angefertigt. Ihre Füllung wird im königlichen Laboratorium in Woolwich vorgenommen werden.

Das ist ja eine glänzende Leistung! Dreihundert Menschen getödtet mit einem Schuß! Und wie — christlich, daß die Probe“ an Heiden gemacht wird!

Und die Moral der Geschichte? Natürlich dürfen wir nicht zurückbleiben; und auf einige hundert Millionen müssen wir uns vorbereiten — ohne die „uferlosen Flottenpläne“.

Ueber den permanenten Kolonialkrieg in Asien, mit dem die Holländer belastet sind, wird uns aus Amsterdam geschrieben: Kaum ist der Lombok-Aufstand im Blut erstickt, als vom Schauplatz des Atjehkrieges, wo eine Zeit lang die Kriegsoperationen der Atjehher auf einige kleine Schamügel beschränkt geblieben waren, die Nachrichten eines neuen größeren Aufstandes kommen. Dieser Krieg hatte ursprünglich nur den Zweck, den Seeräubereien der Atjehher Einhalt zu thun, ist aber nach und nach in einen Eroberungskrieg ausgeartet, der jetzt schon seit 1873 fortbauert. Er ist die schleichende Krankheit, an der die Niederlande als Kolonialmacht zu Grunde gehen können. Unsummen hat dieser langwierige Krieg den niederländischen Steuerzahlern gekostet; ohne System angewandt, sind sie einfach ins Wasser geworfen; mit Verstand gebraucht, hätten sie vielleicht schon längst die Ruhe herbeigeführt. Tausende von Menschenopfern hab' umsonst, denn der Kolonialkrieg wird mit unmenlicher Rohheit geführt. Kriegsgesangene werden nicht gemacht. Der Aufständische, der in die Hände der Niederländer fällt, wird ohne weiteres niedergestochen, und die Atjehher bezahlen mit gleicher Münze. Doch alle die Opfer sind umsonst. Der Zustand bleibt derselbe. Wir sind aber so daran gewöhnt, daß wir diesen Krieg haben, daß wir garnicht daran denken, ihn einmal los zu werden. Die politische Indolenz des niederländischen Volkes läßt der Regierung freies Spiel. Und so kann jedes neue Ministerium, jeder neue General-Gouverneur, ohne auch im geringsten belästigt zu werden, auf seine Weise versuchen, wie er am besten die Atjehher — nicht unterwirft. Dieser jüngste Aufstand, der „Verrath“ Tulu Umar's oder Tulu Djohan's (als er sich vor einigen Jahren dem niederländischen Gouvernement unterwarf, erhielt Tulu Umar, um seine aufrührerische Vergangenheit vergessen zu machen, auch einen neuen Namen, daher der zweite Name Djohan) erweckt die Niederländer für einen Augenblick aus ihrem Schlummer. Sie erfahren, daß General Vetter wieder ein „neues System“ einführen will. Der Kranz von Festungen, den sein Vorgänger General Deylekshoff mit großen Kosten um die Hauptstadt Kotta-radja aufgerichtet hat, soll preisgegeben und geschleift werden. So sind wir denn nach 23-jährigem Kampf endlich in die nördliche Ecke zurückgedrängt worden. Und dieser Rückschlag ist keine Niederlage, beileibe nicht, das ist „System“. Die niederländischen Steuerzahler fangen aber an, den Kopf zu schütteln, und in der nichtverkauften Presse taucht die bedeutungsvolle Frage auf: Wie ist es auch geheime Gründe, welche es gewissen Kreisen erwünscht machen, den Atjeh-Krieg möglichst lange schleppend zu halten? Sind die Millionen, die verausgabt werden zur Provanitur, Kleidung etc. der Truppen und zu deren Transport, auch schuld daran, daß der Krieg länger dauert als nöthig wäre? Die Frage, erst nur schüchtern geäußert, wird immer lebhafter diskutiert. Wenn das Volk in der zweiten Kammer vertreten wäre, so würde die Regierung gewiß nicht umhin können, der Frage näher zu treten. Es braucht übrigens keine nähere Beleuchtung, daß dieser ganze Krieg, der so große Ähnlichkeit hat mit dem 50-jährigen Freiheitskrieg, der die Niederlande von der spanischen Unterjochung befreite, und in dem die Atjehher die Rolle der damaligen Niederländer spielten, von den Sozialdemokraten verabscheut wird. Wenn wir uns aber auf den Standpunkt der Regierung stellen, so müssen wir fordern, daß der Krieg wenigstens energisch, das ist in diesem Fall zugleich mit möglichst wenig Verlust an Menschenleben und Geld, geführt wird. Wenn schon, denn schon.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Prozeß Jahn. Unter der Anklage der Majestätsbeleidigung stand gestern unser Parteigenosse Paul Jahn vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat in einer sozialdemokratischen Versammlung zu dem Thema „Gefängnisarbeit“ das Wort ergriffen und dabei erwähnt, daß er selbst einmal in Kottbus in Gemeinschaft mit einem Zirkusdirektor (Schumann) zusammengewesen habe. Der wegen Fahnenflucht inhaftirt gewesene Zirkusdirektor sei nach zehn Tagen begnadigt worden. Ueber den Grund der Begnadigung hatte der Angeklagte dann eine Bemerkung gemacht, die auf die im Zirkus vorhandene gedachte kaiserliche Loge hinwies. Diese Bemerkung, welche Genosse Jahn gemacht zu haben aufs energischste bestritt, enthielt nach Ansicht des Staatsanwalts zugleich eine Majestätsbeleidigung, für welche er vier Monate Gefängnis in Antrag brachte, wobei er die wiederholten Vorstrafen des Angeklagten wegen Beleidigung und die Thatsache berücksichtigte, daß es in neuerer Zeit in gewissen Kreisen fast zum Sport (?) werde, die Ausübung des dem Kaiser zustehenden Begnadigungsrechts absällig zu kritisieren.

Jahn erklärte in seiner Vertbeidigungsrede, daß es ihm gar nicht in den Sinn gekommen sei, eine Kritik am Begnadigungsrecht zu üben. Andererseits aber sei es doch genügend bekannt, daß die meisten Ordensverleihungen und Begnadigungen weniger aus der Initiative des Kaisers, als auf Veranlassung der Behörden und des Ministeriums erfolgen, mithin auch keine persönliche Beleidigung des Kaisers bei Erwähnung eines derartigen Falles darin erblickt werden kann. Er sehe diejenige Objektivität bei den Richtern voraus, daß sie nur auf Freisprechung erkennen werden.

Nach längerer Berathung, zu welcher sich die Richter zurückgezogen, verurtheilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dinse folgendes: Da die Aussagen der Jahn über die zur Anklage stehende Äußerung die Wahrheit derselben bargehen und die Richter aus der Vertbeidigungsrede des Angeklagten die Uebersetzung gewonnen haben, daß derselbe „ein redgewandter und kluger Mann sei, der jedes seiner Worte sehr wohl abwäge“, so sei gerade daraus zu entnehmen, daß der Angeklagte diese vorsichtig gehaltene Äußerung mit Absicht derartig formulirt, daß darin eine direkte Beleidigung nicht gefunden werden könne. Aber nichts desto weniger beweisen die vielen Vorstrafen, daß er sich leicht zu Beleidigungen hinreißen läßt. Aus diesem Grunde habe auch der Gerichtshof keine Veranlassung gehabt, Milde walten zu lassen, um auf das geringste Strafmaß von zwei Monaten, sondern dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend auf vier Monate Gefängnis zu erkennen.

Prozeß Handhausen. Wie grundverschieden die Ansichten zweier Gerichtshöfe über denselben Zeitungsartikel sein können, zeigte sich gestern bei der Verhandlung einer Anklage gegen Majestätsbeleidigung gegen den Redakteur Handhausen vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, welcher eine zumeist für Blätter der Volkspartei bestimmte Leitartikel-Korrespondenz herabgibt, behandelt in einem Artikel das Begnadigungsrecht. Er gab darin eine objektive Kritik des Rechtsinstituts der Begnadigung und behandelte einzelne Fälle der Begnadigung, die von dem Volksbewußtsein nicht verstanden werden könnten. — Dieser Artikel war von einer ganzen Reihe von Blättern ausgenommen worden, ohne daß die zuständigen Staatsanwaltschaften einen Grund zum Einschreiten haben. Nur in Düsseldorf wurde auf Grund des Artikels Anklage gegen den Redakteur Klee erhoben und dieser wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Düsseldorfer Strafkammer las aus dem Artikel heraus, daß dieser keine objektive Kritik des Begnadigungsrechts, sondern eine Kritik der persönlichen Handhabung dieses Rechts durch den König habe liefern und beweisen wollen, daß dieses Hoheitsrecht der Krone in parteiischer und leichtfertiger Weise ausgeübt werde. Da bei Gelegenheit jener Verhandlung auch der Verfasser des Artikels bekannt geworden war, wurde auch gegen diesen die Anklage erhoben. Der Staatsanwalt stellte sich gestern ganz auf den Standpunkt der Düsseldorfer Strafkammer und beantragte gleich

falls 3 Monate Gefängnis. Die hiesige Strafkammer war dagegen mit dem Angeklagten und dessen Verteidiger Rechtsanwalt Perl der Meinung, daß der Artikel in objektiver Weise Ansichten über das Begründungsrecht zum Ausdruck bringe und nicht auf die Absicht oder das Bewußtsein des Verfassers hindeute, den Träger der Krone zu beleidigen. Nach Ansicht des Gerichtshofes würde man zu weit gehen, wenn man einer Kritik des Begründungsrechts noch engere Grenzen anweisen wollte, als sie der Artikel inne gehalten. Das Urteil lautete auf Freisprechung des Angeklagten.

Bestrafter Denunziant. In der Kera der Majestätsbeleidigungs-Prozesse hat folgende, der „Volks-Zeitung“ aus Bromberg zugehende Mitteilung erhöhtes Interesse:

Unter der Anlage der wissentlich falschen Anschuldigung stand der Stellmacher und Konzipient Konstantin Bourgeot aus Glinke vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Der Angeklagte richtete im Oktober vorigen Jahres an das Distriktsamt in Krone a. Br. ein Schreiben, in dem er den Ackerwirt Johann Franzowski in Glinke beschuldigte, dieser habe eine Majestätsbeleidigung begangen. Unterschieden war das Schriftstück mit dem Namen „Marohn“. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung des angeklagten Denunzianten zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren.

Eine Warnung für alle Lumpen, die ihre Rache durch falsche Denunziationen wegen Majestätsbeleidigung kühlen wollen!

Wegen Majestätsbeleidigung ist in Hannover der Arbeiter G. verhaftet worden. Die Verhaftung ist auf Grund einer Denunziation erfolgt.

Deutsches Reich.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik vernahm gestern Auskunftspersonen über die Verhältnisse der Herren- und Knabenkonfektion in Nürnberg. Erschienen waren: Konfektionär Pollack, die Zwischenmeister Lache und Beck, die Schneider Müller und Mal, die Näherinnen Frau Abold und Fräulein Selmann. Die Herren- und Knabenkonfektions-Industrie ist in Nürnberg weniger stark vertreten als in anderen Orten. Die Firma Pollack ist in Nürnberg das einzige Engros-Geschäft. Eine Anzahl Detailgeschäfte lassen indes ebenfalls Konfektionsarbeiten zu theils recht niedrigen Löhnen ausfertigen. Die Firma Pollack hat einen jahrelang bestehenden festen Lohn-Tarif, der sowohl den Zwischenmeistern als auch den bei diesen beschäftigten Arbeitern bekannt ist. Im Jahre 1891 erzielten die Arbeiter eine zehnprozentige Lohnerhöhung, die allerdings nur während eines halben Jahres bewilligt wurde. Herr Pollack gibt an, daß die Konkurrenz der anderen Konfektionsorte nicht zugelassen habe, die Erhöhung länger zu gewähren. Jetzt wird gezahlt: für Hosen 80 Pf. bis 1,10 M., Westen von 1 M. bis 1,10 M., Anzüge von 3,80 M. bis 4,50 M., Jacketts von 1,70 M. bis 2,50 M., Mäntel 3,80 M. u. s. w. Die Zwischenmeister erhalten Jahresgehälter von 1600 bis 2400 M. Bei den Zwischenmeistern ist eine durchschnittliche Arbeitszeit von täglich 18 Stunden üblich. Die Gesellen werden meistens gegen Wochenlohn beschäftigt. Die Kost erhalten sie außer Sonntags beim Meister. Für Logis haben die Arbeiter selbst zu sorgen. Die Wochenlöhne variieren zwischen 1,50 M. und 3,50 M. Die Lehrlingsausbildung ist eine durchaus mangelhafte; bei dreijähriger Lehrzeit bringen die Lehrlinge es nur zur Ausrüstung eines Stückes. Die Arbeitszeit der Lehrlinge, deren Lehrzeit vom 13. bis zum 16. Lebensjahre währt, ist durchweg ebenfalls eine täglich 15stündige. Herr Pollack erklärt, über die Verhältnisse der Arbeiter erst jetzt zum ersten Male etwas zu hören; er habe bisher noch nicht gemerkt, daß solche Zustände existieren. Die Frauenarbeit ist in der Nürnberger Konfektionsindustrie nicht stark vertreten, meistens werden Frauen nur bei der Ausrüstung von Minderanzügen verwendet. Bei täglich 14- bis 15stündiger Arbeitszeit erzielen die Arbeiterinnen Wochenlöhne von 9 bis 10 M.

Die Kommission hat damit die Vernehmungen von Auskunftspersonen in der Konfektion vorläufig abgeschlossen, etwa notwendig erscheinende weitere Erhebungen sollen indes noch später vorgenommen werden.

Am 25. d. M. soll, wie wir schon berichtet haben, mit der Vernehmung der Auskunftspersonen aus der Wäschekonfektion begonnen werden.

Reichstags-Stichwahl im 4. hannoverschen Wahlkreis. Bisher sind gezählt für Bamhoff (natl.) 13 843 und für v. Schele (Welfe) 12 461 Stimmen. Aus 17 Ortschaften steht das Ergebnis noch aus.

Templin, 20. April. Für Ruppin-Templin hat am Sonntag im hiesigen Schützenhause eine Versammlung konservativer Vertrauensmänner getagt und den Landrath des Kreises Templin, Grafen v. Arnim, als Kandidaten aufgestellt. Der Bund der Landwirthe hat den Gutsbesitzer Lamprecht aufgestellt.

Ein nettes Bild konservativer Einigkeit!
An Kandidaten ist der Wahlkreis nun reich gesegnet. Außer dem sozialdemokratischen und den beiden genannten bemerken sich noch ein deutsch-freisinniger, ein christlich-sozialer und ein Antisemit, also im ganzen sechs um das Mandat. Nach einer anderen aus dem Kreise zugegangenen Meldung soll noch ein siebenter Kandidat aufgetreten sein. Soweit die Sachlage sich überschauen läßt, erscheint als das wahrscheinlichste Resultat des Wahlkampfes eine Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen.

Gibhard, nicht Gebhard, wie wir irrtümlich berichtet hatten, heißt der auf der Jahde verunglückte Maschinen-Unteringenieur. Gibhard hat mit dem Maschinenisten Gebhard, der auf dem Dampfer „Nachtigall“ in Kamerun an Bord war, nichts gemein. Somit ist glücklicherweise dieser wichtige Zeuge in Sachen Wehlan noch unter den Lebenden.

Frankfurt a. M., 21. April. Der Präsident des Landgerichts Frankfurt a. M. hat das Gesuch des Frankfurter Journalisten- und Schriftstellervereins um Bestellung von ständigen gerichtlichen Sachverständigen für Preßangelegenheiten abgelehnt. Begründet ist diese Entscheidung damit, daß eine öffentliche Bestellung von Sachverständigen nicht Sache des Gerichts, sondern der Verwaltungsbehörden sei. (1) Allerdings werde auch seitens des Gerichts eine allgemeine Beerdigung von Sachverständigen vorgenommen und habe für verschiedene Berufsweige auch schon stattgefunden. Es wurde dabei aber nur vorausgesetzt, daß eine häufige Inanspruchnahme dieser Sachverständigen seitens gerichtlicher oder staatsanwaltlicher Behörden in Aussicht stehe, indem durch die allgemeine Beerdigung die wiederholte Beerdigung in Einzelfällen vermieden und andererseits durch eine ständige Praxis die Fähigkeit der Sachverständigen, vorkommende Fragen sachgemäß zu entscheiden, erhöht werde. Diese Voraussetzung und somit auch das Bedürfnis für die Beerdigung von Sachverständigen liege für den Bezirk des hiesigen Landgerichts nicht vor.

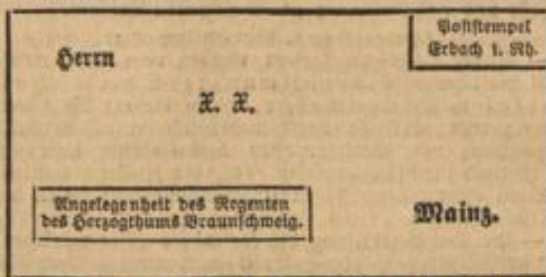
Wir sollten meinen, ein solches Bedürfnis liege auch für Frankfurt a. M. vor, das keineswegs eine Oase der Pressefreiheit in Deutschland bildet.

München, 20. April. (Via. Ver.) Zur Reichstags-Erstaahl in Aushach-Schwabach. Nach einer Mittheilung des hiesigen demokratischen Organs fand gestern in Kloster Heilsbrunn eine Versammlung demokratischer Vertrauensmänner statt, in welcher einstimmig die Aufstellung eines volksparteilichen Kandidaten beschlossen wurde. Diese Kandidatur soll zunächst den Freisinnigen im Wahlkreis mitgeteilt und dann proklamiert werden. Trotzdem der Wahlkreis von der agrarischen Agitation stark unterwirft ist, war nach den Auslassungen des Aushach'schen Organs die Versammlung „guten Muthes“ und gab sich den besten Hoffnungen auf einen Sieg der Deutschen Volkspartei hin. Unter-

dessen haben auch die Konservativen mobil gemacht. Nach einer Kundgebung ihres Organs, der „Süddeutschen Landpost“, gehen sie mit den bauernbändlerischen Agrariern gemeinsam vor. Die deshalb in den letzten Tagen geführten Verhandlungen hätten bezüglich der sachlichen Punkte volle Uebereinstimmung ergeben; die Personenfrage soll erst in einer demnächst einzubehenden Vertrauensmänner-Versammlung entschieden werden. Man sei bestrebt, gemeinschaftlich einen Kandidaten aufzustellen, welcher, auf christlicher Grundlage stehend, befähigt ist, mit Muth und Entschlossenheit die Vertretung der produktiven Stände, insbesondere in der Landwirthschaft und im Gewerbe, in die Hand zu nehmen. Der Nationalliberalismus giebt dem konservativ-bauernbändlerischen Zehelmecht bereits seinen Segen. Er erklärt in der „Augsburger Abend-Zeitung“: „Es werden sich also in der Hauptsache ein deutsch-freisinnig-demokratischer und ein konservativ-agrarischer Kandidat gegenüberstellen; gelingt es, für letztere Kandidatur einen Mann zu gewinnen, für den auch die gemäßigten Liberalen stimmen können, so dürfte der Sieg kaum zweifelhaft sein!“ Bei der außerordentlichen Bescheidenheit des bayerischen Liberalismus wird es den Konservativen nicht schwer halten, diesen geeigneten „Mann“ zu gewinnen.

Die jehige Kera der Beleidigungsprozesse wird gut gekennzeichnet durch die Beleidigungsaklage, die ein badischer Fabrikant oder Fabrikdirektor gegen den Fabrikinspektor Weisshofer angestrengt hat, weil er sich durch eine Bemerkung in dessen Jahresbericht getroffen fühlte. Das Ministerium des Innern hat nun den Entscheid des Verwaltungsgerichtshofes über die Frage anrufen, ob der Fabrikinspektor seine Amtsbefugnisse überschritten hat. Wird die Frage verneint, so kann das Verfahren gegen Weisshofer nicht eingeleitet werden.

Mainz, 17. April. Prinz-Regent und Weingeschäft. Vor uns, so schreibt der „Mainzer Anzeiger“ liegt ein Amtskouvert:



Hierzu sei bemerkt, daß die deutschen Fürstlichkeiten das Vorrecht der Postfreiheit haben, worüber sich ja mancherlei sagen ließe, aber aus gewissen Gründen wird meistens geschwiegen. Wir wollen jedoch einmal etwas freier reden! Wer nämlich die obige Adresse sieht, glaubt sicher, daß es sich um eine wichtige Staatsangelegenheit von Braunschweig handelt, doch dem ist nicht so. Der Brief, der portofrei hierher kam, enthält eine Anzeige der:

Weinversteigerung der königlich preussischen Administration Schloß Reinhardtshausen zu Erbach im Rheingau. Freitag, 15. Mai, im Gasthause zum Engel.

Mit gebührender Höflichkeit sei gefragt: Dürfen derlei geschäftliche Sachen aus Kassen des Reiches, denn die Post ist Reichsauftrag, befördert werden? Wenn ja, wäre es nicht gut, wenn der Reichstag einmal diese Frage „aufschneit“? Uns dünkt es eigentümlich, daß eine prinzipielle Administration derart mit Steuer- und Briefmarken bezahlenden Bürgern konkurriren kann.

Karlsruhe, 20. April. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der zweiten Kammer erklärte Staatsminister Noth, daß die badische Regierung den Real-Gymnasien die Berechtigung für das medizinische Studium zuerkennen würde, wenn die übrigen Regierungen gleicher Ansicht seien; doch halte er eine erneute Enquete für notwendig.

Die Nachricht, daß der preussische Unterrichtsminister, wie auch wir gemeldet, sich für die Zulassung der Ober-Tertia der Realgymnasien zum Medizinalstudium erklärt hat, ist demontirt worden.

Oesterreich.

Wien, 20. April. (Abgeordnetenhaus.) In der Generaldebatte über die Wahlreform, zu der 39 Redner und zwar 16 gegen und 23 für die Ausschussvorlage zum Worte gemeldet sind, sprach der Referent der Majorität, Boez für die Vorlage. Die Junggehehen Slavik, Brozard, sowie Bernerstorfer von der äußersten Linken sprachen für Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Balfour hob namens der Konservativen des böhmischen Großgrundbesitzes das Festhalten an dem staatsrechtlichen Standpunkte der Wahrung des Reichsrathes durch die Landtage hervor, während Madenski den autonominischen Standpunkt der Polen betonte. Beide Redner erklärten sich trotzdem für die Vorlage, damit die Wahlreform nicht aufgeschoben würde. Scheicher (Antisemit) sprach für die Nothwendigkeit der Auflösung des Hauses. Rus erklärte, er könne die Vorlage vom Standpunkte des Deutschthums und des Fortschritts aus nicht als empfehlenswerth bezeichnen, die deutsche Linken werde die Vorlage jedoch annehmen, weil dieselbe eine Erweiterung des Wahlrechtes enthalte, was von der Partei stets angestrebt worden sei.

Eine größere Heuchelei als die Erklärung des Liberalen Rus wird die parlamentarische Geschichte aller Länder kaum aufweisen. Von 1867 bis 1879 hatten die Liberalen, von einer kurzen Unterbrechung abgesehen, die Majorität im Parlamente und die Minister wurden aus ihren Reihen genommen. Aber während dieser langen Periode haben diese „Liberalen“ nie etwas von ihrem Streben nach Erweiterung des Wahlrechtes merken lassen.

Eine Frauendeputation, geführt von dem Abgeordneten Bernerstorfer, sprach am 16. d. M. bei dem österreichischen Ministerpräsidenten Graf Vadani vor, behufs Erlangung des Frauenwahlrechtes. Graf Vadani erklärte, daß prinzipielle Bedenken dagegen nicht vorliegen; die Regelung der Frage könne erst von der weiteren Zukunft erwartet werden. Es müßten erst Kriterien für die Wahlrechtszuerkennung gefunden werden bezüglich des Zensus, des Besitzes oder der Intelligenz. Die Damen dankten dem Minister für sein Entgegenkommen.

Frankreich.

Das Ministerium Bourgeois hat einen Entschluß gefaßt, der die ganze panamistische Diebs- und Ordnungsgesellschaft bis ins Innerste erbeben läßt: unter den Beamten der Republik Unterstützung zu halten, und alle, die gegen die demokratischen Grundsätze verstoßen oder sich unehrenhafter Handlungen schuldig gemacht haben, abzuweisen. Bisher schweiteten alle Reformversuche an der Korruption und reaktionären Beamtenhaft. Erst wenn hier Wandel geschaffen ist, sind ernsthafte Reformen möglich. Aber wird die Regierung das Werk durchführen können? Ist sie stark genug? Zwei Augiasställe auf einmal reinigen wollen — das ist viel.

Paris, 20. April. Nach zahlreichen Besprechungen mit dem Direktor seines Ministeriums ist Finanzminister Doumer zu der Ueberzeugung gelangt, daß er genügende Angaben über den Stand der Einkommensteuerfrage besitze, und hat infolge dessen beschloffen, seine Vorlage dahin abzuändern, daß die Steuer nach den Abschätzungen, welche von der Verwaltung über jeden Steuerpflichtigen einzureichen sind, festgesetzt wird.

Paris, 21. April. Die internationale Urheberrechts-Konferenz, die in ihren kommissarischen Verhandlungen bis jetzt die Fragen des Schutzes der nicht unionistischen Autoren, der Photographien, des Uebersetzungsrechtes, der musikalischen Kompositionen, sowie der Presseerzeugnisse erörtert und namentlich dem letzterwähnten Gegenstande besondere Aufmerksamkeit zugewandt hatte, hat nunmehr ihre allgemeine Kommissionsitzungen für kurze Zeit sistirt, um der gestern eingeleiteten Redaktionskommission genügend Spielraum für ihre Arbeiten zu lassen.

Paris, 21. April. In der heutigen Sitzung des Senats verlas Demale eine Erklärung, wonach das Ministerium nach den wiederholten Mißtrauensklärungen des Senates das Vertrauen beider Kammern nicht besitzt. Der Senat will für die Soldaten alles thun, jedoch alle Kredite verweigern, so lange das Ministerium Bourgeois besteht. Bourgeois protestirte heftig gegen die Auslegung der Verfassungsgesetze seitens des Senates. Schließlich wurden die Kredite mit 171 gegen 90 Stimmen abgelehnt. Der Senat vertagte sodann seine Sitzung auf Donnerstag. Das Ministerium trat im nächsten Amt zu einer Beratung über den Zwischenfall im Senat zusammen. Man sieht mit Spannung der Lösung des Konflikts entgegen.

Léon Say ist heute in Paris im Alter von 70 Jahren gestorben. Er war der Enkel des bekannten Nationalökonom und Vertreters des „dritten Standes“ in der französischen Revolution Jean Baptiste Say. Léon Say war unter Thiers Finanzminister. Wenn er sich auch äußerlich der Republik angeschlossen hatte, so war er doch mit ganzem Herzen und vollem Eifer Vertrauensmann der Orleans. Er war der einflussreichste Vertreter der französischen Großbourgeoisie, der er als Intimus Rothschild's, als Staatsmann und fleißiger Schriftsteller und Herausgeber von Sammelwerken, vor allem als Bekämpfer jeder Regung von Staatssozialismus zu dienen suchte.

England.

London, 20. April. Unterhaus. Dr. Ewing fragt, ob der neue Handelsvertrag zwischen Deutschland und Japan Deutschland Zugeständnisse mache, die England nicht gewährt würden, und ob durch den Vertrag der deutsche Handel gegenüber dem englischen bevorzugt sei. Unterstaatssekretär des Auswärtigen Curzon erwidert, er kenne den Inhalt des Vertrages noch nicht und könne daher nicht sagen, ob der Vertrag Bestimmungen im Sinne der Anfrage enthalte. Jedemfalls aber würde England als meistbegünstigte Nation sich Zugeständnisse, welche Japan Deutschland oder einer anderen Macht machen sollte, ebenfalls sichern. — Howard Vincent fragt die Regierung, ob sie wisse, daß Arrangements getroffen werden, um bedeutende und steigende Quantitäten westfälischer Kohle in hiesigen Schiffen, die weit oben auf dem Rhein laden, nach London zu bringen. Die Land- und Wasserfracht stelle sich auf nur 6 Schilling für die Tonne infolge der minimalen Fracht, welche die deutsche Staatsbahn berechne, um die deutsche Industrie auf dem englischen Markte zu fördern. Kiedner fragt die Regierung, ob sie eine sorgfältige Bewachung dieser neuen Quelle subventionirter Konkurrenz veranlassen werde, damit die britische Kohlenbergwerks-Industrie Schritte thun könne, derselben zu begegnen. Der Präsident des Handelsamts Ritchie erwidert, er habe keine besondere Information über diesen Gegenstand; er werde durch das Konsulat Erundigungen einziehen lassen.

Curzon erklärt, die Bedingungen der Uebergabe Zeitungs-unfakten die Ernennung eines Christen zum Kaimalam. Die türkischen Blätter hätten am 15. März die Wahl Mojmoud Begg für diesen Posten angekündigt. Die Votschäfer Englands, Frankreichs und Rußlands in Konstantinopel hätten an demselben Tage gegen die Ernennung als eine klare Verletzung der von der Pforte gegebenen Versicherungen protestirt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Ernennung annullirt würde. Eine Antwort der türkischen Regierung sei noch nicht eingegangen.

Chaplin beantragt die erste Lesung der Vorlage, durch welche die Lokalabgaben für den der Landwirthschaft gewidmeten Boden herabgesetzt werden, und schlägt vor, daß solches Land zum Zwecke der Besserung auf die Hälfte des Wertes eingeschätzt werde. Die daraus entstehende Einbuße in den Lokaleinkünften werde aus den Reichseinkünften gedeckt und betrage in diesem Jahre, wie im Budget bereits vorgesehen, 975 000 Pfund, im nächsten Jahre das Doppelte. Fowler bekämpft namens der Opposition diese Vorlage.

Der erste Lord des Schachens Balfour erklärt, es wäre nicht praktisch, das metrische Maß- und Gewichtssystem auf dem Wege der Gesetzgebung in England einzuführen, da ein derartiges Gesetz eine zu große Veränderung in den Gewohnheiten des Volkes bedeuten würde.

Italien.

Rom, 18. April. (Via. Ver.) Als das Dekret erschien, durch welches das Ministerium di Rudini einen besonderen Landesminister für Sizilien einsetzte, wußten die Pressorgane Crispi's und der sizilischen Camorra zunächst keinen Einwand gegen die neue Einrichtung zu erheben und hielten sich in Schweigen, um nicht zu verrathen, daß sie ihre unantwerteren Interessen bedroht sahen. Jetzt, da der zu der neuen Stellung eines Ministers für Sizilien ernannte Graf Gabronchi mit den Vorbereitungen für die Uebernahme seines Amtes beschäftigt, seit vierzehn Tagen zögert, sich nach Palermo auf seinen Posten zu begeben, haben jene Organe die Sprache wiedergefunden und bezeichnen das neue Ministerium für Sizilien als eine separatistische Maßregel, als einen Angriff auf die Einheit Italiens. Die sizilischen Parlaments-Abgeordneten, welche meist auf den Namen Crispi's eingeworfen sind und die Interessen der gewaltthätigen Gemeindegewaltthätigen gegen die Wehrheit der sizilischen Bevölkerung zu vertreten gewohnt sind, schienen sich an, das Dekret über das sizilische Landesministerium in der Kammer als einen Eingriff in die konstitutionelle Freiheit, als eine Verletzung der Gleichberechtigung aller Landestheile zu bekämpfen. Gegenüber dem von Crispi über die Insel verhängten Belagerungszustand, der eine Ausnahmemaßregel der schärfsten Art war, hatten diese sizilischen Abgeordneten und ihre Pressorgane ihre Stimme nicht erheben. Die äußerliche Unterdrückung der sizilischen Unruhen erfüllte sie vielmehr mit Befriedigung. Jetzt aber, da die Beschwerden der sizilischen Bevölkerung nicht mehr unterdrückt, sondern durch eine eigens dazu eingesetzte Behörde untersucht und der Abhilfe entgegengeführt werden sollen, erheben diese Leute Protest gegen die „Vergewaltigung Siziliens“! Wünschenswerth wäre es gewesen, daß der neuernannte sizilische Landesminister sich sogleich nach seiner Ernennung hätte auf seinen Posten begeben können, um der Crispi'schen Camorra nicht Zeit zu lassen, sich auf seine Ankunft vorzubereiten. Der sizilische Landesminister ist Mitglied des Gesamtministeriums und von Geburt nicht Sizilianer; durch beide Umstände wird das Gerücht von einer Begünstigung separatistischer Tendenzen von vornherein widerlegt. Wenn aber der Crispi'schen Interessentoterie zur Dämpfung der ersten größeren politischen Maßregel des Ministeriums di Rudini jeder Vorwand recht ist, so ist nicht einzusehen, weshalb das Ministerium sich gegen Crispi nicht derjenigen Waffen bedient, die es in der Hand hat. Es hat keinen vernünftigen Sinn, wenn das Ministerium, wie es heißt, bestrebt ist, die Erhebung einer Ministeranklage gegen Crispi im Parlament zu hintertreiben. Mit „ritterlicher“ Rücksichtnahme und mit bloßer Defensivität ist gegen einen in der Wahl seiner Mittel völlig unbedenklichen Gegner, wie Crispi, auf die Dauer nichts auszurichten.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Parma hat die radikal-sozialistische Liste einen großen Triumph erzielt. Sämmtliche 32 Kandidaten der Sozialisten und Radikalen wurden mit großer Mehrheit gewählt, und das neue

Kollegium weiß nur acht Monarchisten christlicher und römischer Richtung auf. Es ist leicht voranzufahren, daß die Wahlen auch diesmal nicht die königliche Sanction erhalten werden, welche ihnen bereits einmal verweigert wurde; Parma wird sich also einer neuen Auflage des königlichen Kommissariats zu erfreuen haben. —

Spanien.

Madrid, 21. April. In Andalusien herrscht großes Elend infolge der andauernden Trockenheit. In der Provinz Extremadura erschienen Heuschrecken, welche die Felder zu verwüsten drohen. In ganz Spanien herrscht gleiche Trockenheit. —

Serbien.

— **Heirathspläne.** Wie aus Belgrad berichtet wird, sucht Milan, nachdem Klein-Alexander von einer griechischen Prinzessin einen Korb erhalten hat, den König zu bewegen, alle bisherigen Heirathspläne fallen zu lassen, um sich mit einer reichen Amerikanerin, die Milan durch Vermittelung des American Clubs in Paris ausfindig machte, zu vermählen. Die bevorstehende Amerikanerin wird hiermit in Verbindung gebracht. Auf Geld und zwar recht viel Geld legen die Obrenowitsch viel mehr Werth, als auf untadelhaftes blaues Blut. Jedenfalls gehen sie sicher. —

Ostasien.

Hokohama, 21. April. Der Gesandte Koreas, der be- hufs Abschlusses einer Anleihe nach Rußland geht, ist aus- mündigt, Truppen zur Bewachung des Königspalastes sowie Rathgeber für die Regierung und militärische In- struktoren zu erbitten. Neun russische Kriegsschiffe liegen gegenwärtig im Hafen von Nagasaki und erwarten die Ankunft des „Munit“ und fünf weiterer Schiffe.

Man sieht, daß Rußland es verstanden hat, in Ostasien festen Fuß zu fassen und sich nun zum Schiedsrichter in der gelben Welt aufzuwerfen kann. —

Afrika.

Kairo, 21. April. Die französischen und russischen Mit- glieder der Verwaltung der Kasse der öffentlichen Schuld luden die anderen Mitglieder der Verwaltung auf den 27. d. M. vor den gemischten Gerichtshof. Sie erklären den Be- schluss vom 26. März als ungesetzlich und verlangen, daß die ägyptische Regierung alle Summen mit Zinsen an den Refere- fonds zurückzahlt, welche für die Dongola-Expedition gezahlt worden sind. —

— **Südafrikanisches.** Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Kapstadt: Zufolge einer Depesche aus Buluwan- gani am 11. d. M. mehrere Schamäkel in der Nähe der Stadt vor. Die Matabili wurden mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen.

Die „Times“ melden aus Pretoria: In der vom Prä- sidenten Krüger dem Staatssekretär Chamberlain heute telegraphisch zugegangene Antwort wird erklärt, Präsident Krüger sei nicht eher in der Lage, die Erlaubnis des Volksrats zu einem Besuch in England nachzusuchen, bis die Grundzüge der Unterhandlungen festgestellt wäre. — Bisher sei noch keine Ab- machung getroffen, aber die Hoffnung auf eine zufriedenstellende Beilegung werde noch immer aufrechterhalten. Der Ton der Antwort sei ein freundschaftlicher und zuvorkommender.

— **Auch ohne Hängen und Bürgen** kann man afrikanische Länder durchreisen. Dafür liefert den Beweis der Bericht eines Dr. Moloney, der die westlich vom Rjassa-See gelegenen und von England beanspruchten Ge- biete durchreist hat. Dr. Moloney hat es nicht für nöthig be- funden, auf seiner Expedition auch nur einen einzigen Schuß ab- zusetzen. Das erforschte Gebiet liegt zwischen dem See Tanganjika und der Stevensonstraße gegen Norden zu. Im Süden grenzt das portugiesische Ostafrika daran, im Osten die Massaland- Säuherherrschaft und im Westen der Kongo-Freistaat. Das Gebiet ist noch nie erforscht worden. Dr. Livingstone, Joseph Thompson und Alfred Sharpe haben es nur flüchtig berührt. Die kriegerischen Bewohner sind von Sulu-Abkunst. Dr. Moloney hat sich fünf Monate in dem Lande aufgehalten. Er hat sich den Häuptlingen so angenehm zu machen gewußt, daß er mit den meisten Verträge hat abschließen können, wodurch sie die britische Flagge anerkennen. Nur einen Häuptling, Mpseni, hat der Deutsche Wiese, der im Auftrage der portu- giesischen Regierung das Land besuchte, zu überreden vermocht, die britische Oberhoheit von sich zu weisen. Dr. Moloney meint, daß von jetzt an Europäer in Sicherheit durch das Land reisen könnten. Der vorhin erwähnte Sharpe mußte mit flüchten. Nur dem Dagwischentreten Wiese's ver- dankte er sein Leben.

Amerika.

— **Nach einer antlichen Depesche** aus Havannah schlug das Bataillon Luzon die vereinigten Insurgenten unter Gayas und Rego bei Cienfuegos. Die Insurgenten hatten 86 Tode und zahlreiche Verwundete; auf seiten der Spanier waren 8 Tode und einige Verwundete. —

— **Auswandererelend in Brasilien.** Der „Politischen Korrespondenz“ geht aus Rio de Janeiro, Mitte März, die nachstehende Schilderung der Lage der in der jüngsten Zeit in Brasilien eingetroffenen Auswanderer aus Galizien zu: Die Zugzüge von Auswanderern aus Oesterreich- Ungarn, die in den letzten Monaten in Brasilien eingetroffen sind, zeigen, daß die wohlbedachten Abmachungen in dieser Richtung bisher bedauerlicherweise nur geringe Erfolge zu er- zielen vermochten. Könnten jedoch die Auswanderungslustigen auch nur einen flüchtigen Blick auf die Lage der eben erwähnten Zugzüge werfen, so würden sie ihr Vorhaben gewiß nicht ausführen. Die Verhältnisse, in denen sich die zur Zeit auf Ilha das Flores, in der Bai von Rio de Janeiro, provisorisch untergebrachten Ein- wanderer befinden, sind geradezu furchtbar. Die Baulichkeiten, die ihnen als Aufenthaltort zugewiesen sind, entbehren der Fenster, so daß Luft und Licht nur durch Lücken und Thüren eindringen. In einem Theile dieser Räumlichkeiten schlafen die Insassen auf Brettern, in anderen auf dem bloßen Erdboden. All diese Bau- lichkeiten stinken vor Schmutz, die Schlafstätten sind überfüllt, die Kinder der Einwanderer sind größtentheils krank, mit Ausschlag und Beulen behaftet, und es sind unter ihnen täglich mehrere Todesfälle zu verzeichnen. Dabei herrscht ein peinlicher Mangel an Trinkwasser. Das spärliche Süßwasser ist überdies mit See- wasser gemischt, so daß die Einwanderer fast fort- während an Diarrhoe leiden. Das kleine Spital auf der Insel hat so ungenügende Einrichtungen, daß die Kranken, um nicht in dasselbe gebracht zu werden, ihren Zustand möglichst lange verheimlichen. Der Abgang aller Sock- linge auf der Insel wird von den Einwanderern schmerzlich empfunden. Die harten Entbehrungen, Krankheiten und moralische Leiden haben unter diesen bedauernswerthen Leuten eine ver- zweifelte Stimmung hervorgerufen. Auf Ilha das Flores be- finden sich gegenwärtig ungefähr 1200 Einwanderer aus Galizien, die seit mehr als dreißig Monaten über ihr Schicksal brüten, ohne daß sie Aussicht hätten, vor vier, fünf Wochen ins Innere des Landes beordert zu werden. In der gleichen Situation be- finden sich ungefähr 2000 Einwanderer aus Galizien, die im April zu Pinheiro, auf der Eisenbahnstrecke nach San Paulo, untergebracht sind. Der Zustand der Einwanderer auf Ilha das Flores erregt allgemein solches Mitleid, daß man ihnen milde Spenden zuwendet, durch die sie sich wenigstens trinkbares Wasser verschaffen können.

Partei-Nachrichten.

An die Frauen und Mädchen Berlins! Das Weltfest der Arbeit naht heran. Viele kennen seine hohe Bedeutung nicht. Jeder und jede derer, die den 1. Mai feiern, sollen aber wissen,

was durch die Maiseier bezweckt wird. Um insbesondere dem weiblichen Geschlecht Gelegenheit zu geben, sich darüber zu unter- richten, wird Freitag, den 24. April, Reichstags- Abgeordneter Paul Singer in einer Volksversammlung bei Koller, Kopenstr. 29, über das Thema sprechen: Die Bedeutung des 1. Mai für die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes.

Es ist Pflicht der Genossen, nicht nur selbst zu erscheinen, sondern dafür zu sorgen, daß auch ihre weiblichen Angehörigen die Versammlung zahlreich besuchen.

Die Sozialdemokratie der Rheinpfalz hält ihren dies- jährigen (7.) Parteitag Sonntag, den 10. Mai, von vormittags 11 Uhr an im großen Saale des Gesellschaftshauses in Lud- wigshafen ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Agitationskomitees und Agitation. Referent Dickreuther. 2. Unsere Presse. Referent Zielowski. 3. Die parlamen- tarische Thätigkeit im bayerischen Landtag. Referent Ehrhart. 4. Anträge, soweit solche nicht durch die vorhergegangene Tages- ordnung ihre Erledigung gefunden haben. Anträge zum Partei- tag sind bis spätestens 5. Mai an das Agitationskomitee, zu Händen der Expedition der „Pfälzischen Post“ in Ludwigshafen, zu richten.

In Basel sprach Webel am 16. April in einer Versamm- lung in der Burgvogelhalle. Es war, schreibt uns unser dortiger ständiger Korrespondent, die größte Versammlung im ge- schlossenen Räume, die Basel je gesehen hat. Ueber 3000 Personen waren da, und hunderte hatten keinen Platz gefunden. Gut ein Drittel der Anwesenden gehörte den bürgerlichen Parteien an. Auch die Regierung war durch einige Mitglieder vertreten. Webel sprach unter brausendem Beifall über das Thema „Die Sozialdemokratie und die bürgerliche Gesellschaft“. Für die Agitation unter der Basler Arbeiterschaft ist die Versammlung von großem Erfolg gewesen.

Weiter sprach Webel in Lörrach in Baden und in Peil- bronau in Württemberg. Auch diese Versammlungen waren überfüllt und nahmen einen ausgezeichneten Verlauf.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— **Außer Verfolgung** gesetzt wurden vom Potsdamer Land- gericht die Turner Plöße, Zwanzig, Thiele, Hase und Stoffel in Luckenwalde, gegen die ein Meineidprozeß anhängig war, weil sie durch wahrheitswidriges Verhalten die Freisprechung von Parteigenossen herbeigeführt haben sollten. Jetzt ist auch juristisch erwiesen, daß die Anklage hinfällig war. Die Qual einer mehrwöchigen Untersuchungshaft haben aber die Schuldlosen weg.

— **Bei der Verteilung** des Kalenders „Der märkische Land- bote“ im Wahlkreis Calau-Luckau wurden in dem Städtchen Dobrilugk — in den anderen Orten ging's ohne Störung ab — zwei Parteigenossen von der Polizei angehalten. Sie be- kamen dann ein Strafmandat über je 15 Mark, wogegen sie Einspruch erhoben. Das Schöffengericht in Dobrilugk hat nun in seiner Verhandlung am 27. März, trotzdem selbst der Amts- anwalt auf Freisprechung plädierte, die beiden Genossen der Ver- leumdung der §§ 10 und 41 des preussischen Gesetzes über die Presse und des § 80 Absatz 2 des Reichs-Strafgesetzbuchs für schuldig erklärt, weil die Verteilung des „Märkischen Landboten“ in der Weise geschehen ist, daß die Genossen die Exemplare vom Korridor aus in die betreffenden Wohnungen hineintrugen. Der Korridor sei ein öffentlicher Ort und der „Märkische Landbote“ ein öffentlicher Ausruf, bei dem das Kalendarium nur die Verbreitung darstelle. Die Verbreitung hätte deshalb nicht ohne die für öffentliche Orte und Anrufe vorgeschriebene polizeiliche Genehmigung geschehen dürfen. Das Urtheil lautete auf 4 Wochen Haft gegen jeden der beiden Genossen. Die Parteistellung der Angeklagten wurde als „Straf- schärfend“ betrachtet. — **Nach unserer Ansicht** ist das Urtheil des Dobrilugker Schöffengerichts unhaltbar, denn indem man die Schriften in die Wohnungen hineintrug, ist die Verteilung thatsächlich innerhalb derselben erfolgt und deshalb an die Genehmigung der Polizei nicht gebunden. Wir hoffen, daß die beiden Genossen Verurteilung eingelegt haben.

— **Die Vertrauenspersonen** der sozialdemokratischen Frauen und Mädchen Breslaus, die Frauen Kayser, Alice Geiser und Kornemann, hatten im Inzeratentheil der „Volksmacht“ zum Besuch eines im Kornemann'schen Restaurant von ihnen arrangirten gemüthlichen Beisammenseins eingeladen. Dieses Beisammensein, das am 16. Februar abgehalten wurde, verfiel der polizeilichen Auflösung, weil es eine nicht angemeldete politische Versammlung gewesen sein soll und die Frauen Kayser und Geiser als Einberufenden und Frau Kornemann, letztere weil sie ihr Lokal dazu hergegeben habe, wurden wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes unter Anklage gestellt. Vor dem Schöffengericht stellte sich die Anklage aber als derartig unbegründet heraus, daß der Amtsanwalt selbst die Freisprechung der drei Frauen be- antragte; das Gericht erkannte demgemäß und legte die Kosten des polizeilichen Mißgriffs der geduldbigen Staatskasse zur Last.

Soziale Uebersicht.

Der Verband der „Arbeitgeber“ der Textilbranche veranlaßt, wie das „Berliner Tageblatt“ mittheilt, in demselben Augenblick, wo der Streik der rotthäufigen Textilarbeiter beendet wurde, ein Zirkular an seine Mitglieder. Es wird darin auf die „permanente Streikgefahr“ und auf die daraus entspringende unaussprechliche Beunruhigung der Textilindustrie hingewiesen, wobei die Herren nur vergehen, daß die „permanente Streikgefahr“ nur die Folge der permanent schlechten Arbeitsbedingungen ist, unter denen in der Textilindustrie die Arbeiter und Arbeiterinnen frohuden müssen. In dem Zirkular heißt es dann weiter: „Das sollten die Textilfabrikanten sich sobald wie möglich klar machen, daß nur eine Gegenorganisation die drohende Gefahr zu be- schwören vermag, und zwar eine Gegenorganisation großen Stiles, die alle Zweige der Textilindustrie umfaßt. Gerade so wie alle deutschen Arbeiter des Faches in Reich und Glied marschiren und demselben Wink blindlings gehorchen, gerade so muß eine Solidarität sämmtlicher deutschen Textilfabrikanten eintreten, und es gilt, so rasch wie möglich eine Organisation zu schaffen, die eine solche Solidarität zu praktischem Ausdruck bringt. Der deutsche Textilunternehmer muß wissen, daß alle seine Kollegen hinter ihm stehen, wenn er den Muth und die Kraft gewinnen soll, dem gewaltigen Ansturm der gesammten deutschen Textilarbeiterchaft nachhaltigen Widerstand entgegen zu setzen. Mögen also zunächst die Industriellen jedes Textil- plazes unter sich Vereinigungen zur Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeiter schaffen und mögen sodann diese Ver- einigungen mit einander in Verbindung treten, um jederzeit zu gemeinsamen Schritten bereit zu sein.“

Die Textilfabrikanten werden vorwiegend durch die Mahnung ihres Verbandes in großer Zahl folgen. Mögen die Textil- arbeiter und Textilarbeiterinnen das gleiche thun. Wird der Textilarbeiter-Verband durch Beitrittserklärungen genügend gestärkt, dann kann der Koalition der Textilfabrikanten unbefragt entgegengetreten werden. Die Fabrikanten werden dann auch eher zu Verhandlungen sich bequemen, als jetzt, wo nur ein geringer Theil der Textilarbeiter und Arbeiterinnen organisiert ist.

Eine Uebersicht über die Hauptergebnisse der Statistik der deutschen Krankenversicherung für 1894 wird im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Danach waren in 21 552 Kassen im Jahresdurchschnitt 7 282 609 Personen versichert. Die Kassen hatten eine Einnahme von 196 111 900 M. Dieser steht eine Ausgabe von 126 018 810 M. gegenüber. 2 492 809 Er- krankungsfälle (43 686 440 Krankheitsstage) verursachten den Kassen eine Ausgabe von 101 971 698 M. Auf ein Mitglied kamen 0,3 Krankheitsfälle, 6,5 Krankheitsstage und 14,95 M. Krankheitskosten.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute hielt am Mitt- woch, den 15. d. M., im „Englischen Hof“, Neue Poststr. 8, ihre Generalversammlung ab. Der bisherige Vorsitzende Alb. Kohl n erstattete den Halbjahresbericht. Aus demselben geht hervor, daß die Freie Vereinigung zu allen Fragen, die die Gesellschafts- thätigkeit betreffen, Stellung genommen und dies auch fernerhin uner- müdlich thun wird. Nach dem Bericht des Kassiers betragen im verfloffenen Halbjahr die Einnahmen 915,74 M. und die Aus- gaben 878,86 M., mithin bleibt ein Bestand von 37,88 M. Hierzu kommt noch ein Sparkassenbuch von 10 M., sowie diverse Aus- stände, so daß nach Abzug der Schulden ein Barvermögen von circa 500 M. vorhanden ist. Dem Gesamtvorstand wurde Decharge erteilt und nun die Neuwahl des Vorstandes vor- genommen. Derselbe setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Julius Bissauer, 1. Vorsitzender; Berth. Heymann, 2. Vorsitzender; Otto Ege, 1. Schriftführer; Theob. Stoltenberg, 2. Schriftführer; Hugo Rothardt, 1. Kassier; Friedr. Schmidt, 2. Kassier. Zu Beisitzern wurden die Mitglieder Währ, Schloppey und Ritter- band ernannt. Revisoren sind Hinghe und Wiebe.

Eine öffentliche Versammlung der Mechaniker und verwandten Berufsgeoffen, die von über 1000 Personen besucht war, tagte am 20. April bei Martens, Friedrichstraße, um Stellung zu einer Lohnbewegung zu nehmen. Nach den Ausführungen des Referenten, der einleitend die vorgenommenen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von ungefähr 40 der größten Firmen zur Kenntniß der Versammlung brachte, sind die Zustände bei den in betracht kommenden Branchen äußerst traurige. Löhne von 12, 15 und 18 M. für auf- gelehrte Arbeiter sind keine Seltenheit. Immer mehr findet die weibliche und jugendliche Arbeitskraft Eingang in diesen Betrieben, sodas die Löhne, begünstigt durch den Individualismus der Arbeiter, hervorgerufen durch den künstlich erzeugten Standesdünkel und die damit verbundenen schlechten Organisationsverhältnisse, auf ein Niveau herabgesunken sind, wo ein Vorgehen zur Aufbesserung der Lage durchaus nothwendig erscheint. Zum Ueberflus mußte auch hier wieder konstatiert werden, daß in denjenigen Betrieben, wo die Arbeitszeit am längsten währt, die Löhne am niedrigsten sind, hingegen bei den Firmen, wo die Arbeiter durch ihre Einigkeit eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt haben, noch einigermaßen und verhältniß- mäßig höhere Löhne bezahlt werden. In der Diskussion, an der sich eine große Anzahl Redner beteiligten, wurden noch verschiedene Mißstände und auch die Bekämpfung dieser, die bei mehreren Firmen im Schwunge ist, kritisiert. Alle Redner plädierten für den Eintritt in eine Lohnbewegung, um bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Einige Redner wünschten, daß sofort in die Bewegung einge- treten werde, da die Verhältnisse-Versammlungen sich in ihrer Majorität dafür ausgesprochen hätten. Von einem der- artigen Beschluß rath Dittsin, Räder u. a. ab, da nach ihrer Ansicht die Stimmung noch nicht genügend geklärt sei. Hierauf gelangten folgende Anträge zur einstimmigen Annahme: „In allen Werkstätten haben Listen zu zirkuliren, welche alle diejenigen zu untersuchen haben, welche gewillt sind, für die Forderungen einzutreten. Mittwoch Abend findet eine Ver- sammlung der Werkstätten-Vertrauensleute statt, um das Resultat festzustellen. Am Donnerstag hat eine allgemeine Mechaniker- Versammlung das Resultat entgegenzunehmen und zu beschließen. In denjenigen Werkstätten, in denen sich die Majorität für die Forderungen erklärt hat, sind am Freitag früh die aufgestellten Forderungen zu unterbreiten und überall da, wo bis Sonnabend Abend dieselben nicht bewilligt sind, soll am Montag früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden. Die erste Woche wird keine Unterstufung, die zweite Woche nur so viel gezahlt, wie nach Maßgabe der vorhandenen Mittel mög- lich ist. Jeder Mechaniker und verwandter Berufsgeoffe hat von jetzt ab pro Woche mindestens 50 Pf. an den Fonds ab- zuliefern.“ Des weiteren wurde beschloffen, da in verschiedenen Werkstätten bereits von Hilfsarbeitern die Arbeiten der Mechaniker verrichtet werden, für dieselben einen Minimallohn von 18 M. als Forderung aufzustellen. Als Hauptforderungen für die Mechaniker sind in Aussicht genommen: neunständige Arbeits- zeit, 24 Mark Minimallohn und 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden. Unter Verschiedenem wurde vom Vor- sitzenden aufmerksam gemacht, daß die Bekanntgabe der Lokale, wo die beschlossenen Versammlungen stattfinden, am Mittwoch im „Vorwärts“ erfolgt. Ferner sollen in allen Werk- stätten, wo dies bis jetzt noch nicht geschehen ist, Vertrauens- männer, die das Material zu sammeln haben, gewählt werden. In bezug auf die Maiseier erklärte die Versammlung sich dem Beschluß der Metallarbeiter-Versammlung anzuschließen. Bei einer eventuellen Lohnbewegung sollen diejenigen, welche unter den neuen bewilligten Bedingungen weiter arbeiten, für die Streikenden pro Woche eine Mark abliefern. Zum Schluß wurden zur Krankenkasse der Mechaniker und verwandten Ge- werbe 27 Delegirte normirt und sodann die imposante Versamm- lung mit einem dreimaligen Hoch auf die Bewegung geschlossen.

Der Verein Berliner Droschkentischer hielt seine ordentliche Mitgliederversammlung für das erste Vierteljahr diesmal im Zentrum der Stadt, und zwar im Lokale von Köllig in der Neuen Friedrichstraße ab. Nachdem die Versammelten zum Andenken an die verstorbenen Mitglieder Ritsche, Bafeno und Pohl sich von den Eigen erhoben hatten, erstattete der Vorsitzende Knüttler den Geschäfts- bericht für das erste Vierteljahr dieses Jahres. Nach diesem sind im Vereinsbureau, Schützenstraße 15, 167 Protokolle in Fahrgelder- und Fahrschein-Angelegenheiten, in Strafsachen und Gesuchen angefertigt worden. An Karten und Briefen sind 397 versandt worden. Im Fundbureau des Vereins wurden 443 Fundgegenstände eingeliefert, von diesen 193 von den Berlinerern reklamirt und dafür 622,95 Mark Finderlohn gezahlt. Unter diesen befindet sich ein Fundgeld in Höhe von 100 M. für 6 Einhundertmarktscheine, sowie ein solches in Höhe von 200 M. für Werthpapiere im Werthe von 15 000 M. Der Verein erwarb im abgelaufenen Vierteljahre 59 neue Mit- glieder, sodas derselbe am Schlusse des Quartals 886 vollberech- tigte Mitglieder zählte. Das gesammte Vereinsvermögen be- zifferte sich zu demselben Zeitpunkt auf 2218 M. 31 Pf. Die Abrechnung wurde von den Revisoren besichtigt und der Vorstand einstimmig entlastet. Die Lokalfrage für die Abhaltung des diesjährigen Stiftungsfestes fand ihre Lösung durch die Wahl der Neuen Welt in der Dofenbade. Eine längere Debatte entspann sich über die wiederum verkaufbare Forderung nach einer Statutenänderung. Ein diesbezüglicher, von A. Schulz ge- stellter Antrag wurde in dessen abgelehnt. Die Zeit der kommen- den Gewerbe-Ausstellung wurde für passend erachtet, energisch gegen die Schädigung durch das Triebfuhrwerk Front zu machen und wurde der Vorstand beauftragt, ein Flugblatt gegen das Triebfuhrwerk auszuarbeiten und dessen Verbreitung unter den Fremden und Reisenden zu veranlassen. Klage ge- führt wurde ferner über die Monopolisirung der Standplatzlisten durch das Polizeipräsidentium, indem nur ein Unternehmer in die Lage gesetzt ist, amtliche Standplatzlisten zu führen, und wurde gewünscht, daß auch hiergegen Schritte unternommen werden möchten. Diese Angelegenheit fand in dessen nicht ihre Er- ledigung, wurde vielmehr bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Amsterdam, 21. April. (M. T. S.) Dem „Handelsblad“ wird aus Batavia telegraphirt: Die drei wichtigsten Posten Tunkub, Lotrang und Clumpang in der östlichen Befestigungs- linie sind entsetzt worden. Dabei wurden vier Soldaten getödtet, ein Offizier und 43 Soldaten verwundet.

Reichstag.

73. Sitzung vom 21. April, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bötticher, Schönstedt.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Bachem über die Duelle; ferner als dritter Gegenstand folgender Antrag Rickert-Lenzmann.

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit allen disciplinarischen Mitteln dahin zu wirken, daß das auch in den Kreisen der Offiziere des stehenden Heeres und der Reserve weiter um sich greifende, der Religion, der Moral und den Strafgesetzen widersprechende Duellwesen beseitigt werde.

Hierzu liegt folgender Antrag der Abgg. Adt und Genossen, unterstützt von den Nationalliberalen und dem Zentrum, vor: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, dem mit den Strafgesetzen im Widerspruch stehenden Duellwesen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Abg. v. Bennigsen beantragte, diesen Antrag in unmittelbarem Anschluß an den ersten Gegenstand zu verhandeln.

Abg. Gröber (Z.) erklärte sein Einverständnis hiermit. Das Haus beschließt dementsprechend.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Rp.): Ich muß es zunächst bemängeln, daß hier im Reichstage von den Gnadenakten des Königs die Rede gewesen ist. Es soll die Person des Herrschers nicht in die Debatte gezogen werden. Herr Bebel hat sich über die Duelle geäußert, er hat also kein Anrecht, an einer Verbesserung der Zustände teilzunehmen. Von den 5 pEt. satisfaktionsfähigen Deuten, von denen Herr Bebel gesprochen hat, sind nicht alle Anhänger des Duells. Es haben sich viele davon dem Zweikampf entzogen. Auf die Einzelheiten des Duells Koge-Schrader will ich nicht eingehen. Herr v. Schrader steht schon vor seinem himmlischen Richter, wir haben mit ihm nichts mehr zu thun. Herr v. Koge ist wohl nicht weggereist, um sich der Strafe zu entziehen, sondern nur um nach diesen Vorfällen hier nicht Personen zu begegnen, denen er nicht gern begegnet. Herr v. Koge ist zum Duell gezwungen worden (Hört, hört! links); das ist ja eben der schlimme Punkt. Aber das Duell kann nur als ein Nothbehelf anerkannt werden. Wir müssen aus diesem Mißstand einen Ausweg suchen. Was soll jetzt der thun, der seine Ehre für verkehrt hält? Soll er vor dem Schöffengericht sein Recht suchen? Soll er sich mit einer kleinen Bestrafung des Beleidigers zufrieden geben? Hier muß eine Verbesserung herbeigeführt werden. Die Ehre ist mehr werth, als das Leben. Es ist nicht zu mißbilligen, wenn jemand sein Leben in die Schanze schlägt für die Ehre. Aber höher als die Ehre steht das unererbte Gewissen. Dem müssen wir Rechnung tragen. Das Furchtbare des Duells liegt darin, daß man sich und den Gegner in die Lage versetzt, mitten in der sündigen That vor den ewigen Richter zu treten, ohne daß Zeit zur Reue bleibt.

Es giebt nur ein Mittel: daß Ehrengerichte eingeführt werden überall, die wirklich eine Sühne eintreten lassen können. Ich habe nicht den geringsten Zweifel darüber, daß die Erörterungen der verbündeten Regierungen mit Ernst fortgeführt werden. Ich traue der staatsmännischen Einsicht des Reichskanzlers zu, daß er die Sache mit Ruhe zum Ziele führt. Wenn nichts geschehen sollte, so würde das das Volk nicht verstehen, es würde eine große sittliche Entrüstung laut werden. Dann würden wir sagen müssen: die verbündeten Regierungen haben ihre Pflicht nicht getan. Nach langjährigem Aufenthalt in England muß ich bekennen, daß die Furcht vor Verschlechterung des Tones der Gesellschaft nicht berechtigt ist. Seit der edle Prinzgemahl von England für die Beseitigung des Duells eintrat, hat sich der Ton der englischen Gesellschaft nicht verschlechtert, im Gegenteil, ich glaube, es wird sich nach Beseitigung des Duells immer mehr die Ansicht Bahn brechen, daß ein Ehrenmann, wenn er jemand beleidigt hat, verpflichtet ist, die Beleidigung zurückzunehmen. Damit muß der Beleidigte sich zufrieden erklären. Ich möchte, daß wir in dieser Beziehung zu einer einstimmigen Aeußerung des Reichstags kommen. Möge der Zeitpunkt bald kommen, wo man es für unmöglich hält, daß solche Dinge nothwendig waren.

Präsident v. Nol: Der Vorredner hat es gerügt, daß von Gnadenakten des Herrschers gesprochen worden ist. Soweit darin ein Vorwurf gegen das Präsidium liegen soll, muß ich das zurückweisen. Soweit die Erwähnung der Gnadenakte in ehrerbietiger Weise geschieht, ist das selbstverständlich zulässig. (Beifall links), denn die Gnadenakte sind von den verantwortlichen Rathgebern des Königs gegengezeichnete Regierungshandlungen. (Beifall links.)

Abg. v. Bennigsen (nat.): In meinen von dem Abg. Rickert zitierten neulichen Aeußerungen über das Duell weiche ich gar nicht so sehr von seiner eigenen Auffassung ab und ich habe auch nichts davon zurückzunehmen. Ich habe damals gegenüber dem jetzigen Zustande, wo durch die Duelle in vielen Fällen ein offener Widerspruch mit den Gesetzen zu Tage tritt, hervorgehoben, wie peinlich und kaum erträglich ein solcher Zustand ist, und ich habe darauf hingewiesen, daß in anderen Ländern, in denen früher die Duelle zum Theil noch in größerer Zahl vorfielen wie bei uns, z. B. in England, seit der Mitte des Jahrhunderts sie fast vollständig aufgehört haben, und daran die Hoffnung geknüpft, daß auch bei uns mit der Zeit ein solcher Zustand eintreten werde. Ich habe gesagt, daß, so bedauerlich ein solcher Zustand sei, dennoch die Auffassung des Ehrbegriffs, wie sie in manchen Klassen der Bevölkerung, in Militär und Jbid, herrsche, in einzelnen Fällen das Duell beinahe zur Nothwendigkeit mache. Diese Aeußerung bestätigte mein Bedauern des jetzt vorhandenen Zustandes und steht nicht im Widerspruch mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Duelle in Deutschland ganz verschwinden. Ich habe dann hinzugefügt, daß vieles davon abhängt, wie sich die Fordernden und Kartellträger bei dem Austrage der Sache verhalten. Die Mittelpersonen sind fast in allen Fällen in der Lage, die Duelle zu verhindern. Ich spreche hier aus Erfahrung. Es ist mir ein Fall vorgekommen vor länger als ein Jahr, wo es sich um eine Forderung zwischen hochstehenden Personen in vorgerücktem Lebensalter handelte. Ich war Beauftragter eines der Herren. Trotz längerer Verhandlung war es mir nicht gelungen, eine schriftliche Erklärung von den beiden Gegnern, die ich vorgelegt hatte, zu erhalten, weil der eine sie verweigerte. Die Sache schien ziemlich schlimm. Schließlich gelang es mir, beide Gegner zu bewegen, eine schriftliche Verpflichtung zu unterzeichnen, daß sie sich unbedingt dem Ausspruch eines von ihnen zu ernennenden Ehrenschiedsgerichts unterwerfen würden. Dieses Ehrenschiedsgericht ist zusammengetreten. Nach längeren Verhandlungen, in denen die Sache sorgfältig untersucht wurde, und in denen beide Theile genügende Gelegenheit hatten, sich zu äußern, entschied das Ehrengericht, daß die Gegner eine von ihm bestimmte formulirte Erklärung zu unterschreiben hätten. So geschah es, und damit war die Sache erledigt. Die Dinge sind hier und in der Presse unter dem Eindruck der in den letzten Wochen stattgehabten Duelle behandelt worden, welche eine große Aufregung und Entrüstung in Deutschland

hervorgehoben haben. Herr Schall hat sich ja gestern auch im Namen seiner politischen Freunde für die Darlegung des Herrn Bachem ausgesprochen.

Auf die letzten Vorgänge will ich nicht eingehen; die persönlichen Dinge treten ja dabei vollständig zurück. Ich will nur darauf hinweisen, daß das Aufsehen ein so großes war, weil das Duell Tage lang vorher bekannt und der Hintergrund ein sehr pikantes war. Erschütternder war das Duell, wo der in seiner Familienehre Verletzte von dem Gegner getödtet wurde. (Sehr richtig! links.) Wo kann da die Rede sein von einer Spur von Sühne für eine begangene That, wo kann da die Wiederherstellung einer verletzten Ehre gefunden werden. (Sehr richtig! links.) Welches Verhalten nehmen die Gegner unserer sittlichen und bürgerlichen Ordnung zu solchen Vorfällen ein? Sie haben die Rede des Herrn Bebel gehört. Der Inhalt derselben war ein Triumph darüber, eine Gelegenheit zu haben, von seinem Standpunkt über die angeblichen Gewaltthätigkeiten und Rohheiten der oberen Klassen eine donnernde Philippika zu halten. (Sehr richtig! links und rechts.) Die Hauptsache war die Ausnutzung dieser Vorgänge für die Zwecke der sozialdemokratischen Partei. (Sehr richtig! rechts.) Darüber hat er gar keinen Zweifel gelassen. Ich verweise nur auf die Schlussworte seiner Rede nach dem Berichte des „Vorwärts“: „Uns kann es recht sein, wir haben den Vortheil“ (Sehr richtig! links). Ferner sagte er: „Wenn die Herren sich niederlassen, so haben wir dagegen nichts einzumenden; sie besorgen die Vernichtung selbst“. Das zeigt, was wir noch zu erwarten haben. Es drückt das doch nur aus, daß wir Ihnen (den Sozialdemokraten) eine zukünftige Arbeit ersparen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Er ist moralisch entrüstet über die Gewaltthätigkeiten anderer Stände.

Ich bestreite Herrn Bebel im wesentlichen die Legitimation zu solcher sittlichen Entrüstung. Jemand, der bald nach dem Kriege von 1870—71 sich nicht gekümmert hat, eine Verherrlichung und Empfehlung der Kommune zur Nachahmung zu proklamieren (Widerpruch bei den Sozialdemokraten), der ist nicht legitimirt, Gewaltthaten zu verurtheilen, er mag sich erst gegen die Greuel seiner französischen Genossen wenden. Wir alle wissen, daß, was von den Kommunisten geschehen ist, sich würdig an die Seite stellt dem Wachen der französischen Revolution. Die Ermordung der unschuldigen Geiseln einschließlich der Ermordung des Erzbischofs Darboy ist hier verherrlicht worden im Reichstage. Ich weiß, wie hier im Hause die Entrüstung darüber groß war. Ich habe den stenographischen Bericht vor mir. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Bebel sagte: „Möge die Bestrebung der Kommune noch so verwerflich und verräthlich sein, seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat, welches das Gefühl der Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht nach Frankreich. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Kampf in Paris ist nur ein kleines Vorkriegsgeschehen, der Hauptkampf steht uns noch bevor. Krieg den Palästen und Frieden den Pflügen, wird der Ruf des Proletariats werden.“ Die Herren werden vielleicht noch wünschen, daß solche Aeußerungen niemals von ihnen gemacht wären. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben alle Veranlassung, uns mit der Frage zu beschäftigen: wie ist den Mißständen, welche sich herausgestellt haben, zu begegnen. Eine Statistik über die Duelle liegt mir nicht vor. Ob sich die Zahl der Duelle vermehrt hat, kann man gar nicht beurtheilen. Unsere Presse bringt jetzt alle derartigen Vorgänge gleichzeitig aus ganz Deutschland, während früher solche Dinge sich heimlich und unbemerkt abspielten und niemals der gleichzeitige Eindruck vorhanden sein konnte. Ich bin der Meinung, die Duelle haben eher abgenommen. (Zuruf links: Natürlich, geben Sie die Schuld nur der sozialdemokratischen Presse!) Insinuieren Sie mir nicht Dinge, an die ich nicht gedacht habe. Ich habe gar nicht Ihrer Presse allein den Vorwurf gemacht, sondern ganz allgemein. Eine solche Insinuation ist einfach lächerlich! Die Ehrengerichte haben einen Zweck, die Zahl der Duelle zu vermindern, erreicht; verhindern haben sie die Duelle nicht können. Das ist mir von Militärs bestätigt worden. Es ist hier auch von Studentenkampereien die Rede gewesen. Aber das ist doch nicht zu verkennen, daß man damit anderen Dingen nachgeht, als mit den Duellen. Die Bestimmungsmensuren, obgleich ein Reichsgerichtsurtheil das Gegentheil annehmen soll, kann man doch nicht als ernsthafteste Duelle betrachten. Ich spreche nicht von den auch unter Studenten vorkommenden Säbel- und Pistolenduellen. Diese mögen ernsthaft verfolgt werden, aber was haben jene Mensuren mit dem Ehrenpunkt zu thun? Ich habe auch solche Mensuren durchgefochten und habe meinen Gegner manchmal garnicht gekannt. Das sind Waffenübungen. Diesen Dingen mag man entgegenzutreten, jedenfalls steht das aus einem andern Blatt. Es kommen vielfach Fälle vor, daß Personen sich auf Duelle einlassen müssen, die den gesetzlichen Vorschriften nicht zuwider handeln wollen. Sie kommen da in einen schweren Konflikt.

Von einem germanischen Ehrbegriff ist dabei garnicht die Rede. Glauben Sie, daß bei den Römern und Griechen der Ehrbegriff ein anderer gewesen ist? Sie hielten es nur nicht für nöthig, zur Selbsthilfe zu greifen, weil sie durch die Gesetze des Staats stärker geschützt wurden. Was steht denn im Wege, daß in absehbarer Zeit das bei uns auch zur herrschenden Anschauung wird. Das Duellwesen war in Frankreich viel ärger als in Deutschland. Nicht bloß die Gegner traten auf die Mensur, sondern häufig auch ihre Sekundanten. Es hat längere Zeit gedauert, ehe man der Sache beigegeben ist. Die Entwicklung der Duelle liegt bei uns vielleicht an dem kräftigeren Individualgefühl der Germanen, daher der Widerspruch zwischen Gesetz und Sitte. Zur Abänderung der Sitte kann von oben herunter gewiß manches geschehen.

In England sollen gar keine besonderen Vorschriften über die Duelle bestehen; die Bestrafung einer Tödtung im Duell erfolgt nach gewöhnlichem Rechte. Zu einer solchen radikalen Aenderung der Strafgesetzbuch wird man wohl beim ersten Anlauf nicht kommen. Sie wäre aber sehr gut. Wenn eine Tödtung erfolgt ist, oder wenn es sich um Bedingungen handelt, welche eine Tödtung zur Folge haben müßten, da ist eine Strafe von zwei Jahren zu gering. Die Militär- und die Zivilgerichte sind geneigt, sich in der Nähe der Minimalstrafe zu halten. Ich muß auch bekennen, daß unsere Strafen für Beleidigungen und Verleumdungen zu milde sind und noch viel milder die Handhabung derselben. Die allerschwerste Verleumdung wird höchstens mit 5 Jahren Gefängnis bestraft. Aber das Maximum wird niemals angewendet. Die erbärmlichsten Geldstrafen werden angewendet, selbst bei wiederholten Beleidigungen. Will man Duelle verhindern, muß man die Strafe für Beleidigungen verschärfen. Es ist jetzt auch eine Geldbuße möglich, wenn der geschäftliche Kredit geschädigt ist. Diese Geldbuße sollte man in ganz anderer Weise handhaben. In England wird gar kein Bedenken darin gefunden, eine Geldbuße von einigen tausend Pfunden über den Beleidiger zu verhängen, die dem Beleidigten zugesprochen werden.

Die Hauptsache liegt immer in der Auffassung und der Sitte der Klasse, die sich an den Duellen betheiligte, und so lange da

nicht eine Aenderung sich vollzieht, wird nichts Durchgreifendes geschehen können. Wenn die Kartellträger verpflichtet werden, alles aufzubieten, um das Duell zu verhindern, wenn sie genöthigt sind, die Gegner vor ein Ehrengericht zu zwingen, so wird es nicht lange dauern und die Duelle werden sich erheblich vermindern. Daß nach dieser Richtung hin etwas geschieht, das ist ein Bedürfnis und darauf ist unser Antrag gerichtet. (Beifall.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Ich will nicht gegen die Parteien polemisieren, wie der Vorredner. Ich meine, man sollte, was allen Parteien gemeinsam ist, zusammenfassen zu einem um so kräftigeren Antrag an die Regierung. Abgesehen von einigen spezifischen sozialistischen Nebenausführungen unterschreibe ich alles, was Bebel gestern gesagt hat und es wäre schlimm, wenn die scharfe Beurtheilung beschränkt bliebe auf die Kreise der Sozialisten! (Sehr wahr! links.) Dieses Duellwesen steht in keiner Weise im Zusammenhang mit der staatlichen oder gesellschaftlichen Ordnung; es ist ein Auswuchs derselben und muß und kann beseitigt werden, wenn der richtige Wille dazu oben vorhanden ist. Die Erklärung des Herrn v. Bötticher war in keiner Weise befriedigend; sie war so unbefriedigend, so lau und flau, daß sie lauer und flauer nicht sein konnte. Der Reichskanzler hat durch eine diplomatische Formel zu calmiren versucht. Er hat sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen über die Vorgänge, die niemand herzerquickend gefunden hat. Daß Achtung vor dem Gesetz bei allen Klassen der Bevölkerung herrschen solle, ist selbstverständlich. Auch vor 10 Jahren wurde hier schon erklärt, daß Erwägungen schwerer zur Aenderung der Gesetzgebung. Hat der Reichskanzler nur Erwägungen im stillen Kämmerlein (Weiterkeit) angestellt, oder hat er die Ressorts dringend aufgefordert zu Vor schlägen? Es sind doch keine neuen Fragen, um die es sich hier handelt. In diesen Fragen muß jeder reifere Mann seine bestimmten Ansichten mitbringen. Die Erklärung bezog sich nicht auf die Hauptpunkte, sondern nur auf den Nebenpunkt, daß die Organe der Staatsanwaltschaft und der Polizei nicht genügend aufmerksam waren. Es wird gesagt, die Duellanten finden doch die Möglichkeit zum Zweikampf. Das enthält die Aufforderung an die Polizei, sich um Duelle gar nicht mehr zu kümmern. Die betheiligten Personen, meist aktive oder zur Disposition gestellte Offiziere, unterliegen der Militärgerichtsbarkeit. Es muß erschlüssend auf die Organe der Polizei wirken, wie die Anordnungen der Duelle gleichsam amtlich getroffen werden nach vorheriger Verhandlung der Ehrengerichte. Personen in hoher amtlicher Stellung wirken mit als Sekundanten. Wie soll da ein untergeordneter Polizeibeamter einschreiten! Herr v. Bennigsen verurtheilt die Sache an sich, aber durch seine mildernden Umstände schwächt er diese Verurtheilung ab. Er bezeichnet das Duell als ein nothwendiges Uebel und stellt die Studentenschlägereien als harmlos dar. Das ist heute nicht mehr so. Die Schlägereien werden mit einer Wichtigkeit behandelt, mit einem Strenge, als wenn das Panken wichtiger ist als das Studiren. Eine solche Jugend soll nachher die wichtigen Aufgaben erfüllen, die den Beamten bevorstehen. Hier wird der Grund gelegt zu den späteren Duellen. (Sehr richtig! im Zentrum und links.)

In den Kreisen freier, unabhängiger Männer ist die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Duelle nicht mehr vorhanden. Es sind die Kreise, welche sich nach oben hin abhängig fühlen, in denen die Auffassung des Ehrbegriffs eine falsche ist. Sie glauben sich ihre Zukunft zu verdienen im Amt und in militärischen Beruf, wenn sie sich nicht zum Duell bekennen. Innerlich überzeugt von der Nothwendigkeit des Duells ist hier im Hause wohl kein einziger und im Lande erlangen nur einige Kaufbolde, wie der verstoffene Herr v. Hammerstein, ein gewisses Prestige dadurch, daß sie gleich mit der Pistole bei der Hand sind. Die größte Zahl der Offiziere, denen ja jetzt der Mund verschlossen ist, würde es als eine Erlösung von einem Wahnsinn betrachten, wenn sie vom Duell erlöst würden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Herr v. Bennigsen meinte, die Befragung des Duells als Wort ginge nicht an. Das hat aber das Landrecht schon vor hundert Jahren ausgesprochen. So weit sind wir zurück in der Rechtsauffassung! Wenn niemand getödtet ist, werden die Duellanten nach dem Landrecht mit Verlust des Adels und ihrer Kemler und mit Gefängnis bestraft. Aber was nützt die schärfste Strafe, wenn nachher die Vergnügung kommt. Die Vergnügungen schaden in erster Linie. Die parlamentarische Kritik darüber ist durchaus zulässig, weil die Minister dafür verantwortlich sind. Wenn schon nach 24stündiger Festungshaft die Vergnügung erfolgt, so sieht das thatsächlich zur Subvention der Strafgesetze. Da ist es nur zu bedauern, daß man vorher erst noch eine Gerichtsverhandlung vornimmt. (Sehr richtig! links.) Die Aenderung des Vergnügungsrechtes ist das erste, was nothwendig ist. Ich will garnicht wie das Landrecht das Bildnis der Duellanten an den Schandpfahl heften lassen. (Weiterkeit.) Aber solche Personen sind des Ansehens und des Vertrauens nicht mehr würdig, welche das Amt erfordert und namentlich müssen die Duellanten aus der Nähe des Monarchen fern gehalten werden. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Aus der Folgegesellschaft tritt immer an die bürgerliche Gesellschaft die Aufforderung zum Schutze von Sitte und Religion und zum Bau neuer Kirchen. Da muß das Volk zu der Meinung kommen, daß die Religion nur auf der Zunge und nicht im Herzen herrscht. Es kommt schon der Schmerz auf, daß Duelle der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen zum Besten von Kirchenbauten. Es tauchen schon Bilder auf, welche solche Schaustellungen zeigen (Redner zeigt ein solches Bild vor.) Es handelt sich darum, daß die Exekutive eingreifen muß, und wenn das nicht geschieht, dann müssen wir die öffentliche Meinung noch mehr aufregen, bis endlich das Gewissen die Staatsbehörden zwingt gegenüber diesem groben Unflug ihre Pflicht und Schuldigkeit zu thun. (Beifall links.)

Abg. Gröber (Z.): Ich schäme die Erklärung des Reichskanzlers nicht so niedrig ein, aber sie läßt Zweifel offen über die Richtung, in welcher die Erwägungen angestellt werden. Unso mehr muß der Reichstag nach heute seinerseits Stellung nehmen zu dieser Frage. Herr v. Bennigsen hat gemeint, das Duell hänge ab von der Auffassung der betreffenden Gesellschaftsklassen. Genüß; aber ein nobles Duell ist auch nicht entschuldbar. Herr v. Bennigsen hat das Urtheil des Reichsgerichts über die Studentemensuren bemängelt. Daß dieses Urtheil vielen Deuten unangenehm ist, thut seiner Richtigkeit keinen Abbruch. Herrn v. Bennigsen's Rede war die Aeußerung eines alten Korpsstudenten. Ich will die alte Surschenherlichkeit nicht tadeln, aber was ist die Studentenmensur anders als eine Vorbereitung für das Duell im späteren Leben. (Zustimmung links und im Zentrum.) Gerade diese Anschauung, die auf alle diejenigen, welche sich nicht an den Mensuren betheiligen, mit Verachtung herabsehen, wird gepflegt von den engen Kreisen, welche es als schweidig betrachten, wenn das Gesicht durch einige Schmissen

gerichtet ist wie ein Kotelett. Woher bekommt die Presse ihr Futter für ihre Standaufsucht? (Sehr richtig! links.) Die Duellanten sind herabgesunken zu einer studentischen Nennomage. (Sehr richtig! links.) Ihr Stattfinden wird schon vorher bekannt gemacht. Diese Dinge werden mit einer Wichtigkeit behandelt, die anderer Dinge würdig wäre, als wenn es sich nicht um die Begehung eines Verbrechens handelte. Bebel's Auffassung, daß das Duell eine Art Gottesgericht nach mittelalterlichen Begriffen sei, ist durchaus falsch. Die Gottesgerichte waren damals ein freilich sehr mangelhaftes Rechtsinstitut zur Ersetzung des Beweises. Heute findet das Duell statt außerhalb der Rechtsordnung und gegen dieselbe. Ein möglichst einstimmiges Votum des Reichstages ist allerdings wünschenswert; deswegen hätte ich gewünscht, daß Herr Bebel dem Zentrum seinen Vorwurf gemacht hätte. Er scheint überfordert gewesen zu sein, daß wir die Interpellation eingebracht haben; er behauptet, bei der Umsturvorlage hätten wir eine andere Stellung zum Duell eingenommen. Gerade in der Duellfrage haben wir immer dieselbe Stellung beibehalten. Aber eine andere Frage ist es, ob der richtige Zeitpunkt gekommen ist für einen gesetzgeberischen Vorstoß. Das ist eine taktische Frage. Wir hatten eine Verschärfung der Strafbestimmung über das Duell verlangt, aber der Antrag ist gefallen, weil die Freisinnigen dagegen stimmten (Hört! im Zentrum), um von der Umsturvorlage nichts für die dritte Lesung übrig zu lassen. Das war taktisch richtig; wir machen Ihnen keinen Vorwurf daraus, aber machen Sie uns auch keinen Vorwurf. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Mantuffel (l.): Ich würde das Wort nicht ergreifen haben, wenn nicht Herr Bebel die Ausführungen meines Freundes Schall in einer Weise verdreht hätte (Widerpruch links). . . . Ich will sagen, zusammengestellt hätte, als ob Herr Schall sich widersprochen hätte. Herr Schall hat ganz korrekt seinen Standpunkt dahin festgestellt, daß er das Duell verurteilt. Man soll aber nicht sagen können, daß nur ein evangelischer Geistlicher gesprochen, die Partei als solche aber geschwiegen hätte. Ich kann versichern, daß ich den Ausführungen des Herrn Bachem mit großem Interesse gefolgt bin und daß ich im ganzen und großen auf seinem Standpunkt stehe. Aber einzelne Bemerkungen veranlassen mich zum Widerspruch. Die Annahme, daß Herr v. Kose sich der Verantwortung entzogen habe, ist unrichtig. Er hat sich gestellt, es haben Verhandlungen stattgefunden, die abgeschlossen sind, und mit Zustimmung der Behörde hat er einen kurzen Urlaub genommen, von dem er jeden Augenblick zurückkehren kann. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie das nicht glauben wollen, so ist das Ihre Sache. Herr v. Kose ist auch immer satisfaktionsfähig gewesen.

Alle Kriterien, welche für die scharfen Duelle maßgebend sind, fehlen für die Studentenpartei. Eine Verleumdung ist nicht vorangegangen, es fehlen die tödlichen Waffen. Ich glaube, daß in früheren Jahren von den Studenten weniger gearbeitet worden ist als jetzt; ich habe wenigstens den Eindruck und Herr Benzmann wird mir vielleicht recht geben. (Heiterkeit.) Wir stehen auf dem christlichen Standpunkt, und da ergibt sich für uns die Stellungnahme zur Interpellation von selbst. Wir verwerfen das Duell auf das Schärfste. Aber eine so tief eingewurzelte Sitte oder vielmehr Unsitte läßt sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Es ist gestern vielfach das Duell als Gottesgericht bezeichnet worden. Bebel hat das nicht ohne Absicht getan, er wollte damit die christliche Anschauung mit sich selbst in Widerspruch setzen. Keinem von uns ist es eingefallen, die Duelle der letzten Zeit als ein Gottesgericht zu betrachten. Dagegen muß ich auf das entschiedenste Widerspruch erheben. Wir haben den dringenden Wunsch, daß die Verhältnisse sich derartig gestalten, wie in England. Aber da ist es auch nicht zwischen heute und morgen geschehen; nur langsam hat das Duellwesen abgenommen. Was in England möglich gewesen ist, muß bei uns auch möglich sein, ja noch leichter, weil das Sittlichkeits- und Rechtsbewußtsein in unserem Volke noch größer ist als im englischen. (Sehr richtig! rechts.) Aber wenn die Arbeit so begonnen wird, wie gestern mit der Rede des Herrn Bebel, dann werden wir keine große Wirkung erzielen.

Das Merkwürdige ist, daß immer das Duellwesen mit dem Militarismus in direkten Zusammenhang gebracht wird. Das ist doch nicht richtig. Im ganzen und großen schreiten mehr Reserve-Offiziere zum Duell als aktive Offiziere; das liegt daran, daß dem Reserve-Offizier der stielige Zusammenhang mit den Kameraden und den Vorgesetzten fehlt. In einer Ausgestaltung der Ehrengerichte, welche wirklich der Ehre Genugthuung schaffen können, in einer Ausdehnung derselben auf andere Berufsstände, in der Verleihung von Strafbefugnissen mit dem Rechte der Exekutive kann eine Verbesserung gefunden werden; besonders müssen aber strengere Befragungen eingeführt werden für Ehrenbeleidigungen; derjenige, der fälschlich Beleidigungen ausgesprochen hat, muß seinerseits für ehrlös erklärt werden. Mit dem Strafmaß braucht man nicht milder zu sein als in England. Es braucht sich ja niemand einer hohen Geldstrafe auszusetzen, und wenn er sie nicht zahlen kann, können ja Freiheitsstrafen eintreten.

Die Presse ist sicherlich nicht so unschuldig, wie man es darstellt. Bewußt ist es beabsichtigt, daß der Stoff öffentlich herumgetragen wird. Aber die Presse macht auch Versuche, alles Mögliche zusammenzuführen, um die Ehre anzugreifen. Es ist über Herrn v. Boddelski die Nachricht verbreitet worden, daß er in einer Nacht sein Vermögen verspielt und sich tot geschossen habe. Was war die Strafe dafür? Ich glaube 100 M. Herr Bachem hat die vorzügliche Leichenrede des Pastors Wendmann hier gestern erwähnt. Der tiefe Eindruck dieser Rede wird wesentlich dazu beitragen, daß das Duellwesen seinen Boden verliert. (Beifall rechts.)

Zwischen ist zu dem Antrag Robert Benzmann folgender Änderungsantrag der Abg. Bachem und Genossen eingegangen: Dem Antrage Art und Genossen folgendes hinzu- zufügen: insbesondere darauf hinzuwirken, 1. daß zur Verhütung der Zweikämpfe für alle Stände, bei welchen dies erforderlich erscheint, namentlich für Offiziere, Beamte und Studenten, Schiedsgerichte mit der Aufgabe endgültiger Entscheidung aller Ehrenstreitigkeiten unter Ausschluß jeglichen Zweikampfes geschaffen und diese Schiedsgerichte mit den nötigen Befugnissen ausgestattet werden, um ihre Entscheidungen zur unbedingten Achtung zu bringen, 2. daß zur wirksamen Verhütung von Verleumdungen und Beleidigungen dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welchen die betreffenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches verschärft werden; 3. daß zur wirksamen Verhütung des Zweikampfes dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch welchen die dem Zweikampf sowie die Beihilfe und Aushilfe zu demselben bevorzughenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches abgeändert werden.

Abg. Förster-Neuhüttin (Deutsch-soziale Reformp.) bleibt im Beginn seiner Rede unverständlich, da die meisten Abgeordneten den Saal verlassen. Redner spricht sich ebenfalls dafür aus, daß die Strafen für Beleidigungen verschärft werden müssen, damit die Duelle durch eine anderweitige ehrengerichtliche Sühnung ersetzt werden können. Wenn trotzdem noch jemand zur Selbsthilfe schreiten sollte, dann müßte er mit den schärfsten Strafen belegt werden, vielleicht müßte sogar die Verbannung festgesetzt werden als Strafe. In diesem Falle würde ich mich sogar für das amerikanische Duell erklären, d. h. nicht in der Weise, daß sich einer der Gegner selbst tödtet, sondern daß er seinem Gegner Blay macht und das Land verläßt. Redner verweist auf die kleine Schrift des Herrn v. Below über das Duell. Die meisten Stände sind bisher ohne das Duell ausgekommen, warum sollen nur einzelne Stände privilegiert sein? Die Frauen sind, mit einigen wenigen modernen Ausnahmen, auch ohne das Duell ausgekommen. Der Eine oder der Andere mag ja den Rißel empfinden, sich durch

das Duell als erhaben über das gewöhnliche Volk hinzustellen. Die meisten aber gehen zum Duell wie zum Nichtsplatz. Die falsche Anschauung gewisser Kreise müssen wir bekämpfen. Wenn Bebel auch in seiner ausserordentlichen Weise gesprochen hat, so hat er doch sachlich nichts anderes gesagt, als alle anderen Redner, und diese Uebereinstimmung der Parteien ist erfreulich. Redner erklärt sich für den Antrag Bachem, der eine Lösung bringt, die uns wirklich Ehre macht.

Abg. Bebel: Dem Abg. v. Mantuffel gegenüber muß ich Bedauern einlegen, daß ich irgend etwas in den Ausführungen des Abg. Schall verdreht hätte. Herr Schall hat nicht wie wir das Duell bestimmt verworfen, er hat anerkannt, daß unter gewissen Umständen das Duellwesen er- läßlich, ja notwendig sei, und das steht im Widerspruch mit seiner konservativen und geistlichen Stellung. Auch Graf Bernstorff hat nicht umhin gekonnt, ausdrücklich zu erklären, daß es allerdings Vorurteile im Leben eines „Ehrenmannes“ geben könne, wo dem Beleidigten nicht ein Urteil des Schöffengerichtes ge- nügen könne, sondern wo es nötig sei, daß der Mann mit seiner Persönlichkeit eintrete. Graf Bernstorff ist ein frommer Mann; er hat die christlichen Jünglingsvereine beim Militärretal gegen meine Angriffe ver- theidigt. Aber trotzdem kann er nicht von seinem Klassen- vorurteil abgeben und das Duell entschieden verurteilen. Wir sind hier nicht nur über die Mittel, sondern auch über die Sache selbst verschiedener Meinung. Herr v. Mantuffel hat wieder mit Nachdruck seinen streng christlichen Standpunkt betont, aber dann kamen sofort die Aber. Die höchsten Kreise der Gesellschaft, die vom Duellwesen be- troffen werden, sind doch ganz minimale Kreise des Volkes. Bei erstem Willen könnten diese Kreise selbst dem Uebel steuern wie in England. Aber Sie oder Ihre Presse haben das Duell Jahre lang gegen alle Angriffe ver- theidigt. Sie werden also heute und nicht etwa glauben machen, daß Ihre jetzige Opposition gegen das Duell eine wirklich tiefergehende, eine wirklich ehrlich und aufrichtig gemeinte ist. Gestand bin ich, daß Herr v. Mantuffel einen Zu- sammenhang zwischen dem Duell und dem Mil- itarismus leugnet. Mit dem Tage, wo das Duell in der Armee unmöglich geworden ist, ist es auch in den betreffenden Gesellschaftskreisen unmöglich geworden. (Zustimmung.) Das Duellwesen wurzelt allerdings bis zu einem gewissen Grade in den studentischen Schlägermensuren, hauptsächlich aber in den Sitten der Armee, die von oberhöchster Stelle nachdrücklich begünstigt und unterstützt werden. Die Kabinettsordre von 1874 zwingt die Offi- ziere zum Duell, wenn sie nicht ihre militärische, also gleichzeitig ihre gesellschaftliche Existenz aufs Spiel setzen wollen. Die Herren, die es erst meinen, sollten ihren Einfluß aufbieten, daß diese Kabinettsordre aus der Welt geschafft wird. Ob die- selbe nicht vom Reichstagler gegengezeichnet, also in Wahrheit verfassungswidrig ist, weiß ich nicht, für die Armee aber ist sie absolutes Gesetz. Aktive Offiziere und Offiziere des Verurlaubtenstandes sind danach zum Duell gezwungen. Trotzdem schon 1874 das gegenwärtige Strafgesetzbuch bestand, welches die Herausforderung und die Zueilnahme an einem Duell unter Umständen mit jahrelanger Festungshaft bedroht, hat der Kaiser eine Ordre erlassen, die in direktem Widerspruch mit dem Strafgesetz, auch dem militärischen, steht. Die Ordre regelt der Duell bis ins einzelne. Wer sich nicht duelliert ist unwürdig „fernerweit meiner Armee an- zugehören“. Diese Verordnungen muß in erster Linie aus der Welt! Sie mögen noch soviel Gesetze machen gegen das Duell: Die kaiserliche Verordnung steht wider alles Gesetz, über allem Gesetz, sie ist allein maßgebend für den Offizier. Das ist ein Zustand, der eines Kulturstaates un- würdig ist, den sich keine Volksvertretung, die auf diesen Ehrenmann Anspruch machen kann, auf die Dauer gefallen lassen darf. (Zustimmung links.) Traurig genug, daß der Reichstag dafür jahrelang kein Wort des Tadelts hatte. (Sehr gut! links.)

Statt diese ungeheuerliche kaiserliche Verordnung aus der Welt zu schaffen und die Zueilnahme genau so zu behandeln wie andere Missetaten, bringt man einen neuen Antrag Bachem ein, der in erster Linie nur das Strafgesetzbuch verschärfen soll. Die Regierung wird sich beteiligen, diesen Ihren Wünschen nach Möglichkeit nachzukommen, sonst wird aber alles beim alten bleiben und das Volk hat auch in dieser Sache wieder den Schaden; der Unfug selbst wird nicht beseitigt, sondern die ganze Debatte läuft daraus hinaus, daß Pres- und Liebesfreiheit eingeschränkt wird. (Zustimmung links.) Unser Strafgesetzbuch ist in bezug auf Beleidigungen durchaus nicht milde; man kann wegen einer einfachen Beleidigung bis zu zwei Jahren bestraft werden, wegen verleumderlicher Be- leidigung bis zu 5 Jahren. Das ist unter Umständen sehr hart. Gegen Ihre Leute mag auf 30, 40 M. erkannt werden, gegen Sozialdemokraten wird in 99 von 100 Fällen überhaupt nicht auf Geldstrafe, sondern auf Gefängnis erkannt (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) mit der Androhung, die Geldstrafe trage die Parteikasse. Arbeiter, welche einen Fabrikdirektor oder ähnliche Personen beleidigt haben, werden bis zu 9 Monaten und 1 Jahr Gefängnis bestraft. Lesen Sie nur die harten Urtheile des Kottbuser Schöffengerichts gegen eine Anzahl streikender Arbeiter erst vor wenigen Tagen! Allerdings meine ich, daß kein Gericht mir die Ehre zuerkennt, die Sie mir ein anderer durch irgend einen Akt aberkennt. Wenn ich mir bewußt bin, keine ehrlöse Handlung begangen zu haben, dann ist es mir völlig gleichgültig, was ein Gegner oder Feind aus Verleumdungssucht gegen mich sagt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach dem Muster des Fürsten Bi- smard hätten wir tausende von Strafantrags-Formularen drucken lassen müssen. Was ist gegen meinen Freund Singer nicht alles, namentlich von den Antisemiten, gelogen worden! Was nicht gegen meinen Freund Liebknecht und mich! Wir haben uns nie dazu herbeigelassen, eine Beleidigungsaklage anzuhängen. Wir begnügen uns, wenn nötig, mit einer öffent- lichen Erklärung. Unserem Ansehen haben diese Beleidigungen nicht geschadet, im Gegenteil.

Daß diese Sache von den höheren Ständen und der Re- gierung sehr lächlich aufgefaßt wird, beweist nicht nur die gestrige diktorische Erklärung der Regierung, sondern auch die Haltung des Kriegsministers. Noch am 14. Februar hat er kein Wort des Tadelts für das Duell gesagt. Er ist um die Frage herum- gegangen wie die Kasse um den heißen Brei, weil er als Minister die Aufrechterhaltung der Gesetze zu vertheidigen, aber als Kriegsminister die kaiserliche Verordnung zu vertreten hat. Daß die Duelle geschichtlich in den Gottesurtheilen wurzeln, bestatigt Golgendorffs Rechts- lexikon. Das Duell widerspricht allen Kulturbegriffen, allen moralischen Begriffen und den heute noch herrschenden Religions- begriffen und den allgemeinen Strafgesetzen. Daß Herr von Bismarck das Duell noch „leider“ für notwendig erklärt, darf bei einem Nationalliberalen nicht wunder nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Umsturkommission war es neben dem Herrn v. Hammerstein, dem berufenen Vertreter von Religion, Ordnung und Sitte, Professor Enneccerus, der lebhaft für das Duell eintrat. Uebrigens hat meine gestrige Rede Herrn von Bismarck doch in Verlegenheit gebracht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es schlie- ße ihm an Gründen, darum zog er meine Stellungnahme zur Kommune aus dem Jahre 1871 an den Haaren heran. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Sache paßt hierauf wie die Faust aufs Auge. Hier eine allgemeine Sitten- frage, die Beziehung des einzelnen zum einzelnen, dort eine Frage über eine Revolutionsbewegung, die von all- gemeiner Bedeutung war; meine Freunde haben nie- mals eine Anstöß über unsere Stellung zur Kommune ver- weigert. Es scheint aber Herrn von Bismarck unbekannt zu

sein, daß wir noch heute, nach mehr als 25 Jahren nicht nur die Kommune feiern, sondern auch die Revolutionslage des Jahres 1848 am 18. März eines jeden Jahres. Da können seine Tiraden doch keinen Eindruck auf uns machen. Was ich damals gesagt habe, vertritt ich heute jeden Augenblick. Auch Fürst Bismarck hat einen berechtigten Kern in der Kommune- bewegung zugegeben, weil sie für Ideen, wie sie in der preussischen Städteordnung wären, kämpfte. Die Erbitterung über die reaktionäre Haltung der Kammer in Bordeaux hat es fertig gebracht, daß nicht allein die Pariser Ar- beiter, sondern auch die kleinen Bürger gemeinsame Sache gegen die Versailler Kammer machten. Daraus ist die Kommune ent- standen, und wenn sie später sich zu Repressalien gegen ihre Feinde genöthigt sah, so war es erst, nachdem die Gewaltthätigkeit der Versailler sie wieder- holt dazu provoziert hatte, nachdem man sie in jeden gefangenen Kommunalen ohne weiteres an die Mauer gestellt und niedergeschossen hatte. Wenn Herr v. Bismarck darauf hinweist, daß die Kommune nicht einmal davor zurückgeschreckt sei, einen hohen Priester, den Erzbischof Darboy niederzuschleichen, dann vergißt er, daß 14 Tage lang Unterhandlungen zwischen der Kommune und Versailles hin und her gingen, worin die Kommune sich erbot, den Erzbischof und eine Reihe anderer Priester gegen den einzigen Blanqui frei- zugeben; das wurde aber mit Absicht von Thiers abgelehnt. Er wollte die öffentliche Meinung gegen die Kommune aufwiegen, und als schließlich die Versailler Behörde jene niederschloß, da war offiziell thatsächlich die Kommune nicht mehr vorhanden. Trotzdem hält man die Verleumdungen gegen die Kommune immer noch aufrecht.

Die große französische Revolution war eine bürgerliche Revolution, die mit der Sozial- demokratis absolut nichts zu thun hatte. (Sehr richtig! links.) Keine Klasse ist revolutionärer, gewaltthätiger aufgetreten als die moderne Bourgeoisie, zu der Herr v. Bismarck gehört. (Sehr gut! links.)

Die Presse soll immer standhaftiger werden. Aller- dings lebt ein Theil der Presse wesentlich von der Standaufsucht; dazu gehört aber die sozial- demokratische ganz sicher nicht, sondern hauptsächlich die mittelparteiliche, die nationalliberale Presse (Heiterkeit links), das „Kleine Journal“, der „Lokal-Anzeiger“ u. s. w., soweit diese überhaupt eine politische Stellung haben. Deswegen darf man aber noch nicht mit Kluthen und Skorpionen die ganze Presse treffen, wie es in den vorliegenden Resolutionen geplant ist. Es ist traurig, daß wenn irgendwo ein Uebelstand auftritt, man nichts Besseres zu thun weiß, als gleich zu gewaltigen Unter- drückungsmaßregeln zu kommen gegen Dinge, die mit der eigent- lichen Sache gar nichts zu thun haben. Bei alledem hat die Standaufsucht der Sache genügt, indem sie die öffentliche Meinung alarmirt.

Der Abg. v. Bismarck glaubte einen Hauptkampf aus- zuspielen, indem er auf den Schluß meiner gestrigen Rede hinwies. Ich sagte darin, wenn Sie die Dinge so weiter gehen lassen, wenn Sie glauben, daß ihre Staats- und Gesellschaftsordnung solche Zustände notwendig habe, dann um so besser für uns. Warum wundern Sie sich darüber, Herr von Bismarck? Wenn wir leben, leben wir ja von Ihnen (Zustimmung links), von Ihren Fehlern. Machten Sie keine Fehler, dann wäre es um uns zu einem guten Theil geschehen. Den Nutzen aus diesen Fehlern zu ziehen, ist unsere selbstverständliche Aufgabe und Pflicht, denn kommen durch ihre Fehler Uebelstände zu Tage, so müssen sie auch kritisiert und es muß auf ihre Abhilfe gebrungen werden. Man pflegt ja zu sagen: Wenn Ihr das und das nicht thut, dann hat die böse Sozialdemokratie den Nutzen davon. Wir werden also als eine Art Trost- und Einschüchterungsmittel benutzt, um Ihre eigenen widerwilligen Freunde zu Reformen geneigt zu machen. Sie müssen eigentlich froh sein, daß Sie uns haben. (Heiterkeit.)

Herr Gröber hat mich lebhaft aufgefordert, den Beweis zu erbringen, daß das Zentrum nicht aufrichtiger Gegner des Duells sei. Ich habe gerade das Zentrum gegenüber dem Abg. Schall als Muster angeführt, habe also gar nicht bezweifelt, daß das Zentrum prinzipieller Gegner des Duells ist. Ich habe dem Zentrum nur vorgeworfen, daß es in dieser wichtigen Sache mit einer Interpellation statt eines Antrages begnügt hat. Das Zentrum hat dies dann auch selbst eingesehen und den Antrag Bachem gestellt, seine ganze Interpellation wäre sonst ein Schlag ins Wasser. Wir können Ihnen aber nicht folgen, sondern werden gegen die Abfälle 1 und 2 stimmen, nur Ziffer 3 enthält eine positive Forderung, mit der etwas erreicht werden kann, wenn sie ehrlich durchgeführt wird. In der Kommission konnten wir feinerzeit für den damaligen Antrag nicht stimmen, weil wir dem Zentrum auch nicht den kleinsten Finger reichen wollten, um die Umsturvorlage zu stande zu bringen. Kommen Sie mit einem ehrlichen Antrage gegen das Duell, mit einem einfachen Protest gegen das Duell, so werden Sie uns auf Ihrer Seite haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schall (l.): Herr Bebel besorgt wohl den Grund- satz: „calumniare audacter“ (verleumde nur frech), indem er fort- während meine Reden anders auslegt. Ich habe nichts anderes gesagt, als was z. B. auch die „Vossische Zeitung“ kurz aus- geführt hat, die das Duell da entschuldigend, wo es sich um die Ehre der Frau, der Braut u. s. w. handelt. Redner spricht den Sozialdemokraten das Recht zur moralischen Entrüstung ab; die Sozialdemokraten hätten in der „Freiheit“ den Soldaten den Rath gegeben, in einer Schlacht zuerst die eigenen Offiziere zu erschließen und dann mit den proletarischen Brüdern das Friedensfest zu feiern; die Sozialdemokraten haben den Meinelid entschuldigend; sie haben die Diktatur des Proletariats nach Art der Kommune in Aus- sicht gestellt; sie haben dem Volke das Recht zugesprochen, die Regierung zu beseitigen. (Zuruf Singer's: Das hat Bluntschli auch gesagt.) Ferner hat man in der sozialdemokratischen Presse gesagt: Es handelt sich jetzt nicht mehr um Recht, sondern nur noch um die pure Gewalt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und eine solche Partei will moralisch entrüstet sein? Herr Bebel meinte: Wir leben nur von Ihren Fehlern.“ Wie nennt man die Gewächse, die auf einem Baum wachsen und aus diesem ihre Kraft ziehen? (Heiterkeit.) Herr Bebel wollte wohl nur zeigen, was für Gewächse die Sozialdemokraten sind.

Präsident v. Nol: Der Redner hat Herrn Bebel vor- geworfen, daß er von dem Grundsatz ausgehe: calumniare audacter. Ich muß ihn deshalb zur Ordnung rufen.

Abg. Gröber (z.): Wir haben zur Interpellation greifen müssen, weil diese am schnellsten zur Verhandlung kommt, während wir mit einem Antrage abhängig wären von der Zu- stimmung der anderen Parteien.

Abg. Bebel (Soz.): Das Bild einer gewissen Pflanze mag ja Herrn Schall sehr nahe gelegen haben; es ist ja kürzlich gesagt worden, daß der Adel dem Epheu gleiche. (Heiter- keit links.) Was Herr Schall bezüglich der Gewalt anführte, hatte den entgegengesetzten Sinn; die Gewalt bezieht sich nicht auf unsere Thätigkeit, sondern auf die Thätigkeit unserer Gegner. Wir lieben, unser Haus rein zu halten; hätten wir einen Hammerstein gehabt, so hätten wir nicht so lange gewartet. Wer einen Freund zum Städler hat (große Heiterkeit), wer einen Städler, der ebenfalls große Agitation entwickelt hat, zum Freunde hat, der sollte nicht mit Steinen werfen. Wenn die übrigen anarchischen und die Sozialdemo- kraten stets aufs Schärfste bekämpfende „Freiheit“ wirklich einmal gerathen haben sollte, auf die Offiziere zu schießen, so ist das noch lange nicht so schlimm, als die Aufforderung, daß die Soldaten auch gegebenen Falls auf ihre Mütter und Brüder schießen müssen.

Abg. v. Bismarck (natl.): Die letzten Worte zeigen, wie die Sozialdemokraten nur die Fehler der Gegner ausbeuten für ihre Agitation; mißliche Zustände, die auch von den Gegnern an-

erkannt werden, benutzen sie für sich Stimmung zu machen. Sehr beschreiben ist es, daß Herr Bebel davon spricht, daß die Sozialdemokratie nur von unseren Fehlern lebt, während er sich sonst immer als Führer darstellt in dem großen Kampfe des vierten Standes. Wenn ich die Kommune angeführt habe, so ist das nicht aus Verlegenheit geschehen, sondern ich habe geglaubt, das Recht zu haben, Herrn Bebel darauf hinzuweisen, daß es schwerlich die volle Legitimation besitzt, bei jeder Gelegenheit, beim Militärretal, bei dem Verfahren der Polizeibehörden und bei der Handlungsweise des Dr. Peters mit stiller Enttäuschung aufzutreten gegen die Unthaten der bürgerlichen Klassen; dem gegenüber habe ich auf die Unthaten seiner Parteigenossen im Jahre 1871 hingewiesen. Herr Bebel hat auf die Vorgänge in Paris verwiesen als auf das Vorbild für das Proletariat Europa's. Nach diesen Verhandlungen können die weiteren Verhandlungen über die Anträge wohl recht schnell und noch heute zu Ende geführt werden, damit der Reichstagler einen Beschluß des Reichstages erhält.

Abg. Bebel: Ich werde sehr zufrieden sein, wenn meine Reden den Erfolg gehabt hätten, endlich Reformen auf diesem Gebiete zu erreichen. Ich habe dieselbe Legitimation wie Herr v. Bennigsen; ich habe nach meiner Überzeugung gehandelt und ich werde mich in diesem Streben weder durch Herrn v. Bennigsen noch durch irgend jemand im Hause beirren lassen. Ich habe bestritten, daß ich Mordthaten der Kommune verherrlicht habe; die Mordthaten fallen der Kommune garnicht zur Last. (Zuruf: Geschichtsfälschung!) In Geschichtsfälschung haben die Nationalliberalen alles Mögliche geleistet! Früher hielt die bürgerliche Presse sich für verpflichtet, Leitartikel zu Ehren des 18. März zu bringen, wo auch Unthaten vorgekommen sind. Aber die Kontrarevolutionäre und ihre Führer haben damals zu den größten Schandthaten gegriffen. Was die Kommune gewollt, das wollen wir heute (Zuruf im Zentrum: So?), was die Kommune getan hat, waren Dinge des Augenblicks. Ich habe verschiedene Male gesagt, daß es nicht mehr notwendig sein wird, Revolutionen auf gewaltsamem Wege zu machen, die Dinge marschieren vorzüglich zu unseren Gunsten. Gerade die Nationalliberalen führen das Großkapital zur Herrschaft und die Folge davon ist der Sozialismus.

Abg. v. Bennigsen: Herr Bebel's Rede hat nicht die Wirkung gehabt, daß man deshalb jetzt gegen das Duellwesen einschreiten will. Die Aufregung über die Quelle war vorher schon weit genug gediehen und auch ohne Bebel's Rede hätte man sich wohl entschlossen, vorzugehen. Aber die Rede Bebel's zeigt uns die Notwendigkeit einer rascheren Verständigung; das ist richtig und auch selbstverständlich. Die Kommune zu vergleichen mit 1848 ist ein starkes Stück. Wo sind denn die ermordeten Geiseln in Berlin? (Zuruf Bebel's: Der Felszug in Baden! Kapitall!) Ich kann doch nicht auf die alten Fälle von 1848 eingehen und auf die Erschießung kriegsgerichtlich verurtheilter Aufständischer. Die Septembermorde fallen nicht den bürgerlichen Parteien zur Last, sondern einigen Schensalen wie Genriot. (Zuruf Bebel's: Das waren Führer der bürgerlichen Parteien, keine Sozialisten!) — Lachen bei den Nationalliberalen.) Wo ist die Stimme in bürgerlichen Kreisen, welche das gelobt hat? Eine solche aufzuweisen, wird Ihnen niemals gelingen.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation ab. Es folgt die Beratung des Antrages Nicker-Benzmann, zu welchem außer dem bereits mitgetheilten Antrage Abt. und Bachem noch zwei weitere Abänderungsanträge eingegangen sind: erstlich vom Grafen Bernstorff, der die Einrichtung von Ehrengerichteten und eine schärfere Bestrafung der Beleidigungen verlangt und zweitens vom Abg. Stadthagen: 1. in Nr. 2 des Antrages Bachem zwischen „Beleidigungen“ und dem „dem Reichstage“ einzufügen: „welche von Offizieren, Beamten und anderen zur Entschuldigung des Duellverbrechens geeigneten Personen, sowie von Herrschaften dem Gefinde gegenüber verübt werden“ und 2. statt des Wortes „werden“ zu setzen: „werden und das Anklagerrecht der Staatsanwaltschaft beseitigt wird“.

Abg. v. Bennigsen empfiehlt den Antrag Abt. Abg. Bachem (S.): Wir wollen ein möglichst eingehendes Votum des Reichstages herbeiführen, ziehen unseren Antrag zurück und erklären uns für den Antrag Abt., welcher am schärfsten das Duell mißbilligt.

Die Abgg. Nicker (fr. Vg.) und Bernstorff (Rp.) ziehen ihre Anträge ebenfalls zu Gunsten des Antrages Abt. zurück. Damit schließt die Diskussion. Darauf wird unter lebhafter Zustimmung des Hauses der Antrag Abt. einstimmig angenommen.

Schluß nach 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Interpellation betr. den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, und zweite Beratung des vom Abg. Förster beantragten Gesetzesentwurfes betr. die Aufhebung des Impfgesetzes.)

Parlamentarisches.

Die Reichstags-Kommission für das Reichs-Vereinsgesetz (Anträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten) erledigte heute die zweite Lesung. Die Beschlüsse erster Beratung wurden mehrfach abgeändert. Der Paragraph, nach welchem die Verweigerung der Vereingung die Abhaltung einer Versammlung nicht hindert, wurde wieder gestrichen. Die Landes-Zentralbehörde und bei Gefahr im Verzuge die höhere Verwaltungsbehörde erhält das Recht der Auflösung von Vereinen, deren Zwecke den Strafgesetzen zuwiderlaufen. Waffen darf kein Vereinsbesucher tragen. Statt der Ordnungstrafe für Beamte, welche die Vereingung der Versammlungsammlung verweigern oder eine Versammlung ungesetzlich auflösen, wurde die durch den Richter zu erkennende Strafe gesetzt.

Zuckersteuerkommission. Die für heute anberaumt gewesene Sitzung der Zuckersteuerkommission des Reichstages wurde nicht abgehalten. Die Kommission soll erst Donnerstag wieder zusammentreten. In der Zwischenzeit hofft man eine Verständigung über ein Kompromiß herbeizuführen.

Lokales.

Des Morgens 7 Uhr beginnt bekanntlich jetzt der Unterricht in den städtischen Gemeindegemeinschaften. Die oft an wunderbare grenzende Anordnung der Unterrichtsstunden ist für die Eltern der Gemeindegemeinschaften seit langem Gegenstand der Beschwerde gewesen. Im vorigen Frühjahr wiesen wir darauf hin, wie die reichhaltige Abwechslung im Beginn des Unterrichts fast die Vermuthung zulasse, als wolle man die Jugend zur Unpünktlichkeit präparieren. Wir legten dar, daß unmöglich der Verneiner gefördert werde, wenn das sechs-jährige Kind zweimal in der Woche Uhr sieben, zweimal Uhr acht und zweimal Uhr neun in die Schule sein müsse und überdies einmal wöchentlich noch zwei Nachmittagsstunden zu absolvieren habe. Wohllich unangenehm, wie dieser Wechsel, wird der gegenwärtig viel beliebte überaus frühe Beginn des Unterrichts empfunden. Die moderne Ausbeutung des Arbeiters bringt es in der Großstadt einmal mit sich, daß der Vater und vielfach auch die Mutter mit Rücksicht auf den frühen Beginn der Arbeit und wegen der kurzen Pause ihre Kinder am Morgen und am Mittag überhaupt nicht zu Gesicht bekommen. Der Abend bietet die einzige Gelegenheit, der Kinder froh zu werden, und daher ist es Brauch, daß diese oft erst zu einer Stunde ins Bett kommen, in der an kleineren Orten bereits Jung und Alt den Schlaf des Gerechten schläft. Das bereits um 6 Uhr wieder geweckte Kind kommt daher verschlafen und veräthert in die Schule, und statt Rücksicht zu üben, sucht der

Lehrer ihm dann gar oft die mangelnde Aufmerksamkeit mit dem Rohrstock einzublauen.

Mit einem Vorkost fürchterlicher Art bedroht die „Nationalliberale Korrespondenz“ die Berliner Unternehmer für den Fall, daß sie anständigerweise am 1. Mai das Verlangen der Arbeiter nach Arbeitsruhe erfüllen. Nachdem das Blatt in erweiternder Weise von der Empörung geredet, die angeblich noch über die „verrückten Schmädhungen“ Wilhelms I. „nachzittern“ soll, donnert es betress der friedlichen Verständigung über die Maifeier: „Kommt es aber dahin, so werden die Räte des Kaisers aus der Thatfache, daß die Eröffnung der Berliner Ausstellung von der Kundgebung zu Ehren der internationalen Sozialdemokratie in Eins zusammenschließt, Konsequenzen zu ziehen haben.“ Das kann ja schrecklich werden.

Der Magistrat gegen die Maifeier. Der Magistratskommissar für die Orts- und Betriebskrankenkassen hat an die in Betracht kommenden Vorstände eine Verfügung ergehen lassen, in der es heißt: „Falls am 1. Mai etwa die gewöhnlichen Dienststunden bei der Kasse nicht innegehalten oder gar die Kassentürme an diesem Tage ganz geschlossen werden sollten, muß diesseitig auf Grund des § 45 des Krankenversicherungsgesetzes und des § 182 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1888 eine Ordnungsstrafe von 20 Mk. gegen Sie festgesetzt werden, welche Ihnen hiermit für obigen Fall ausdrücklich angedroht wird. Sie haben dieser Verfügung selbst dann zu entsprechen, wenn vom Gesamtvorstand bzw. von der Generalversammlung anderslautende ungesetzliche Beschlüsse gefaßt sein sollten.“

Wie gut doch das Gesetz zu gebrauchen ist, wenn Arbeiter im Verdacht stehen, sich auch einmal an einem Tage im Jahre frei regen zu wollen. O, heiliger Sedan!

Ueber den Ausgang des Kottbuser Streiks, in dem die Arbeiter in heldenhafte Mienen schließlich doch den Nacken der Kapitalisten etwas gebeugt haben, salbabert jetzt die agrarische „Deutsche Tageszeitung“: „Sollten unsere Arbeiter nicht durch derartige Erfahrungen endlich gewöhnt werden und den Führern, welche die Ausstände nur zur Erhöhung ihrer Macht in Szene setzen, die Gefolgschaft kündigen?“ Als Antwort auf diese geistig nothleidende Albernheit kann für die Arbeiter eine Mittheilung dienen, die wir in der hiesigen „Volls-Zeitung“ finden: „Als auf der Grube „Storch und Schöneberg“ im Siegenischen nach Beendigung des Streiks der betreffende Revierbeamte herausbetonten wollte, wer die Vergleiche denn zum Streik angetrieben hätte, rief einer der Anwesenden laut: „Der Gerichtsvollzieher!“ Der Beamte sagte nichts und stellte seine Nachforschungen ein.“

Ueber den Bau des Riesenfernrohres auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung wird mitgetheilt: Am 15. d. M., nachdem die Grundmauern-Sternmarke nach dem Treptower Park hinaus verlegt worden ist, hat die Aufsuchung des Polarsterns mittels photographischer Aufnahmen begonnen. Diese Aufgabe wurde mit überraschender Schnelligkeit schon in der Nacht zum siebzehnten vollendet, wodurch die Aufstellung des Riesenfernrohres ungemein beschleunigt wird. Die einzelnen Theile sind bereits sämtlich im Treptower Park eingetroffen. Das Rohr hat bei senkrechter Stellung, vom Erdboden ab gerechnet, eine Länge von 35 Meter, die bereits geprägte Linse einen Durchmesser von 70 Zentimeter und eine Brennweite von 21 Meter. Das Instrument ist so eingerichtet, daß darin ein Objekt von 110 Zentimeter Oeffnung angebracht werden kann. Die Polarsache ist allein 150 Zentner schwer, die Gegenwichte des Rohres betragen 200 Zentner und das des Rohres selbst 60 Zentner. Mit dem Riesenfernrohr verbunden wird eine internationale Ausstellung für astronomische Photographie, wozu die bedeutendsten Sternwarten der ganzen Welt Ausstellungsgegenstände zugesagt haben. Es gelangen hier zur Ansicht Photographien und Zeichnungen großer, an den verschiedenen Sternen und anderen Himmelskörpern sich abspielender Ereignisse, ferner astronomische Abbildungen und Instrumente. Das Riesenfernrohr wird bestimmt bis zum 1. Mai fertiggestellt werden.

Unternehmer-Großmuth auf Kosten der Angestellten. Dem „Gastwirths-Gehilfen“ entnehmen wir Folgendes: „Im Restaurant „Weidenkranz“, Ausschank der gleichnamigen königlich bayerischen Staatsbrauerei, Friedrichstraße, erschienen eines Abends zwei junge Herren mit einer Dame, um sich zu restaurieren. Nachdem die Gesellschaft kurze Zeit sich ausgehalten, ihre Zechen beglichen und das Lokal bereits verlassen, bemerkte der bedienende Kellner, daß auf dem soeben benutzten Tisch ein ziemlich werthvolles Service fehlte. Der Verdacht, dasselbe verwendet zu haben, fiel auf die soeben sich entfernenden Gäste, nach welchen der Kellner sofort Jagd machte und im Café National auch erspöchte. Er ließ die Herrschaften feststellen, und das fehlende Service wurde auf dem Polizeirevier einem der beiden Herren abgenommen. Am nächsten Tage überbringt ein Kriminalbeamter das gestohlene Objekt, den Wirth fragend, ob er Strafantrag stellen wolle, und die Antwort seitens des jovialen Wirths, dessen Monitum von Hausordnung als klassisches Beispiel dem „Post“ der Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik“ einverleibt ist, lautete: Ich will aus der Sache garnichts machen!“

Hierzu bemerkt oben genanntes Blatt: „Das hört sich gewiß schön und großmüthig an; theilen wir aber unseren Lesern mit, daß die Angestellten für die Restituten ins-gesamt zu hasten haben, daß sie weiter am Schluß eines jeden Monats sämtliche fehlenden Gegenstände, zu denen auch das gestohlene Service gehörte, ersuchen müssen, so erscheint die bewiesene Großmuth des Unternehmers ganz gewiß in bedeutend anderem Lichte. Wollte der Wirth richtig und verständlich handeln, so hätte es sich nothwendig gemacht, durch den Oberkellner das Personal befragen zu lassen, ob der Chef im Auftrage oder mit Zustimmung des Personals gegen den Herrn Langfinger mit einem Strafantrag einschreiten sollte, denn er, der Herr Unternehmer und Wirth war der Versicherte und Gedeedte, da seine Kellner ja für alles aufkommen müssen.“ — Es muß in der That ein schönes und erbedendes Gefühl sein, leutselig und großmüthig zu handeln auf Kosten anderer!

Weil er nicht streifen wollte, sollte der Fensterputzer Knötsche in der Nacht zum 18. April überfallen und schwer verletzt worden sein. Also stand in bürgerlichen Wäthern zu lesen. Die Geschichte stimmt, aber mit dem einen Unterschied, daß der Fall gerade umgekehrt liegt. Knötsche ist nicht Streifbrecher, sondern hat treu zur Fahne gehalten, und mißhandelt wurde er von einem der Arbeiter, die sich bereit fanden, den Unternehmern während des Ausstandes zu Diensten zu stehen. Der Sträfling glaubte, außer der Streifbrecherei noch ein übriges thun zu müssen und hat an dem ehrenhaftesten Arbeiter wacker sein Müßchen gefühlt. Knötsche mußte vorübergehend in einem Krankenhause aufgenommen werden.

Der Todtschläger auf der Erholungsreise. Zeremonienmeister v. Rogge ist, wie das Depeschendebureau „Herold“ meldet, gestern früh mit seiner Familie auf drei Wochen zu seiner Erholung nach dem Süden abgereist. Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Wer im gewöhnlichen Kaufhandel einen Menschen umbringt, kommt in Untersuchungshaft, wer im Duell seinen Gegner todtschlägt, erholt sich im Süden.

Auf der neu eröffneten elektrischen Bahlinie Görlitzer Bahnhof-Treptow fuhr gestern Vormittag ein elektrischer Rotorenwagen an Bohmühlenweg mit solcher Gewalt gegen einen schweren Frachtwagen, daß beide Fuhrwerke beschädigt wurden. Menschen sind glücklicherweise nicht verletzt worden.

Die Polizei beabsichtigt, wie die „Volls. Ztg.“ meldet, mit aller Schärfe gegen die Ladenbesitzer vorzugehen, die der neuen

Verordnung über die Abänderung der Firmenschilder bis zum 1. Mai nicht nachgekommen sind. Die Beamten der verschiedenen Polizeireviere sind angewiesen worden, in diesen Tagen sämtliche Ladenbesitzer, die der Verordnung bisher noch nicht nachgekommen sind, aufzusuchen und sie zu warnen mit dem Hinweis, daß sofort nach dem 1. Mai, wenn bis dahin die Abänderung der Firmenschilder nicht vorgenommen ist, eine Strafe von 30 Mk. verurteilt ist. Möchte die gleiche Energie auch dem nächsten Duellverbrechen gegenüber angewendet werden.

Der Kuratir Klosen in Rixdorf hatte sich bekanntlich vor kurzem wegen Vernichtung einer Urkunde vor dem Landgericht II zu verantworten. In dem Verhandlungstermine erkannte der Gerichtshof den Thatbestand der Vernichtung eines amtlichen Schriftstückes an, sprach aber Herrn Klosen frei, weil er nach Ansicht des Gerichtshofes sich der „Rechtswidrigkeit seiner Handlung nicht bewußt gewesen sei“. Trotz dieser Freisprechung verfügte die Regierung dieser Tage die Entferrnung des Klosen vom Amte als Lokal-Schulinspektor, weil ihre Beamten sich auch der „Rechtswidrigkeit ihrer Handlungen“ bewußt sein müssen.

Der Verlag der „Deutschen Warte“ mißbraucht wieder einmal den Berichtigungsparagraphen so ziemlich in derselben Weise wie in der unehrenhaften Angelegenheit des Diebstahls an geistigen Eigentum, den wir dem Blatte seinerzeit zur Evidenz nachgewiesen haben. Das Blatt schreibt uns: „Der Vorwärts“ behauptet, daß die „Deutsche Warte“ in ihrer Nr. 101 vom 13. April morgens, ihre verbürgte Abonnentenzahl mit 40 000 beziffert habe. Am genannten Tage und schon vorher betrug die Abonnentenzahl der „Deutschen Warte“ über 50 000 und wurde auf dem Blatte auch so angegeben. Auch ist es nicht wahr, daß die Abonnentenzahl innerhalb 12 Stunden um 10 000 zugenommen habe. Ueber 40 000 Abonnenten hatten wir schon seit Monaten.“ Wir rathen den Herrschaften, nochmals die Nr. 171 ihres Intelligenzblattes mit der Nr. 170 zu vergleichen, und sie werden finden, daß in der einen Nummer mit 40 000 und in der andern plötzlich mit 50 000 Abonnenten renommirt wird. Wir haben also gar keine Ursache, von unserem Urtheil über das Geschäftsgebahren des Blattes etwas zurückzunehmen.

Die Etablierung einer Buchhandlung in einem Jellen-gefängnisse dürfte als Unikum dastehen. Der antisemitische Buchhändler Dewald hat, wie die „N. N.“ berichten, das Kunststück fertig gebracht, als er kürzlich in einem Prehzeugniß-Zwangsverfahren in Moabit internirt wurde. Da man ihm am sechsten Tage seiner Haft eröffnete, daß ihm eine unliebame Verlängerung derselben bis zu sechs Monaten in Aussicht stehe, er aber auch seinen Kundenkreis nicht verlieren wollte, stellte er den gerichtlichen Antrag, den Vertrieb seiner Bücher und Zeitschriften von Moabit aus regeln zu dürfen. Gleichzeitig ersetzte er dem Polizeipräsidenten Anzeige von der Verlegung seines Geschäfts von der Hofstraße nach Alt-Moabit Nr. 12a. So wanderte denn die wohl nicht sehr umfangreiche Buchhandlung nach dem Jellen-gefängnisse und bildete hier einen immerhin ungewöhnlichen Schmuck der Wände. Uebrigens wurde D. nach siebzehntägiger Haft entlassen, ohne seinen Gewährsmann genannt zu haben.

In der Ausstellung Alt-Berlin besuchten Diebe die Räume des Gastwirths Giller und nahmen ihm sämtliches Kupfergeschirr. Die Diebe hatten einige Fensterreiben eingeschlagen und dann die Fenster zum Ein- und Aussteigen geöffnet.

Ueber einen Unfall in der Bantower Haide unweit Schönholz macht die „Allgem. Bayer. Ztg.“ Mittheilung. Ein bei der Wittwe Reichelt — Schulstraße 28 — bedieneter Kutscher hatte am Donnerstag voriger Woche zwei Herren nach Schönholz gefahren. Auf der Rückfahrt von dort wurde er von einem mit fünf Personen besetzten Wagen (Break) überholt, der kurz vor der Droschke anhalt. Zwei Mann fielen dem Droschkenkutscher in die Fügel, während die übrigen sich über die Insassen und den Kutscher hermachten, diese aus dem Wagen und vom Bod und ihnen die Kleider vom Leibe rissen. Dann schlangen sie sich auf und in die Droschke und jagten mit dieser nach Berlin zu davon, während die beiden anderen mit ihrem Wagen nachfolgten. Die Droschke wurde später in Berlin in der Bergstraße aufgefunden, wo das Pferd gestürzt war und ein Bein gebrochen hatte. Die Polizei hatte die Eigenthümerin hiervon benachrichtigt. Später langte auch der Kutscher, der den Heimweg zu Fuß hatte zurücklegen müssen, an und erzählte den Verlauf des abenteuerlichen Ueberfalles. Die Wegelagerer sollen als ein Jouergahändler, ein Gastwirth, ein Tischlermeister und ein Mechaniker ermittelt sein; der fünfte konnte nicht festgestellt werden. Der Ueberfall stellt sich als ein Raubakt dar, welcher einem Sohne der Wittve Reichelt gegolten hat. Jedemfalls wird die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben und der Spaß den Herren theuer zu stehen kommen.

Ein blutiger Hund beschäftigt zur Zeit die Kriminalpolizei. Am Sonntag vormittag gegen 9 Uhr sah ein Schuhmann des 40. Polizeireviere, als er an dem Hause Oberwasserstraße 11 vorbeiging, mitten im Flur etwa fünf Schritte vom Thore entfernt, ein blutiges Paket liegen, das in gelbes Papier eingewickelt war. Er nahm es mit zur Waage und man fand zwei Frauenhänden mit dem Zeichen J. S., eine Schürze und ein Paar Strümpfe. Da das Haus nur Fabrikräume enthält und nicht bewohnt wird, so muß das Paket von der Straße her in den Flur geworfen worden sein. Die Stücke sind sämtlich über und über mit Blut besudelt. Was es damit auf sich hat, weiß man noch nicht. Zunächst forscht die Kriminalpolizei nach der Eigenthümerin.

Von einem Pferdebahnwagen wurde gestern Abend 6 1/2 Uhr in der Landsbergerstraße, Ecke der Riehmannstraße, ein dem Arbeiterhande angehörender Mann überfahren und schwer am Kopfe verletzt. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht.

Seinen Verletzungen erliegen ist der Kaufmann Schwarz aus der Frobensstraße, der am Sonntag Nachmittag in der Lauenburgerstraße von einem Wagen der Dampfstraßenbahn überfahren wurde. Er ist gestern Nachmittag in der königl. Klinik in der Siegelstraße gestorben.

Witterungsübersicht vom 21. April 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf 0. Meeresfp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C.).
Swinemünde . .	776	NO	2	bedeckt	2
Hamburg . . .	776	NO	1	Nebel	3
Berlin	776	N	3	Nebel	3
Wiesbaden . . .	773	N	2	wolkenlos	7
München	770	NO	4	bedeckt	2
Wien	771	SW	—	halb bedeckt	7
Batavia	766	SW	—	heiter	—1
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cort	774	OSO	3	halb bedeckt	12
Aberdeen	772	W	1	halb bedeckt	12
Paris	772	NO	3	wolkenlos	6

Wetter-Prognose für Dienstag, den 22. April 1896. Etwas wärmeres, theils heiteres, theils wolloses Wetter mit mäßigen südwestlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Konrad Treher trat Montag mit seiner Gesellschaft im Centraltheater in einem neuen Stück auf. „Die beiden Afrkaner“

Ist der Titel dieser Poffe, die zwar von recht altem Zuschnitt ist, aber eine Fülle von Anisum birgt, den der berühmte Komiker in seiner gemüthlichen Weise auf das trefflichste mundgerecht zu machen versteht. Der Held der Poffe ist ein vom Theatervogel befeßener Barbier. Natürlich hat er eine schöne Tochter und diese Tochter hat es einem mit diversen Erbonteln und ditto Tanten versehenen Ingenieur angethan. Nun wähnt dessen Sippchaft den Glücklichsten als Sklavensbesitzer am Kilimandscharo; und um sich die Gunst der alternden Herrschaften nicht zu verschern, flattet der Bräutigam sich und seinem Schwiegervater als Kriksareisende aus. Als Unterlage für einen den braven Deutschen gelieferten Schlachbericht dient dem ewig Regitirenden die Schilderung vom Tode Maxens im Wallenstein und bei einer schmachtenden, alten Jungfer weiß der geniale Paarhändler sich durch die Erzählung von den traurigen Schicksalen eines gewissen Kostnli fast über die Maßen beliebt zu machen. Das tolle Zeug fand bei dem zahlreich erschienenen Publikum die freundlichste Aufnahme. Dem rasch beliebt gewordenen Leiter des Ensembles, der sich hoffentlich auch bald völlig in seiner Mächtigkeits Ursprünglichkeit zeigen wird, standen die Damen Nothe, Binder und Meyer, sowie die Herren Fischer, Schmidt, Häbler, Böhmert und Hopp vortrefflich zur Seite.

Für die internationale Jubiläums-Kunstausstellung Berlin 1896 hat die Ausnahme-Jury ihre Arbeiten nahezu beendet. Inzwischen ist von den ausländischen Kommissaren Herr Julian de Briendt, der Vertreter Belgiens, hier eingetroffen. Aus Dresden weisen die Herren Hochmann und Becher bereits in Berlin. Die Werke des Auslandes werden sämtlich am 8. d. Mts., dem Eröffnungstage zur Stelle sein; nur die Sammlung aus Oesterreich wird infolge der Wiener Kunstausstellung erst Anfang Juni erwartet.

Geriichts-Zeitung.

Zum Hammerstein-Prozess, der heute stattfindet, werden keine Karten für Zuhörer ausgegeben. Es sind zu diesem Prozess etwa 20 Zeugen geladen.

Saben Beamte geprügel oder nicht? Sicherheitsbeamte hatten sich am Montag abends vor Gericht zu präsentieren, und zwar als Belastungszeugen gegen die Bürger, die sie angeblich mißhandelt hatten, welche aber wegen Beamtenebeleidigung u. unter Anklage gestellt waren. Diesmal spielte sich die Affäre vor dem Schöffengericht in Charlottenburg ab. Eine Anzahl junger Leute, darunter der Registrator Willy Baumgart, der Porzellandreher Otto Baumgart und der Arbeiter Otto Friedrich aus Pantow, hatten, wie wir in der „Charlottenburger Neuen Zeitung“ lesen, am Abend des 31. August mehrere Lokale besucht und dann eine Subpartie bis zum Spandauer See gemacht. Von da kehrten sie frühlich gegen 2 1/2 Uhr zurück und bogen dann in die Sophie-Charlottenstraße ein. Auf dem Thorweg des Hauses Nr. 22 bemerkten sie Licht und sahen, daß von da aus eine offenstehende Türe in das Lokal des Schankwirths Ulrich führte. Hier von der sieben Personen zählenden Gesellschaft traten ein und baten um eine Weisse, wurden aber von Ulrich, der ein Familienfest feierte, abgewiesen und zum Fortgehen aufgefordert. Sie gingen dann auch hinaus. Im Keger darüber, daß anderen Gästen, wie sie glaubten, Bier verabreicht werde und ihnen nicht, verlangten sie, daß der im Lokal anwesende Privatwächter Schredenschlager auch herauskomme, da sie sich diesen als Zeugen bei einer etwaigen Denunziation gegen Ulrich sichern wollten. Mit Schredenschlager kam auch Ulrich heraus. Jetzt stellten einige derbe Bemerkungen von Seiten der jungen Leute, worauf Ulrich dem ihm zunächst stehenden Friedrich mit irgend einem Gegenstand einen derartigen Hieb über den Kopf versetzte, daß Friedrich sofort blutüberströmt zusammenbrach. Der Verletzte rief um Hilfe und richtete sich von der Erde auf. In diesem Augenblick erhielt er mit den Worten: „Da hast Du Hilfe!“ einen wuchtigen Stoß, durch welchen er in den Rinnstein geschleudert wurde. Diesen zweiten Schlag will Friedrich von einem hinzugelommenen Schuhmann erhalten haben. Nach weiteren Belandungen der Angeklagten ergriß der ebenfalls auf der Bildfläche erschienene Schuhmann Ulrich ohne weiteres Willy Baumgart und einen anderen von der Gesellschaft, stieß beide gegeneinander und schleuderte sie zu Boden. Otto Baumgart half seinen Bruder von der Erde auf und beide liefen davon. Der Schuhmann Ulrich verfolgte diese und will dann im Lauf auf eine Entfernung von 60 bis 70 Schritt beleidigende Aeußerungen gegen sich gehört haben. () Hierauf ist die Anklage aufgebaut — gegen die Brüder Baumgart, während der Schankwirth den Arbeiter Friedrich wegen Hausfriedensbruch denunziert hat. Willy Baumgart ist noch in der fraglichen Nacht zur Polizeiwache in der Spandauer-Straße gegangen, um die ihm zugesagten Mißhandlungen zu protokollieren zu geben, wurde aber abgewiesen. Seine Strafanzeige gegen den Schuhmann Ulrich wurde sowohl von der Staatsanwaltschaft als von der Ober-Staatsanwaltschaft zurückgewiesen. Jetzt verfügte die vorgeordnete Behörde, daß der Schuhmann Ulrich Strafantrag wegen Beamtenebeleidigung stellen solle. Bei seiner Vernehmung als Zeuge spielte der Schuhmann eine bedeutende Rolle. Vor allem bestritt er entschieden, Baumgart geschlagen zu haben, und behauptete, selbst zu Falle gekommen zu sein. Dabei wäre es möglich, daß er Baumgart berührt habe. Die beiden Zeugen Morgenthal und Häbe bekundeten dagegen übereinstimmend, deutlich gesehen zu haben, daß der Schuhmann Baumgart am Genick gepackt und zu Boden geworfen habe. Bei einer nochmaligen Vernehmung des Schuhmanns Ulrich nahm der Vorsitzende Veranlassung, denselben wörtlich zu sagen: „Sie verwickeln sich in mehrfache Widersprüche, so daß Ihre Aussage durchaus unglaubwürdig erscheint.“ Trozdem ist Ulrich bereit, seine Aussage zu beschwören. Erst nach mehrfachen Ermahnungen seitens des Vorsitzenden verweigert Ulrich seine Aussagen, den Fall Baumgart betreffend. Der Amtsanwalt beantragte gegen die drei Angeklagten die Freisprechung und das Urtheil lautete dementsprechend. Die Kosten der Verteidigung wurden der Staatskasse übernommen. — Der Schankwirth Gottfried Ulrich, Sophie-Charlottenstr. 22, wird sodann wegen schwerer Körperverletzung des Arbeiters Friedrich zu einer Gefängnisstrafe von 2 Wochen und einer an Friedrich zu zahlenden Buße von 25 M. verurtheilt.

Ein Friedmann-Prozess beginnt heute, Mittwoch, beim Landgericht in Halberstadt. Es handelt sich um eine Anklage wegen Beamtenebeleidigung, die der ehemalige Rechtsanwalt Dr. Frich Friedmann als Verteidiger der Frau Hauptmann Nothe bei deren Ueberführung in das Untersuchungs-Gefängnis zu Halberstadt verübt haben soll.

Gewerkchaftliches.

Zur Tabakarbeiter-Bewegung in Berlin. Die öffentliche Versammlung am Sonntag bekanntlich, entgegen dem Antrag der Lohnkommission, worin vorgeschlagen war, den Fabrikanten, welche sich nicht bereit erklären, vom 27. April ab den Minimal-Lohn für Handarbeit zu bezahlen, zu den alten Sätzen keine Arbeit mehr zu leisten, die Forderungen Montag früh allen Fabrikanten zu unterbreiten und im Falle der Ablehnung sofort die Arbeit einzustellen. Meldungen seien unverzüglich an die Kommission, Weinstraße 11, zu richten, gleichviel ob bewilligt wurde oder nicht. Die Lohnkommission ersucht nun darum, daß, wo diesem Beschlusse noch nicht nachgekommen ist, das ver-

säumte schleunigst nachgeholt wird. Zur Orientierung für die Tabakarbeiter Berlins geben wir den am 29. März beschlossenen Minimal-Lohn-Tarif, um dessen Einführung es sich jetzt handelt, hiermit nochmals bekannt. Er schreibt folgende Sätze vor:

1. Für Zigarrenarbeiter. 8.— M. Rollenlohn für Formarbeit. 9.— M. Rollenlohn für Handarbeit. 10.50 M. Arbeitslohn für Hausarbeit auf Form. 15.50 M. Arbeitslohn für Hausarbeit auf Hand. Der Arbeitslohn für das System Schaper (3 Formen) ist dem Lohn für Handarbeit gleichzustellen. Sämtliche Preise verstehen sich (mit Ausnahme der Hausarbeit auf Hand- und Formarbeit) bei vollständigem Material. Bei schweren Façons oder schlechterem Material treten höhere Lohnsätze nach Vereinbarung ein.

2. Für Zigarrenfortierer. 0.80 M. ohne jede Nebenarbeit. 1.05 M. mit Nebenarbeit.

3. Für Wickelmacher. 3.50 M. Lohn für Formarbeit 5.50 M. Lohn für Handarbeit. Bei schwereren Façons oder schlechterem Material treten ebenfalls höhere Lohnsätze nach Vereinbarung ein. Diese Preise sind alle pro Mille zu verstehen. Sämtliche Nebenarbeiten, wie Wickellehren, Pressen, Auflösen und Aufsuchen des Tabaks u. c., sind in Wegfall zu bringen oder gesondert zu bezahlen. Hausarbeit ist in diese Bestimmung ebenfalls nicht einbezogen.

4. Für Packmacher oder Jurichter des Deckblatts u. s. w. 12 M. Wochenlohn.

5. Für Tabak- (Einlage-) Ripper. 9 M. Wochenlohn.

Am Montag ist nun auf den meisten Fabriken der Lohn-Tarif vorgelegt worden. 28 Firmen haben die Bewilligung rüdweg verweigert; infolge dessen stellten 174 Arbeiter, (darunter 97 männliche und 77 weibliche) die Arbeit ein. Von den Firmen, die den Tarif bewilligten, sind bis jetzt 76 mit 438 Arbeitern (darunter 232 männliche und 206 weibliche) gemeldet. Ein Verzeichnis der Firmen, die bis heute Mittag nicht bewilligen, wird Donnerstag im Informativtheil des „Vorwärts“ bekannt gegeben. Arbeiter! Genossen! Aus diesen Mittheilungen ist ersichtlich, daß, trotzdem unsere Forderung mehr als bescheiden ist, doch ein großer sich rühmlich noch vermehrender Theil der Fabrikanten jeder und selbst der minimalsten Lohnhöhung ablehnend gegenübersteht. Wir appelliren an Euer Solidaritätsgefühl mit dem Ersuchen, nach Bekanntgabe des oben erwähnten Verzeichnisses für unsere Interessen thätig eintreten zu wollen. Die Lage der Tabakarbeiter ist Euch allen zur genüge bekannt; trotzdem haben dieselben stets, wo es galt, die Interessen der anderen Gewerkschaften zu vertreten, ihre volle Schuldbiligkeit gethan. Kehret beim Einkauf Eurer Waare darauf, daß die Hersteller derselben auch den tarifmäßigen Lohn erhalten. Ihr erleichtert uns den Kampf und helfst uns dadurch zum Siege. Die Lohnkommission.

In der bürgerlichen Presse Berlins wird absällig bemerkt, daß Verwaltungen der Arbeitsnachweise von Berliner Gewerkschaften es abgelehnt haben, den Zentralverein für Arbeitsnachweise bei der Aufnahme einer Statistik der Arbeitsgelegenheit in Berlin zu unterstützen. Sich darüber zu beschweren, hat man aber kein Recht. So lange der Zentralverein für Arbeitsnachweise das Unternehmertum mit Streikbrechern verfolgt, also die Belästigungen der Gewerkschaften, geordnete Arbeitsverhältnisse einzuführen oder zu erhalten, durchkreuzt, ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften dem Zentralverein selbst in einer an sich verdienstlichen Sache, wie es die Schaffung einer Statistik der Arbeitsgelegenheit ist, ihren Beistand versagen müssen.

Die öffentliche Versammlung der an Holzbearbeitungsmaschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Berlins wird nicht Mittwoch, den 22. Mai, wie in der Annonce irrtümlich angegeben war, sondern Mittwoch, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr bei Volkmann, Lichtenbergerstr. 16, abgehalten.

Achtung, Schuhmacher Berlins! Zwei Versammlungen haben am Montag stattgefunden. Die Versammlung im Königshof (Wilowstraße) beschloß, den Lohn-Tarif zu genehmigen und die Forderungen den Arbeitgebern sofort zu unterbreiten. Die Versammlung in Cohn's Festhöl, Teufelsstraße, wählte eine Kommission, um einen neuen Lohn-Tarif auszuarbeiten. Da die letztere Versammlung am zahlreichsten besucht war, so ist der in dieser Versammlung gefasste Entschluß für uns maßgebend. Kollegen! Am Donnerstag wird nun der neue Lohn-Tarif Euch in einer Versammlung vorgelegt werden. Die Zeit ist kurz! Wir stehen in der Hochsaison! Die Entscheidung drängt. Am Donnerstag müssen die Würfel fallen. Erscheine jeder, damit unsere Bewegung schnell und baldigst zu Ende geführt wird. Die Agitations-Kommission.

In Vernaun stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik von Oppenheim u. Meier in einer Lohnbewegung. Sie eruchen die auswärtigen Berufsgenossen um solidarische Verhalten.

Aus Kottbus bringen die meisten bürgerlichen Blätter Berlins Berichte über die Beendigung des Streiks, der ihrem Inhalte nach darthut, daß sie aus einer und derselben trüben Quelle stammen. Der Vergleich, den die Fabrikanten mit den Arbeitern schlossen, wird darin zu einem Siege umgelogen, den die Fabrikanten errungen haben sollen, weil die Arbeiter einen Theil ihrer Forderungen nicht durchsetzten.

Die einfache Thatsache aber, daß die Fabrikanten früher bedingungslos Rückkehr zur Arbeit verlangten, und daß sie diesen Beschluß fortgesetzt modifizierten, bis sie ihn mit der durch Herrn v. Hammer's Vermittelung zu stande gebrachten Vereinbarung gänzlich fahren ließen, zeigt zur genüge das schwindelhafte der Behauptung, daß die Fabrikanten einen „Sieg“ errungen haben. Nur ein Dummkopf oder Einfalt kann behaupten, daß es in dem großen wirthschaftlichen Kampfe, der sich in Kottbus zwischen den Besitzenden und dem Proletariat abgepielt hat, Sieger und Besiegte gäbe. Gemäß den Machtverhältnissen zwischen den herrschenden Klassen und dem Proletariat ist da, wo Klasse einmal gegen Klasse geschlossen handelt, weder auf dieser noch auf jener Seite ein Sieg möglich, sondern nur ein Vergleich, wobei beide Theile nachgeben müssen, seiner dem andern die Bedingungen vorschreiben kann, die er vorschreiben möchte. Der Ausgang des Kampfes in Kottbus liefert hierfür einen geradezu klaffenden Beweis.

In später Stunde geht uns ein Aufruf des Gewerkschaftsartikels in Kottbus zu, den wir wegen seines Umfangs erst morgen zum Abdruck bringen können. Es wird darin gebeten, die zur Unterstützung des noch nicht wieder untergebrachten Theils der Textilarbeiter nötigen Geldsammlungen fortzusetzen und den Zugang fernzuhalten, unsummeher als die Fabrikanten selbst erklärt haben, daß sie, so lange kein Mangel an Arbeitern, fremde Kräfte nicht einstellen würden.

Wir bitten die Arbeiterpresse, ihre Leser schleunigst davon in Kenntniß zu setzen.

Aus Hamburg wurde uns telegraphirt, daß der Ausstand in der Mohr'schen Margarinefabrik in Wahrenfeld gestern durch einen für beide Theile nicht verletzenden Vergleich beendet worden ist. Infolge dessen ist der Boykott über die Mohr'sche Margarine aufgehoben.

Aus Verdiers wird der „Voss. Ztg.“ gemeldet: Die Fabrikbesitzer sind entschlossen, unter allen Umständen das Zwangsverfahren aufrechtzuhalten und nicht nachzugeben. Auch die Arbeiter wollen nicht weichen. Der Bürgermeister erklärte den Arbeiter-

syndikaten, daß, wenn der Ausstand fort dauert, er jede Straßenkundgebung, auch die Feier am 1. Mai untersagen werde.

In Laurion in Griechenland, wo die seit alten Zeiten nicht mehr betriebenen Silberbergwerke wieder eröffnet worden sind, sind 2000 Arbeiter der französischen Gesellschaft, die die Minen ausbeutet, in den Ausstand eingetreten. Entsprechend dem heißblütigen Charakter der noch dazu unorganisirten Südländer scheint es bei dem Streik nicht ohne Gewaltthaten abzugehen. So sollen fünf Personen getödtet worden sein; weiter wird angegeben, daß die Ausständigen ein Depot der Gesellschaft in Brand gesteckt hätten. Von Athen ist Militär abgefordert worden.

Aus Zürich wird uns geschrieben: In Genf haben 130 Maler und Gipser wegen Nichtbewilligung gestellter Lohnforderungen die Arbeit eingestellt. — In Lausanne streiken seit Montag die Schreiner und zwar wegen Nichtbewilligung der Forderung, daß die Meister nur organisirte Schreinergehilfen einstellen (obligatorische Berufsgenossenschaft); der Forderung, daß der Lohn für Handarbeit 50 Cts. pro Stunde werden bewilligt. — In Biel haben die Handlanger mehrerer Baugeschäfte die Arbeit eingestellt; sie fordern Lohnhöhung. — In den beiden Salzsalinen bei Rheinfelden (Anton Nargau) sollen die Salzfelder die Arbeit eingestellt haben.

Vermishtes.

Eisenbahn-Unglücksfälle. Nach einer der „Pöner Zeitung“ aus Filschne zugegangenen amtlichen Mittheilung ist Montag Vormittag 8 1/2 Uhr auf der im Bau begriffenen Strecke Rogasen-Dragig ein Arbeiterzug entgleist, wodurch drei Arbeiter getödtet und drei Arbeiter verletzt wurden. Die „Pöner Zeitung“ fügt hinzu, daß das Unglück infolge falscher Weichenstellung von unversuener Hand erfolgt ist. — Aus Köln wird vom Dienstag berichtet: Der getrige Abendzug zwischen Uelmen und Daun ist entgleist. Drei Beamte des Zugpersonals wurden verletzt. — In Gelsenkirchen sind Dienstag früh zwei Güterzüge zusammengestoßen. Mehrere Wagen wurden zertrümmert, eine Lokomotive umgekippt und ein Schuppen beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Mit der Zeugniszwanghaft, welche in Sachen wider einen unbekanntem Polizeibeamten über fünf unserem Hälleschen Parteiblatt nahestehende Personen verhängt worden ist, beschäftigen sich selbstverständlich lebhaft die Parteiblätter. So veröffentlicht die „Schwab. Tagwacht“ in ihrer Nummer von gestern folgendes Gedicht:

Zeugniszwang.

An der Saale hellem Strande
Wirkt das „Volkblatt“ stolz und lähn
Doch der große Unbekannte
Ließ vernehmen sich darin.
Und Justizias Diener kamen
Suchend in die Redaktion,
Nach des Unbekannten Namen
Fragten sie im strengsten Ton.
Aber niemand konnt' ihn nennen,
Keine Spur von ihm man fand,
Wer kann Unbekanntes kennen?
Wer kann nennen Ungeannt?
Da mit des Gesetzes Schwere
Griffen Staatsanwälte ein,
Denn es müssen Redakteure
Zunmerdar allwissend sein.
Und es ist im deutschen Staate
Diskretion gestattet nicht,
Zu den schimpflichsten Verräthe
Zwingt uns unsre Zeugnispflicht.
Doch mit tapferm Widerstande
Schwieg die ganze Redaktion;
An der Saale hellem Strande
Winkt der Kerker ihr als Lohn.

Unser Stuttgarter Bruderorgan ist insofern im Irrthum, als es sich nicht um ein Vorgehen der Staatsanwaltschaft handelt, sondern um ein solches der Merseburger Verwaltungsbehörde.

Aus Triest wird gemeldet: Eine am Montag auf dem Fogddampfer „Imperator“ im Laderaum des Freihafens ausgebrochene Feuersbrunst ist vollständig gelöscht. Der Schaden ist geringer als man ursprünglich annahm. Die Ursache des Brandes ist nicht festgestellt.

Der Gemeinderath von Paris genehmigte im Prinzip eine Schmalpurbahn durch die Hauptstadt und ertheilte ferner die Konzession zum Bau einer unterirdischen Tunnelbahn zwischen dem Bois de Vincennes und Bois de Boulogne nach dem System Berlins.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6—7 Uhr statt.

Dumboldhain. Gebuld. Wird bei passender Gelegenheit gebracht.

N. N. 500. Am Auskunft darüber, wer Ihnen 500 M. am schnellsten und billigsten leiht, ersuchen Sie uns? Aber! —
C. B., V. 27. Ja. — **M. M. 21.** Ob Hausdiener, Krankenwärter u. s. w., welche in städtischen Anstalten angestellt sind, der Kranken- und der Unfallversicherung unterliegen, ist nicht ganz zweifellos. Ueberwiegend geht die Rechtsansicht dahin, daß mangels eines Orisstatus eine Versicherungspflicht nicht vorliegt. Dieser Zustand ist ein in äußerstem Grade für die Hausdiener, Wärter u. s. w. nachtheiliger, zumal in sehr inkonsequenter Rechtspraxis die in städtischen Diensten Angestellten nicht als Beamte angesehen werden. Zweifelloß liegt eine Versicherungspflicht nur dann vor, wenn die Krankenanstalten einen gewerblichen Charakter tragen. Am u. a. diesem Uebelstand entgegenzutreten, hat die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, sämtliche für städtische Dienste beschäftigten Arbeiter versicherungspflichtig zu machen. Der Antrag war von unseren Genossen im Nothen Hause gestellt und hat zu einer einstimmigen Annahme des Antrages geführt, die verschiedenartigen Verhältnisse für die verschiedenen Beamtencategorien durch den Magistrat klarlegen zu lassen. Stellen Sie Ihreits den Antrag auf Entschädigung und übermitteln das Material dem Genossen Stadtbagen oder sprechen Sie in der Sprechstunde vor. — Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. — **M. Sch. Ja.** Verbrechen gegen das leimende Leben sind mit Justizhau bedroht. — **M. K. 14.** 1. Das vor der Ehe geborene Kind der Ehefrau wird als eheliches durch die nachfolgende Ehe des Erzeugers mit der Mutter legitimirt. Der Vater muß jedoch vor dem Standesbeamten oder dem Gericht seine Vaterchaft anerkennen und Anerkennung der Geburtsurkunde beantragen. 2. Der frühere Vormund wird im Fall der Legitimierung abgesetzt, sobald dies beim Vormundschaftsgericht beantragt wird. — **M. J. Nein.** — **S. K. alter Abonnent.** 1. Die verleihte Ehefrau kann innerhalb 3 Monaten nach rechtskräftiger Scheidung den Antrag auf Bestrafung wegen Ehebruchs stellen. 2. Die Klage auf Alimente seitens der schuldlosen Ehefrau kann bis zu ihrem Lebensende oder bis zu ihrer Wiederverheirathung angehängt werden. — **100 St.** Nur wenn eine Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist, hätte die Erhebung eines Anspruchs Aussicht auf Erfolg. — **M. M. 100.** Am 31. Dezember d. J. — **Wächter.** 1. Das Hof in der Wiesenstraße ist kein städtisches. 2. An Stadtverordneten Singer.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung vom 21. April 1896, 11 Uhr.

Am Ministertische Dr. Miquel, Frhr. v. Hammerstein, Thielen und Kommissarien.

Das Haus setzt die erste Lesung der Kreditvorlage für Eisenbahnen und Kornsilos fort.

Zunächst äußern folgende Redner örtliche Wünsche: Abg. Kache (l.) für Schlesien, Schwarze (3.) für das Sauerland, Schmieding (natl.) für denselben Bezirk, Lucius (natl.) für das westliche Sachsen, v. Schöning (l.) für Ertheilung der Konzession zu einer Linie im Anschluß an Steffin-Kruswalle an die Rastin-Stargarder Eisenbahn-Gesellschaft, Stütz-nagel (l.) für die Gegend der Stadt Brandenburg, Thies (natl.) für die Gegend der Simeburger Heide, Wode (l.) für die Gegend um Nordhausen; Cahenisi (3.) für Hesse-Ranau, Damin (l.) für den Kreis Osnabrück.

Abg. v. Woyne (natl.) findet, daß die Vorlage sich dadurch vortheilhaft von früheren unterscheidet, daß sie nicht einseitig auf die Rentabilität der neuen Linien spekuliert und auf finanzielle Ergebnisse der neuen Eisenbahnlinsen rechnet. Er wünscht Vervollständigung des Bahnnetzes im südlichen Hannover.

Abg. Witt (natl.) wünscht Berücksichtigung der Gegend von Marienwerder, Herold (3.) des nordwestlichen Westfalen.

Abg. Szynala (3.) bekämpft die Behauptung, daß der Osten gegenüber dem Westen bevorzugt sei; man finde im Osten weite Gebiete ohne Bahnverbindung, im Westen sei das in gleicher Weise nicht der Fall. Redner bittet um Beschleunigung des Ausbaues einiger bereits früher bewilligten Linien, die für Ober-schlesien von Wichtigkeit sind.

Abg. Wiesenbach (3.) bittet um Ausbau einer Hundrüd-Bahn.

Abg. Dr. Gerlich (natl.) findet bedauerlich, daß noch immer Städte mit über 5000 Einwohner durch das Bahnnetz durchschlüpfen; er empfiehlt einige Städte seines Wahlkreises (Marienwerder-Schweh) dem Wohlwollen des Ministers.

Abg. v. Baumbach (l.) hat Wünsche für seinen Wahlkreis Gomburg-Biegenhain.

Abg. v. Blöb (l.) erkennt an, daß die Kleinbahnen eines derjenigen Mittel sind, die wohlthätig für die Landwirtschaft wirken, während die Vollbahnen rümd für die Landwirtschaft waren, indem sie die ausländische Konkurrenz ins Land brachten. Es wäre kein Fehler, wenn man für den Ausbau des Bahnnetzes jährlich 120—180 000 000 festsetze, wenn die Kleinbahnen mit 50 pCt. beteiligt sein könnten.

Abg. Lamprecht (l.) wünscht eine Verbindung zwischen Britz an der Steettiner Bahn und der Nordbahn.

Es sprechen weiter örtliche Wünsche ihrer Wahlkreise aus die Abg. Glattfelder (3.) für den Hundrüd, Klein (natl.) für den Regierungsbezirk Kassel, Hansen (natl.) für Oldenburg, Poimann (natl.) für den Vorpommern, Horn (natl.) für den Regierungsbezirk Merseburg, v. Berg (l.) erklärt, gegen jede Sekundärbahn- und gegen jede Kanal-Vorlage stimmen zu wollen, solange der in seinem Wahlbezirk gelegene Kreis Jfenhagen noch ohne jede Eisenbahn ist.

Abg. Heße (natl.) wünscht bessere Eisenbahnverbindungen für Hannover.

Abg. Dahn (3.) für seinen Wahlkreis Adelnau, Ohrweiler. Abg. v. Niepenhausen (l.) hat ebenfalls lokale Wünsche, beklagt aber auch Mängel im Eisenbahnbetriebe; die Klagen über mangelnde Sonntagsruhe nehmen kein Ende. Könnte man nicht daran denken, die Eisenbahnlasten in anderer Weise, theilweise wenigstens aus den laufenden Einnahmen zu decken?

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr: Novelle zur westfälischen Städte-Ordnung und Lehrerbefolgungs-Gesetz in 3. Lesung.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Für den Bau der Weltausstellung in Paris, die im Jahre 1900 eröffnet wird, sollen, wie ein Gerücht besagt, in Berlin mehrere hundert Zimmerleute angeworben werden. Für den Fall, daß dies Gerücht zutreffend sein sollte, bitten wir die betreffenden Zimmerleute, denen Angebote gemacht werden, entweder ihren Organisationen oder uns Mitteilung über die Bedingungen zu machen, damit untersucht werden kann, ob es sich nicht etwa darum handelt, deutsche Zimmerleute gegenüber den französischen Kameraden als Lohn-drucker zu verwenden, was dem guten Einvernehmen der französischen und deutschen Arbeiterschaft selbstverständlich nicht förderlich sein könnte.

Au die Maurer Berlins und Umgegend. Kollegen! Seit 2 Tagen befinden wir uns im Kampf um die 9stündige Arbeitszeit. Wie fest die Kollegen entschlossen sind, diese Forderung durchzusetzen, beweist die Thatsache, daß die Forderung auf fast allen Bauten gestellt wurde. Auf 200 Bauten bei insgesamt 270—280 ist bis gestern Abend bewilligt worden. Auf einigen größeren Bauten, wo noch nicht bewilligt ist, ruht die Arbeit, z. B. dem Dom und auf dem Bau des Romanischen Hauses, Mittel- und Charlottenstraßen-Gde. Auf dem Bau an der Stadtbahn (Unternehmer Sagoh) wurden zwar die Forderungen bewilligt, aber gleich darauf erhielten 2 Kollegen Feierabend; Montag Mittag legten deshalb 43 Kollegen die Arbeit nieder. Jedoch haben gestern andere und 12 von den ersten Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen. Diese sind nicht im Besitz einer Arbeitsberechtigungskarte. Am Mittwoch werden die Kollegen in der Versammlung zu entscheiden haben, was hier geschehen soll. Außerdem arbeiten im königlichen Schloß beim Rath's-Maurermeister Clemens 50 Kollegen zu den alten Bedingungen. — Im ganzen ist das Ergebnis der Bewegung sehr günstig. Zeigen sich die Kollegen genügend fest, dann ist der vollständige Sieg in kurzer Zeit unser. Hoch die Solidarität der Maurer! Hoch der Neunkundentag! Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.

Achtung, Kaufleute Berlins! In Sachen des Acht-Uhr-Ladenschlusses wird Donnerstag, den 23. d. M., abends 1/2 Uhr, in Cohn's Festsaal, Beuthstr. 20/21, seitens der Freien Vereinigung der Kaufleute eine große öffentliche Versammlung abgehalten. Hier gilt es, die wirkliche Ansicht des Berliner Kaufmannstandes zum Ausdruck zu bringen; möge daher keiner der Theilnehmenden den Besuch dieser wichtigen Versammlung versäumen.

Achtung, Metallarbeiter Berlins! Die Differenzen der Former und Gießerei-Arbeiter bei der Firma Friedrich, Reichenbergerstr. 4, sind zu gunsten der dort beschäftigten Arbeiter geregelt. Der Streik der Klempner bei der Firma Moosdorff u. Hochhäufeler, Alexandrinenstraße 25 und Kommandantenstraße 60, dauert unverändert fort. Zugang ist ferngehalten!

Der Vorstand
des Berliner Metallarbeiter-Verbandes.

Auf dem Bau des Grundbesizers Steinbrück in Berlin, Greifswalderstr. 13, der unter Leitung des Poliers Ernst Sieberstein, Marienburgerstr. 36, aufgeführt wird, legten am Montag sämtliche Maurer wegen Nichtbewilligung der bekannten Forderungen die Arbeit nieder. Leider wurden einige wankelmüthig; sie kehrten am Dienstag zu den alten Bedingungen an ihre Plätze zurück. Wie wir hören, soll es lediglich am Polier liegen, daß die Forderungen auf diesem Bau noch nicht bewilligt sind.

In den sogenannten Weinbergen in Köpenick sind am Sonnabend sämtliche bei den Planierungsarbeiten beschäftigt gemessene Erdarbeiter, circa 75 Mann, wegen Lohn-differenzen in den Streik getreten. Die Erde wird dort auf Kipp-Lewriess geladen und dann weiter befördert. Diese Arbeit wird in Akord bezahlt, wobei die Leute 2,70 bis 3 M. bei 11stündiger Arbeitszeit verdienen können, sofern kein Malheur passiert, das heißt wenn keine Wagen umpurzeln. In diesem Falle müssen sämtliche Arbeiter ansetzen, um die Wagen wieder aus den Gruben herauszuheben. Für dieses Herausheben will der Unternehmer nichts bezahlen. Ein Arbeiter, der dennoch Entschädigung verlangte, wurde sofort entlassen, worauf alle die Arbeit niederlegten. Leider sind nur 3 Mann organisiert. Sie bitten den Zugang fern zu halten und hoffen dadurch den Unternehmer zu zwingen, die Forderungen zu bewilligen. Die Planierungsarbeiten werden unter Leitung des Ingenieurs Ernst Selchow in Köpenick ausgeführt.

Die Maurer Erfurts haben am Montag die Arbeit niedergelegt. Sie fordern 35 Pf. Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer lehnten diese Forderungen ab. Sie wollen weiter nichts als 10 pCt. Zuschlag auf die bisherigen Löhne bewilligen. In Erfurt arbeiten während der Bauperiode rund 500 Maurer, von diesen haben 40 die Forderungen bewilligt erhalten. Auf allen Bauten, wo nicht bewilligt wurde, ruht die Arbeit vollständig.

Die Amsterdamer Diamantschleifer (Möschenschleifer) haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen gegen eine vorläufige Lohn-erhöhung von 15 pCt. Sie hatten ursprünglich eine Erhöhung von 22 1/2 pCt. verlangt, und behalten sich das Recht vor, gelegentlich diese Forderung von neuem aufzustellen.

Berichtigung. In gefriger Nummer muß es in der zweiten Beilage 1. Seite 3. Spalte Text-Zeile 18/19 von oben im Artikel „Zur Buchdruckerbewegung“ heißen: „Sonntagnummern“ anstatt „Sonabendnummer“ und im Hauptblatt 4. Seite 2. Spalte Zeile 13 von unten in der Notiz über den Weberinnenstreik in Cuxen „Arbeiterinnen“ anstatt „Arbeiter“.

Für die streikenden Textilarbeiter in Kottbus gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission weiter folgende Beiträge ein: Bambus-Wary u. Henge 1,30. Vese- und Distriktsklub der Freunde 20.— Personal der Buchdruckeri von R. Wolf, 2. Rate 15,75. Arbeiter der Firma B. Zeite u. R. 10,40. D. M. 1.— Organisirte Buchdrucker Regens-burgs 20.— Gewerkschaftskartell Herford i. W. 22.— M. S. Tischler, Dresden 4,20. Beim Frühstück gesammelt d. Vog. Bild-hauer 4.— Organisirte Buchdrucker Potsdam 10.— Schlar-arbeiter Köpenick 10.— Fachverein der Uhrmacher Berlins 25.— Arbeiter der Firma Siemens u. Halske, Abth. 8, 15,80. Gesellenauschuß d. Bäckereimann Germania 4,50. Köln a. Rhein „S. W.“ 20.— Holzarbeiterverband Filiale Hixdorf 25.— Schuhmacher Braunschweigs 10.— Buchdrucker Marburgs (Hessen) 20.— Hochzeit Otto Linke 1,12. Freie Vereinigung der Gravure und Ziselente Berlins 50.— Stammsäle von Zeile 2,50. Unsere Sorte, Generalversammlung Raribau'scher Gesangverein durch Hilfspänger Wiedemann 3,10. Holzarbeiter-verband, Filiale Charlottenburg 50.— Th. v. Wächter 10.— Sozialdemokraten Sandersleben 4.— Vom Samariterkursus d. D. 25.— G. H. S. London, Tottenhamstr. 47 40,25. Mitglieder d. Uniondruck 2. Rate 12,25. 110 u. 111 5,25. Arbeiter d. Tischlerwerkst. von Ruch, Königsbergerstr. 9, 8,10. Buchdrucker vom Haus-vogelplatz, 3. Rate 2,50. Tanzlehrerverein „Solidarität“ 10.— Ueberchuß einer Krampfsende A. G. 10.— Lederwaren-Fabrik Alexandrinenstr. 54, 3. Rate, 5,80. Mehrere Veteranen aus einer königlichen Musterwerkstatt 5,65. Keller von Webling, Char-lottenburg, 2.— Lederfabrik Gebrüder Schlegel in Hixdorf 5,45. Schuhwaren-Fabrik von Hellmide, Barnimstr. 13, 5,65. Ernst Oth. Zimmerer, 3,35. Walder Manasse 2.— Porzellanmaler Berlins 20.— Montag, Nischelsdorf, 1.— Gefammelt bei Wibel 3,95. Buchdruckeri Siegfried Scholen 3,50. Gesangverein „Jugendfreuden“, Amerik. Auktion 6.— Möbel-polier Berlins, III. Rate 100.— Tischler von Prätzel u. Haberland 13,50. Ein unqualifizierter Hut 4,15. „Stattklub Einigkeit“ Hixdorf 6.— Dreher-Personal Neue Fabrik Char-lottenburg 3,15. Amerik. Auktion bei der Geburtstagsfeier der Frau W. Wendt, Marktstraße 10,16. Gef. durch Dennis B. Wagnmann 2,50. Zellerfamml. am 11. April Ueberhof 7,55. Ueberchuß v. Bergu. d. Firma Hirschmann, Johannistr. 4,35. Mittwoch, Kleblatt bei Jubel 2.— Gold- und Silberarbeiter Berlins 30.— Rauchklub gut gefimmte Freunde 4.— Unfein'sche Buchdruckeri, Verladtheilung 13,25. Statikerstr. 104, 3. Quer-gedäude, 3 und 4 Tr. 4,40. Buchdruckeri Gebrüder Unger 10,40. Schuhfabrik von Bergschmidt u. Lange, Brunnenstraße 30.— Ueberchuß der amerikanischen Auktion am 12. April 9,60. Litho-graphen und Andrucker der Firma B. Vogelberg 23,50. Schneider-werkstatt Bräcker, Raunerierstraße 5.— Verein der Bauanschläger Berlins u. Umgegend 30.— Sozialdemokratischer Verein Vorwärts Berlin 50.— Gesangverein Jändholz, Gesundbrunnen 10.— Für Kampf ums Recht, Straßburg i. E. 10.— Buchdruckeri-Personal von Liebbert u. Thiesen 1,90. Albaumfabrik von Böpert u. Kuhne 2. Rate 5.— Interessengerein der Buchdruckeri-Hilfs-arbeiter Berlins 50.— Freie Turnerhochzeit, Voethestraße 6.— Rauchklub „Gemüthliche Rauchwolke“ beim Geburtstage ge-sammelt 2,60. Tritoma Uvaria, Dornheide 2. Rate 1.— Tischlerei von Joneleit u. Pfaff, außer einigen, 2. Rate 6.— Vom Dispositionsfonds der Gutmacher Berlins 200.— Am Bierisch bei Herschleb 1,50. Sozialdemokratischer Verein Stralau-Kummelsburg, 2. Rate 75.— Verband der Bäcker, Filiale Berlin 20.— Von der „S.“ Brüder 15.— Sattler aus Freiberg i. E. 7,60. „M. E. 32“ 6.— Tischlerwerkstatt von Hausmann, Pringestr. 22, 4.— Schuhfabrik von Marx, Berlin 20.— Buchdruckeri von Reinhold Strauß, 2. Rate 8,25. Obere Werkstatt von Voh. Dieffenbacher, 33. Vierprocente mit Suditer, 5. Rate 4,15. „S. E.“ gesammelt aus der Familien-schlichkeit 5,49. Weddingplatz 1,95. Tischler, Drechsler, Bildhauer, Büchingerstr. 7 8,20. Arbeiter der Fabrik Velle „Alliancestr. 84 21,95. Statklub Tourneis, Brangestr. 84, 15.— Vese- und Distriktsklub Leopold Jacoby 5.— Arbeiter der Gießerei von Freund, Charlottenburg, 12,20. Textilarbeiter-Verband Filiale Hixdorf 10.— Buchdruckeri Waumbach u. Co. 3,20. Familien-fest bei A. Reichenbergerstr. 113a, 2,05. Postamentiere bei Steenigt 4.— Rauchklub Ohne Zwang, 2. Rate, 15 M. Vierprocente der Möbelpolier von Gull, 3. Rate, 5.— Töpfer Watsche 1.— 2. nothleidende Berliner Schornsteinfegerstr. 3.— Paul, Waldemarstraße 2, 2,50. Schuhfabrik von Glaser, Magazinstr. 17, 10.— A. C., Köpenick, 1.— Arbeiter der Firma Ludwig Löwe, Hollmannstraße, aus einigen Sälen 83.— Fahrer, Mitsfahrer und Stallkute des Münchener Brauhauses

18.— Wilhelm Bernau 2.— Höpfer, Vergolder, 1.— Gesangverein Vereinte Sangesbrüder, Moabit, 30.— Möbelpolier, zwei Drechsler und einige Tischler von Paul Behmann Nachf., Admiralsstr. 15b, 2. Rate, 12,50. Verlobungsfeier, Rastauen-Allee 4, 2,50. Zwei arme Tintenfüll, Annenstr. 16, 1.— Von den Steinarbeitern Berlins durch Bachmann 50.—

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.
R. Millarg, Annenstr. 16.

Versammlungen.

Der Fachverein der in der Lederwaren-Branche be-schäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verhandelte am 13. April über die Bedeutung des 1. Mai. Der Referent Heindke forderte die Mitglieder auf, so weit sie keine Maßregelung zu befürchten haben, die Arbeit an diesem Tage ruhen zu lassen. Den gleichen Standpunkt vertraten mehrere Redner in der Dis-kussion. Es wurde hierauf beschlossen, sich morgens 9 Uhr im Restaurant des Genossen Mehner, Oranienstr. 184, zu treffen, um sich dann der Versammlung im graphischen Gewerbe an-zuschließen. Nachmittags Ausflug nach Johannisthal, Treffpunkt bis 4 Uhr im Restaurant von Schaller. Bei Erledigung der Vereinsangelegenheiten richtete Ab. Schulz an die Kollegen von Klaus, Redeker, Schmeß und Schmorte die Aufforderung, sich dem Verein anzuschließen.

Die in der Hut- und Filzwaren-Industrie be-schäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am 19. April im Freen-Palast eine öffentliche Versammlung ab, um zur diesjährigen Maifeier Stellung zu nehmen. Stadi-verordneter Vorgmann hatte das einleitende Referat über die Bedeutung des 1. Mai übernommen. Redner hält angesichts der Stärke der Organisation und der günstigen geschäftlichen Verhältnisse den Moment für gekommen, die Feiertage des 1. Mai durch Arbeitsruhe einhellig zur Durchführung zu bringen. Mit Rück-sicht auf den nicht gerade sehr zahlreichen Besuch der Versammlung warnt er jedoch davor, daß die Organisation beim Gewerkschaft-binde Beschlüsse zu fassen. Es möge den Arbeitern und Arbeiter-innen der einzelnen Fabriken überlassen bleiben, sich nach Lage der obwaltenden Verhältnisse schlüssig zu werden. Vatte schlägt vor, Fabriksversammlungen abzuhalten und in geheimer Ab-stimmung festzustellen, welche Meinung betreffs der Maifeier vor-hersteht. Das Resultat möge dann den Ausschlag geben. Aus demselben könnte man gleich ersehen, was von einem späteren Vor-gehen zu gunsten der Verkürzung der Arbeitszeit zu erwarten wäre. Schwesler spricht für den Antrag Vatte; ihm schließen sich noch einige Redner an. Es wird ferner vorgeschlagen, bei einer Zweidrittelmehrheit für die Arbeitsruhe diese zu proklamieren, während andererseits beantragt wurde, die allgemeine Feiertag-Arbeitsruhe von einer Versammlungsmehrheit abhängig zu machen. Diese Zahlen beziehen sich auf die Organisirten. Der Vorsitzende der Berliner Verbandsskiale, Bund, macht geltend, daß in der Vollhutbranche die Beschäftigte durchaus nicht besonders gut sei. Bezüglich der Arbeiter in der Seiden-branche wünscht er Rücksichtnahme auf die „Ladengellen“. Ein Angehöriger dieser Branche betont die günstige Konjunktur, welche zur Zeit dieselbe ausgezeichnet, und plädirt für strikteste Durchführung der Arbeitsruhe in der Branche. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß die beantragte Abstimmung allgemein verbindlich sei. Schließlich sagte die Versammlung folgenden Beschluß, den auch der Referent bestätigte: „Die Feiertage des 1. Mai wird von allen in der Hutindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen bezeugen, wenn drei Viertel der Kollegen und Kolleginnen für Arbeitsruhe gestimmt haben. Die Abstimmung ist eine geheime und findet in den Fabriken statt. Der Vorstand der hiesigen Verbandsskiale ist ver-pflichtet, noch im Laufe dieser Woche eine Vorstandssitzung ein-zuberufen, um das Gesamtergebnis der Abstimmung zu prüfen und dasselbe sofort in geeigneter Weise bekannt zu machen. An der geheimen Abstimmung dürfen nur organisirte Kollegen und Kolleginnen teilnehmen.“ Zum Schluß erging noch an die an-wesenden Arbeiter der Damenhutbranche die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß auch in dieser Branche die Abstimmung vor-genommen und ihr Ergebnis am 1. Mai beachtet werde.

Eine zahlreich besuchte Versammlung der Schneider und Schneiderinnen der Herren- und Knaben-konfektion nahm am 20. April in Grindel's Lokal in der Brunnenstraße öffentliche Stellung gegen die Kontraktbrüchigkeit der Firma M. B. Rosenthal. Diese Behauptung wurde vom Referenten J. Timm durch unbestreitbares Beweismaterial er-härtert. Seinen speziellen Ausführungen schickte er voraus, daß diese Firma eine der bedeutendsten Konfektions-Firmen dieses Genres in Berlin sei, sie habe einen jährlichen Umsatz von drei Millionen Mark zu verzeichnen, habe aber andererseits seit ihrer Ueberfiedlung nach Berlin durch ungeheuer niedrige Arbeitslöhne wesentlich dazu beigetragen, daß die Lebenshaltung der Konfektionsarbeiter immer tiefer herunter-gedrückt wurde. Das durchaus charakteristische Gebahren des Herrn M. B. Rosenthal während und nach dem Streik liefert Beweis, wie selbstgeföhrere Vereinbarungen umgangen werden.

Zu Beginn des Streiks nahm Herr M. an den Verhand-lungen theil, auch an der am 18. Februar stattgehabten Konferenz im Alsfäcker Hof. Hier wählten die Großkonfektionäre zu ihrer legalen Vertretung die Siebener-Kommission, und zwar ein-stimmig. Niemand, auch Herr Rosenthal nicht, stimmte da-gegen. Einstimmig wurde die Kommission ermächtigt, die Konfektionäre rechtsverbindlich vor dem Einigungsamt zu ver-treten. Hiergegen wandte niemand etwas ein, auch Herr Rosen-thal nicht. Am 19. Februar sanden unter Theilnehmung der drei kompetenten Kommissionen die kontraktlichen Vereinbarungen statt. Am 21. Februar erschien Herr Rosenthal mit dem Schneider Mannheim und zweien seiner Arbeiter auf dem Gewerbegericht und ersuchte um Aufklärung über den Inhalt des Vertrages vom 19. Februar. Nachdem ihm Auskunft in umfangreicher Weise zu theil geworden, erklärte er zum Schluß der Verhandlungen, in Zeugen Gegenwart, er erachte sich an den Vertrag vom 19. Februar für gebunden und würde ihn strikte durchführen. Er bat weiter um Hinzuziehung seines Schwagers Kornick (Rufe: Das ist erst der richtige Schw...!) zu den Verhandlungen. Auf dem Einigungsamt, sofern dies während seiner Reise für notwendig befunden werde. Trotz dieser unumstößlichen Thatsachen erklärte Herr M. in einer Berichtigung, die er seinerzeit dem „Vorwärts“ auf eine kurze Kritik der eigenartigen Praktiken bei der Firma M. B. Rosenthal in Nr. 77 vom 31. März gegeben lieh, wörtlich: „... Wir sind dem Vertrage vom 19. Februar er-weber mündlich noch schriftlich beigetreten. Die Abmachungen desselben sind daher in keiner Weise für uns rechtsverbindlich.“ Weiter, gelegentlich seiner Anwesenheit auf dem Einigungsamt gab Herr Rosenthal die folge Erklärung ab, in seinem Geschäft würden für Hosen niemals unter 80 Pf. Arbeitslohn gezahlt. Aus den vorliegenden Lohnbüchern einiger seiner Arbeiter wurde dagegen bewiesen, daß er für Hosen Löhne bis herunter zu 45 Pf. zahlt. Mit ganz eigenartigen Gründen suchte er sich hier herauszureden, hällte sich zuletzt auch noch in Arbeiterverbindlich-keit. Es half ihm nichts, die Minimalgrenze wurde fest-gesetzt, und zur Information der Arbeiter und Arbeiterinnen die einlagbare Differenz in ihren Lohnbüchern eingemerkt. Was that Herr Rosenthal? er nahm diesen Arbeitern einfach die 10

korrigierten Bücher weg (Hufe: Gunt hat die Direktrice — die nebenbei anwesend war — und allen die Bücher weggenommen, weil sie „so schmutzig sind“) und gab ihnen andere. Im Aufschluß hieran erklärte Timm es für eine dringende Notwendigkeit, daß geschliche Bestimmungen getroffen würden, welche den Arbeitern und Arbeiterinnen ihr Recht auf ihre Lohnbücher sichern. Ferner erklärte er es unter lebhaftem Beifall der Versammelten für eine Schande, daß derartige Zustände in der Konfektion, eine der blühendsten Industrien, bestehen. Den zahlreich anwesenden Arbeiterinnen der Firma Rosenthal rief er dringend an, alle seit dem 19. Februar entstandenen Differenzen durch das Gewerbegericht einzulösen. Da ihnen die Firma die Belege resp. Beweismittel weggenommen habe, sollen sie sich die entstandenen Differenzen berechnen, allerdings werde über jede einzelne Summe dem Herrn M. B. Rosenthal der Eid zugesprochen. Ferner halte er es für geboten, daß sowohl Meister wie Arbeiter resp. Arbeiterinnen so lange keine Arbeit von der Firma entnehmen, bis diese ihren Verpflichtungen vollkommen nachkommt. Trotz wiederholter Auforderung meldete sich niemand von den Angestellten der Firma zum Wort, um die erhobenen Anklagen zu widerlegen; ihre lautgedröhnte Meinung ging vielmehr dahin, daß sie sich nur blamieren würden mit ihren Reden, da alles Angeführte Thatfachen seien. In der Diskussion klagte Frau J. anezki über oft stundenlanges Warten, über Abzüge von dem, beim Empfang der Arbeit versprochenen Lohn, und über ungenügende Behandlung seitens der Geschäftsführer. Einer anderen Arbeiterin wurde auf ihr Ersuchen um 5 Pf. Zulage von Herrn Fischer, Angestellter bei M. B. Rosenthal, erklärt: Am Abend, bei elektrischem Licht, da verdient Euch mehr! (Protest- und Entrüstungsrufe.) Einer anderen Frau, die beim Empfang der Arbeit nach dem Preis fragte, wurde von Herrn Dora, ebenfalls dort Geschäftsführer, geantwortet, sie solle unter den Linden gehen, dort könne sie vorher nach dem Preis fragen. Kollege Kielebusch erklärte, er habe die Firma bereits um die Procente, die eine Gesamtsumme von 971 M. ausmachen, verlag. Zur Verhandlung erschienen, mit der Vollmacht des Herrn M. B. Rosenthal ausgerüstet, Herr Dora. Nach Kenntnismahme des Artikels, betreffend die Firma M. B. Rosenthal, wurde das persönliche Erscheinen des Firmeninhabers angeordnet. Dieser Tage findet der Termin mit demselben statt. Timm forderte alle bei Rosenthal Beschäftigten auf, an einer Vertretung theilzunehmen, um die Differenzen festzustellen.

Ihre Stellung zu dem Verfahren der Firma M. B. Rosenthal präzisirte die Versammlung durch einstimmige Annahme folgender Resolution:

Die heutige, bei Gröndel tagende Versammlung der Schneider und Näherinnen der Herren- und Knabenkonfektions-Branche erklärt das Verhalten des Herrn M. B. Rosenthal zu den Vereinbarungen vom 19. Februar d. J. als offenen Vertragsbruch. Als notwendige Konsequenz hieraus verpflichten sich die Versammelten, unter keinen Umständen bei dieser Firma Arbeit zu nehmen, eventuell bei keinem Zwischenmeister zu arbeiten, der bei M. B. Rosenthal beschäftigt ist. Die Häufer-Kommission hat unter den noch Fernstehenden in diesem Sinn zu agitieren. Ferner wird, als im Interesse der gesamten Berufsangehörigen, für notwendig erklärt, daß alle Differenzen aus den Vereinbarungen vom 19. Februar bei der Firma M. B. Rosenthal vor dem Gewerbegericht eingeklagt werden.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter-Versammlung, welche am Montag im großen Keller'schen Etablissement abgehalten wurde und sich mit der Beratung der aufgestellten Forderungen beschäftigten sollte, gestaltete sich zu einer Kundgebung gegen die unmotivirte Ausperrung der Klavierarbeiter. Namens der Kommission berichtet Krendt, daß in der Klavierbranche gemäß den Beschlüssen der letzten öffentlichen Versammlung an die betreffenden Prinzipale am Sonnabend die Forderung der 50ständigen Arbeitszeit und einer 10-20prozentigen Lohnerhöhung gestellt worden wäre. Anstatt jedoch diese beschiedenen Forderungen zu bewilligen, hätten die Prinzipale auf Einladung eines Herrn Bernick, der früher selbst sozialdemokratischen Anschauungen huldigte, in einer Meisterkonferenz beschlossen, nicht nur nichts zu bewilligen, sondern ohne weitere Verhandlung in 9 Werkstätten, bei Herrmann, Bartosz, Scholz u. Co., Noack, Galowsky, Müller, Kerner, Siering und Werseburg, 160 Klavierarbeiter ausgesperrt und zwar vorläufig auf acht Tage. Die kapitalträchtigsten Firmen jedoch haben dieses Stückchen Unternehmervöllerei nicht mitgemacht, sondern die Forderungen anstandslos bewilligt. Es sind die Firmen: Buchholz, Franz, Gottwaldt u. Leonhardt. Da zum größten Theil ältere Arbeiter, die zum Theil mit den Prinzipalen in „harmonischem“ Verkehr standen, von dieser Maßregel betroffen wurden, so könnten manchen Arbeiter dadurch die Augen geöffnet werden über die Legende von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. In der Debatte werden von Kleinlein, Wegel,

Mahnke, Schimann, Ostro, Blossie u. a. die Maßnahmen dieser neuen Meistervereinigungen eingehend kritisch unterzogen. Aber auch die jahrzehntelange Gleichgültigkeit derjenigen älteren Arbeiter, die sich häufig mit Kosennamen der widerwärtigsten Art belegen ließen, wie es bei der Firma Galowsky oft geschah, und jetzt, nachdem sie 25 Jahre ihre beste Kraft geopfert, sans sagen auf die Straße gesetzt wurden, fand eine gedehnte Beurteilung. Nachdem Blum und Ostro einen warmen Appell an die Fertigmacher gerichtet, überseits einzugreifen durch ein geeignetes Verhalten, gelangten die eingelassenen Anträge zur Abstimmung. Abgelehnt wird der Vorschlag auf einen Generalstreik der gesamten Musikinstrumentenbranche. Die Versammlung beschließt, den Verlauf der Dinge in den nächsten Tagen abzuwarten, um dann danach ihre Beschlüsse zu fassen. Nachdem Grundmann darauf hingewiesen, daß die Ausperrung nur inszenirt sei von den Meistern, um auf Kosten der Ausgesperrten die Fabrikanten der Musikinstrumenten-Branche zu einer Preiserhöhung für Klaviaturen zu zwingen, beschließt die Versammlung: Die Versammelten erklären sich mit den Ausgesperrten solidarisch und werden diese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. Sollten die Forderungen derselben innerhalb 8 Tagen nicht bewilligt sein, so werden sämtliche Instrumenten-Arbeiter in einer am nächsten Sonntag stattfindenden Versammlung weitere energische Maßnahmen treffen.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung werden die aufgestellten Forderungen nochmals eingehend besprochen. Für die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit treten Kleinlein und Blossie mit aller Energie ein, während Grundmann, Krendt und Wartmann die eher zu erreichende 52ständige Arbeitszeit empfehlen. Der vorgerückten Stunde wegen wurde die definitive Beschlusfassung auf Sonntag vertagt.

In einer Dachdecker-Versammlung, welche am 20. April bei Polz tagte, berichtete Schewing über die Situation des Streiks. Von den 234 Mann, welche in den Streik traten, seien 74 die Forderungen bewilligt worden, und zwar bei 15 Firmen, 16 wären anderweitig beschäftigt und 8 abgereist. Traurig sei es, daß sich von den 188 Kollegen, welche noch verblieben, zuletzt nur noch wenige zur Kontrolle einfanden. Nach kurzer Debatte über diese Feststellungen wurden die Beschlüsse der Meister, über die wir bereits berichtet haben, einer scharfen Kritik unterzogen. Die geistigen Urheber dieser Beschlüsse, die Felden der Innung, erführen eine Charakterisirung, von der man nicht gerade sagen kann, daß sie schmeichelhaft wäre. Aber auch das Verhalten der beiseite getretenen Arbeitsgenossen wurde nicht ohne Rüge gelassen. Die Versammlung beschloß, über die Beschlüsse der Meister zur Tagesordnung überzugehen, und sprach in der fraglichen Resolution ihre große Freude darüber aus, daß sich die Herren Meister grümblich Mantel hätten. — Die lebhaften Auseinandersetzungen bezüglich der Frage: Was nun? ergaben eine verschiedene Auffassung der Situation. Gegenüber vereinzelten Warnungen wurde von anderer Seite in energischen Worten die Weiterführung des Streiks verlangt. Ein Antrag, den allgemeinen Streik aufzuheben und in den partiellen einzutreten, wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag, in anbetragt der ungünstigen Situation den Streik aufzuheben, und zwar mit 45 gegen 41 Stimmen. Damit war die Fortführung des allgemeinen Streiks proklamirt, wie der Vorsitzende feststellte. Nach einem weiteren Beschluß ist die nächste Versammlung der Streikenden am Tage abzuhalten.

In einer öffentlichen Versammlung der Laktirer am Montag Abend referirte Genosse Jahn über „Die Lebenshaltung des Proletariats“. Auf den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte die Stellungnahme zur Kaiserfeier. Kautenhaus, Warnke und Guirix plädiren dafür, dieselbe mit den Matern gemeinsam zu begehen und zwar durch möglichste Arbeitsruhe und Theilnahme an der vormittägigen stattfindenden Versammlung der Matern; die Versammlung beschloß demgemäß. Kautenhaus berichtete hierauf über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung, die äußerst günstig und schnell für die Arbeiter verlaufen sei. Von den Streikenden sind nur zwei Arbeiterinnen zu unterrichten, während männliche Arbeiter vollauf beschäftigt sind. Die Laktirer müssen aber nun danach trachten, auch das Errungene festzuhalten und nicht durch Laubheit in der Bewegung die Unternehmung ermuthigen, später von neuem Lohnrückereien vorzunehmen. Semisch ersucht zum Schluß um Ablieferung der Sammelliste Nr. 5 und sofortige Einsendung der noch ausstehenden Einkünfte. Am 5. Mai findet eine öffentliche Versammlung statt.

Die Puzer beriechen in einer gut besuchten Versammlung am Montag Abend über die bezüglich ihrer Lohnbewegung zu treffenden weiteren Maßnahmen. Nach dem Referat Dietrich's hat die Bewegung einen günstigen Abschluß gefunden, da die Forderungen der Puzer auf 164 Bauten bewilligt worden sind. Nun frage es sich aber, was geschehen

müsse, um das Errungene auch für die Zukunft festzuhalten. In den nächsten vierzehn Tagen würden in Berlin auf vielen Bauten die Puzarbeiten angefangen. Hier hat man es nun mit einer Reihe von Unternehmern zu thun, an die man in der gegenwärtigen Bewegung noch nicht herangetreten sei. Es wäre nöthig, daß die Kommission über die Verhältnisse auf jedem angefangenen Neubau unterrichtet werde, damit sie über die strikte Durchführung des jetzt gültigen Tarifs wachen könne. Des weiteren sei nach wie vor das Augenmerk auf die Puzmeister zu richten. Diese Zwischenunternehmer, die man als Parasiten am Arbeiterverdienst bezeichnen müsse, seien entschieden zu bekämpfen. Wenn sich das Puzmeisterthum in der bisherigen Weise weiter entwickle, würde es in einigen Jahren den Puzern nicht mehr möglich sein, direkt bei Maurermeistern und Bauunternehmern zu arbeiten. Auch hierzu müsse die Versammlung Stellung nehmen, wenn nicht bald wieder ein Rückgang eintreten sollte. Nach Schluß der Debatte gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Da die größte Mehrzahl der Baugeschäfte Berlin, die zur Zeit Puzarbeiten haben, die Forderungen der Puzer bewilligt haben und auch die meisten Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten, so wird die allgemeine Lohnbewegung für beendet erklärt und diejenigen, welche zur Zeit noch arbeitslos und unterstützungsberechtigt sind, werden so lange unterstützt, bis sie in Arbeit getreten sind. In Erwägung jedoch, daß verschiedene Arbeitgeber in Frage kommen, bei denen augenblicklich keine Puzarbeiten auszuführen sind, in nächster Zeit aber solche angefangen werden; in Berücksichtigung der Thatsache, daß manche Unternehmer, die nur unter dem Druck der Verhältnisse die Forderungen bewilligt haben und die Bewilligung bei günstiger Gelegenheit wieder zurückziehen werden; in fernerer Erwägung, daß die zurückgebrachten Puzmeister versuchen werden, die alten Positionen wieder zu erobern, beschließt die Versammlung: Die Lohnkommission von drei Mann bleibt bestehen und hat die Bauten und die dort arbeitenden Kollegen zu kontrolliren. Der Beschluß vom 7. April, wonach jeder arbeitende Kollege 50 Pf. pro Arbeitstag zum Streikfonds zu zahlen hat, wird aufgehoben und sind bis auf weiteres 50 Pfennige pro Woche zu entrichten. Die Arbeitskarten bleiben in Kraft und sind nur auf den Bauten gültig, wo die Forderungen bewilligt sind. Das Institut der Deputirten bleibe bestehen, und sind auf allen Bauten, wo die Arbeit angefangen wird, Vertreter zu wählen.“

In einer anderen gleichfalls angenommenen Resolution verpflichten sich die Puzer, während des Maurerstreiks keine Maurerarbeiten auszuführen. Den streikenden Kattibuser Textilarbeitern wurden durch Versammlungsbeschluß 150 M. bewilligt.

Higdorf. Die Maurer beschäftigten sich hier am Sonntag in einer gut besuchten Versammlung mit der Stellung zur Lohnbewegung. Der Referent, Schigolski, unterbreitete der Versammlung die Beschlüsse der Berliner Maurer vom 10. d. Mts., die besagen, daß am 20. April die Arbeit auf denjenigen Bauten niederzuliegen ist, wo die Forderungen nicht bewilligt werden. Im wesentlichen handelt es sich um die Einführung der neunständigen Arbeitszeit, Abschaffung der Akkordarbeit und um die Gewährung eines Minimallohns von 55 Pf. pro Stunde. Weiter wird gefordert: Pünktliche Innehaltung der festgesetzten Arbeitszeit, außer da wo Leben und Gesundheit anderer in Gefahr sind. Humanitäre Behandlung seitens der Poltre. Auf jedem Bau muß jemand angestellt sein, die Nahrungsmittel herbeizuführen. Ferner muß eine weiterdichte, zugfreie, verschleißbare Hude vorhanden sein. Der Lohn ist sofort nach Feierabend auf der Baustelle jeden Sonnabend für die gesammte in der Woche geleistete Arbeit zu zahlen, ohne den Betrag für einige Tage einzubehalten. Abschaffung des Zwanges, eigenes Werkzeug zu halten, wie: Meißel, Schlägel u. s. w., und Befreiung des Marxensystems. Nachdem der Referent eingehend diese Forderungen begründet hatte, wurden in der Diskussion der Anschluß an die Bewegung allgemein empfohlen und für Higdorf die Maurer Godegast und Weidenbach als Kontrollreue gewählt.

Arbeiter-Gildungsfeier. Mittwoch Abend von 9-10 Uhr: Gildungsfeier, Waldemarstraße 14; Besichtigung (Kursus Besichtigungen von der Reformation bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands) Herr Dr. G. Finn. — Nordische Schule, Müllerstraße 179a; Deutsch. (Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Aufsätze) Herr Heinrich Schulz. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr: Zusammenkunft im Vereinslokal Romanbantenstr. 10/11. Damen und Herren sind willkommen. Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgebung. Vorsitzender: W. Neumann, Valentinstraße 3. — Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Sorum, Wartenbergstr. 49, 5. 3 Tr. Arbeiter-Kanonenklub Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Kottbuser Damm 74. German-American Klub „Unle Sam“ (established 1892). 9 o'clock p. m. Wallstraße 37. — Ladies and Gentlemen welcome. German American Society. Berlin C. Münst. 17, at Frieboes Resta. rant, 9 o'clock p. m. Topic: Relations of women to crime.

Theater.
Mittwoch, den 22. April.
Spernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. 1613.
Deutsches Theater. Hamlet.
Leistung-Theater. Das Glück im Winkel.
Berliner Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Nachruhm.
Kaisers-Theater. Hotel zum Freihasen.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Hungerleider.
Schiller-Theater. Die Stützen der Gesellschaft.
Salle-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Theater Unter den Linden. Niniche. Chanfonnettes.
Central-Theater. Schloß Montbelliard. Die beiden Afrikaner.
Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin.
Alexanderplatz-Theater. Die Musikere im Damenklub.
Reichshallen-Theater. Die kleinen Kammern. Vorder: Die Balletschule.
National-Theater. Am Abgrund.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Baummann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.
Schiller-Theater. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Auf allgemeines Verlangen:
Am Abgrund.
Schauspiel in 4 Akten von G. Gänse.
Regie: Max Samst.
Morgen: Gastspiel des Herrn Robert Hartberg vom Stadttheater zu Düsseldorf. „Der Pfarrer von Kirchfeld.“
Central-Theater.
Alte Jakobstraße 90.
Gastspiel des Conr. Dreher-Ensembles vom Gärtnerplatz-Theater in München.
Conrad Dreher als Gast.
Zum 3. Male:
Schloß Montbelliard.
Hierauf: Zum 3. Male:
Die beiden Afrikaner.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Eden-Theater.
Welt-Restaurant
97. Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich:
Welthörbarkeit
Tyroler-Sänger-Gesellschaft
Almonrausch u. Edelweiss.
Direktion: Alois Ebner.
Entree vollständig frei!
Sonntag, den 20. April:
Große Varietés- und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 6 Uhr.
Gebr. Kinderwagen, 7 M., verl. Hagelsbergerstr. 57/58, Aufg. D, 4 Tr. z. [10468]

Adolph Ernst-Theater.
Zum 18. Male:
Das flotte Berlin.
Große Ausstattung-Gesangspose in 3 Akten von Leon Trepow und Ed. Jacobson.
Kuplet und Duodlibets von G. G. Ö. r. p.
Musik von G. Steffen.
2. Akt: „Alt Berlin.“
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Wer ist Rudinoff???
Rudinoff macht alles!!!
Jeden Abend 9^{1/2} Uhr:
Die geniale Rudinoff
Kaufmann's
Variété-Theater
Königsstraße, Colonnaden.
Bomben-Erfolg des neuen Programms.
Die Himrode.
Die deutschen Eichen.
Die lobende Brücke.
Jean Bayer
mit seinen Lokal-Schlagern.
Baron's dreifürte Löwen.
Die reizende Luftsee Albertina.
Ferner 18 Nummern.
Ausverkauft! Ohne Reklame.
Vereinslokal
sucht aller 45 Mann starker Gesangsverein (Mitgl. d. R.-S.-V.) Mittwoch. Robe Rosenbalerstraße. Offerten an Kober, Vorkingstr. 4, Quergeb. 10875

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lohrer Bahnhof).
Geöffnet von 7-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.
Passage-Panopticum.
Echter **Harem** aus der afrikanischen Stadt Kayrowan. Haremfrauen und Kinder, Tänzerinnen, Sängerrinnen, Eunuchen und Sklaven.
Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glink.
Bobe und Harold. • Geschw. Rappo.
3 Sisters Hawthorne.
Jben Obed. The Clives.
Frihi Ferry.
Familie Dainoff. • Will-Harnosa.
Neu! Milton-Trio. Neu!
Mlle. Doloplers. • Miss Erna. etc. etc. etc.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Capeten!
J. Sachs, Andreasstraße 53.
Plauerbächer franco.

Castan's Panopticum.
165 Friedrichstraße 165.
Neu! Der Ballon-Mensch !! Allerseelen !!
die sensationelle Illusion.
Kasperle-Theater. • Concert-Kapelle.
Alcazar.
Varietés- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Anpenstr. 42/43 (City-Passage).
Neu! Die Anarchisten.
Poste in 1 Aufzug von Friedrich Wilhelm.
Emilie Galletti, Morell Stuard mit seiner Gallerie berühmter Männer.
• Bochent. 10 Pf., Anf. 8 U.
• Entree. Sonntag 90 „ „ 7.
R. Winkler.
Reichsgarten
Friedenstr. 20 (Ede Höchstraße).
Täglich:
Grosses Frei-Concert.
Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.
NB. Weinen allen Kunden und Freunden zur Nachricht, daß ich mein Gartenlokal in dieser Saison wieder selbst bewirtschaftete. H. Koslowaki.
Empfehle allen Freunden und Bekannten mein
Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.
4817 A. Günther, Frankfurter Allee 16.
Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gefällige Gewinnliste der preussischen Lotterie bei.

Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, den 26. April 1896:
Gröffnungsvorstellung im neuen Hause der „Urania“,
 Taubenstraße 49/49, für die Mitglieder und deren Freunde:
„Die Gotthardtbahn“.
 Eröffnung nachmittags 1 Uhr. 5/17 Beginn 2 Uhr.
 Billets à 60 Pf. sind abends in den Schulen, Waldemarstraße 14 und
 Müllerstraße 179a, sowie bei Gottfr. Schulz, Kottbuser Platz, und Windthorst,
 Zunkerstr. 1, zu haben. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliance-Strasse 7/8.
 Sonntag, den 26. April, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
 Zum dritten Male: 283/13
Maria Stuart.
 Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.
 Sämtliche Billets werden verlost.

Feen-Palast, Burg-Strasse 22.

Gastspiel der sensationellen Türkenringer.
Internationale Ringer-Truppe Memisch, Osman, Omar, Ch. Forêt,
 H. Niemann, F. Urban,
 unter Leitung des Sultanringers Memisch Effendi.
 Heute, Mittwoch: **Griechisch-römischer Ringkampf** zwischen dem
Sultanringer Memisch und dem **Franz Urban.**
 Dazu das erfolgreiche Spezialitäten-Programm.
 Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1,50 Mark.
 Donnerstag, den 29. April: **Doppel-Ringkampf.** Die beiden
 Türkenringer Osman und Omar gegen den allbekanntesten Meisterringler
 Richard Nogat.

Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896
 und
Deutsche Fischerei-Ausstellung
Deutsche Kolonial-Ausstellung
Kairo * Alt-Berlin * Vergnügungspark.
 1. Mai bis 15. Oktober.

Zeige Freunden und Bekannten hierdurch an, daß ich das
Weiß- und Bairisch-Bierlokal
 von **Julius Wernau**, Rosenthalerstr. 57 (2. Eingang Gormannstr. 28)
 übernommen habe und bitte die verehrlichen Vereine und Gewerkschaften,
 das meinem Vorgänger entgegengebrachte Wohlwollen auch auf mich gütigst
 zu übertragen. Tages-Restaurant mit franz. Billard. Vereinszimmer für
 50 bis 100 Personen stehen zur Verfügung.
 Arbeitsnachweis der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmänner Berlins.
 Arbeitsnachweis der Zentralorganisirten Köpfer etc.
 Telefon-Amt III. No. 1296.
 Achtungsvoll **Richard Babel.**

Verehrte Hausfrau!
 Haben Sie schon einen Versuch mit dem
Dr. Thompson's Seifenpulver
 (Schuhmarke „Schwan“) gemacht?
 Wenn nicht, dann säumen Sie nicht länger damit! Es giebt
 kein probateres Mittel, um schnell und ohne viele Mühe, ohne
 Schaden für den Stoff, hübsche weiße Wäsche zu erhalten.
 Zu haben in den meisten Droguen-, Seifen- und Kolonial-
 waarenhandlungen. M*

Damen-Mäntel!
 Damen-Mäntel, Kragen, Capes, Jackets, Regenmäntel.
 Nach beendeter Engros-Saison werden jetzt unter
 Herabsetzung des Preises in enorm großer Auswahl
 Einzel verkauft. Landsbergerstr. 59, 1 Tr. (kein Laden.)

Bur Frühjahrsaison
 verkaufe ich meine Schuhwaaren nach wie vor zu den
 bisherigen alten ausserordentlich billigen Preisen
 und zwar:
Herrenstiefel: von den einfachsten bis zu den elegantesten,
 nur bekannt gute Qualität
 M. 4,75, 5,50, 6,50, 7,75 u. s. w.
Damen-Zug-, Knöpf- und Schnürstiefel
 M. 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 u. s. w.
Ball- u. Gesellschaftsschuhe, feinste Ausführung
 von M. 2,50 an.
 Ganz besonders mache ich auf mein sehr großes Lager von Ein-
 segnungstiefeln zu außergewöhnlich billigen Preisen aufmerksam.
 Versandt nur gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des
 Betrages. 38/15
 Anstrikte Preislisten gratis und franko.
S. Selbiger, Schuhfabrik,
 Berlin NO., Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmann-
 strasse.

Echt Stonsdorfer Likör,
 ausgezeichnet im Geschmack à Liter 1,20 M.
Echten alten Nordhäuser, Literfl. 1,10 M., 5 Liter à 0,90 M.
Berliner Getreidekummel, Literfl. 1,10 M., 5 Liter à 0,90 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzügl., Literfl. 1,30.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M.
 empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin
Eugen Neumann & Co.,
 8 a Bellealliance-Platz. 81 Neue Friedrichstrasse. 8 Oranienstr.
 29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Blikerstr. 7.

Dem Schuster-Budler und Kämpfer
 für Freiheit und Recht Karl Wüller
 zu seinem 33. Geburtstag ein dreimal
 donnerndes Hoch, daß die ganze Schilling-
 straße wackelt und die Gläser Polka-
 tanzen. Karl, wir brauchen bald wieder
 eine Resolution. Einige von Deinen
 vielen Freunden. Karl, lass' gießen.

Dankagung. 1044b
 Allen Freunden und Bekannten, be-
 sonders den Kollegen der Firma Wis-
 mann sowie Inhaber und dem Gesang-
 verein „Liedelust“ für die rege Be-
 theiligung an der Beerdigung meines
 lieben Mannes unseren herzlichsten Dank.
 Minna Richter nebst Tochter.

Dankagung.
 Für die liebevolle Theilnahme bei der
 Beerdigung unseres lieben Mannes und
 Vaters sagen wir allen Kollegen u. Kolle-
 ginnen, besonders den beiden Gesang-
 vereinen, unseren herzlichsten Dank.
 1135b Wwe. Fiegler u. Kind.

In einer
Erbchaftssache
 erfuhr ich ergebenst
 1. den Müller **August Pohl**, ge-
 born in Strohowo, Kr. Breschen,
 2. den Bau-Russeher **Hermann**
Köppen, geboren in Stettin,
 um Angabe ihres Aufenthalts.
 Tempelburg, den 17. April 1896.

Ruhle,
 Rechtsanwalt und Notar.
 Am 25. April wird erscheinen:

Die Freimaurerei,
 ihre Geschichte, Thätigkeit und
 innere Einrichtung.
 Von **Joh. Sassenbach.**
 Preis 40 Pf.
 Zu beziehen durch den Verlag des
 „Vorwärts“, sowie jede Buchhandlung
 und jeden Kolporteur. 48008*

M. J. Hahlo,
 Patentanwalt,
 Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsuchung und
Verwerthung. (45068*)
Rath, Auskunft und
Konferenzen kostenfrei.
 Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Es ist kein Wunder
 wenn die Leute selbst aus den Ver-
 orten ihren Bedarf in

Hosen
 aus Stoff, Leder und Zwiit
 nur direkt aus der Fabrik
Gormannstr. 2, 1 Tr.
 Ecke Rosenthaler- u. Weinmeisterstraße
 beziehen.
 Die Leistungsfähigkeit dieser Firma
 ergibt sich durch folgende Faktoren:
Spezialgeschäft. 47272*
Eigene Fabrikation.
Keine Ladenmiete.
Bedeutender Engrosabsatz.
Verkauf nur per Kasse.
Geringe Geschäftskosten.

Möbel-Ausverkauf,
 passende Gelegenheit für Beamte. In
 meinem größten Möbelspeicher, Neue König-
 strasse 68, sollen ca. 300 Wohnungseinrichtungen,
 vertheilt gemessen und neue Möbel zu jedem
 annehmbaren Preise verkauft werden. Durch
 sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir
 möglich, schon ganze Wirthschaften für 90, 100,
 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mark,
 Kommoden, Küchenschränke, Aufbaum-Kleider-
 ständer, Vertikons 20 Mark. Aufschlupfen
 25, Vertikons mit Matratzen 15 Mark. Sophas
 15, Säulenstühle, Kleiderständer, hochbelegte 20,
 Trümeur mit Säulen und Kratzfüßen 20,
 Herrenschreibtisch, Büchergarnituren 20 Mark,
 Waschtisch 75 Mark. Steppdecken, Tisch-
 decken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Günstige
 Möbel können drei Monate kostenfrei auf
 meinem Kaufverwahrungsspeicher lagern, werden
 durch eigene Gespanne transportirt, auch nach
 außerhalb. 4851*

Herren-Hüte 65 Pf.
Confirmanten u. bessere
Hüte, enorm billig, verkauft das
Fabrik-Komptoir 729b
Barnimstr. 45,
Müllerstr. 12c.
Kastanien-Allee 101.

Zahnärztliche Klinik Wedding,
 Müllerstr. 1, Hof rechts 1 Tr., unter
 Leitung des prakt. Zahnarztes **Louis**
Wolff. Tarif: Zahnziehen unentgelt-
 lich. Schmerzlos mit Lachgas 2,50
 Mark, Plomben nach Wahl 1,00 M.,
 künstliche Zähne, nur bestes Material,
 2,00 M. 47862*

Möbel und Polsterwaaren, billig.
 Dresdenerstr. 49, 1.

Hackescher Markt 4, Ecke Neue Promenade
J. Brünn, Am Stadtbahnhof „Börse“
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

BAUGEWERBE SCHULE
 Der Voller ca. 60 Billets à 60 Pf.
 Der Baugewerkschüler, 120 Billets à 40 Pf.
 Der Tischlermeister ca. 120 Billets à 60 Pf.
 Jeden Sonntag erscheint ein Billet. — Diese von Werthe und Gehalt als unerschüt-
 telt bezeichneten Werke, die sich durch die von den Praktikanten entworfen, geben in
 einfacher Darstellung, feinsten Zeichnung, vornehmliche vornehmlich, vom Unterricht in Kunst
 und maschinenbau. Gegenstände und ermöglichen, von Stufe zu Stufe fort-
 schreitend voranzutreten, auf Grund welcher Erfahrung vollständig angelegten Werke in über-
 raschend leichter Weise diejenigen Kenntnisse auf allen Gebieten des Bau- und Maschinenbaus
 zu erwerben, um innerhalb des Besuchs die höchsten Ziele zu erreichen. Durch jede Buchhandlung
 zu beziehen. Verlag v. Bensch & Gutschalk, Potsdam u. Leipzig.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervtödtten 1 M.
 Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.
Läglich (Sonntags nur von 7-9 Uhr vorm.) findet (48328*)
Verkauf von
gek. Rindfleisch à Pfund
 25 Pf.
gek. Schweinefleisch à Pfd.
 35 und 40 Pf. fatt.
Verwaltung der Kochanstalt
 Städt. Schlachthof.

Achtung! **Achtung!**
 Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz.
 wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
 ziehen, Zahnreinigen, Nervtödtten bei
 Bestellung unsonst.
Budtel, Bauhofplatz 2, Elsäckerstr. 12

Fruchtweine
 Johannisbeerwein, weiß u. roth,
 Stachelbeerwein, Heidelbeerwein
 pro Glas **10** Liter.
1/10 Liter.
 Kolthalle
 der Berliner Groß-Debitations-
 Berliner Gewerbe-Ausstellung
Eugen Neumann & Co.
 Elektrische Straßenbahn, Haltestelle 4.

Knaben-Stoff- und Wasch-Anzüge
 sehr billig.
Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Milchkübel,
 Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen
Jordan,
 Kleine Markus-Strasse Nr. 28.

Portièren
Restbestände
 2 bis 8 Chals, à 2,50, 3, 4,
 6 bis 15 Mark.
Probe-Chals bei näherer
Angabe franco zu Diensten.
Pracht-Katalog mit Portièren-Ab-
 bildungen gr. u. fr.
Teppich-Fabrik **Emil Lefèvre,**
 Berlin S., Oranienstraße 158.

Neuheit.
Maifrosen zur Maifeier,
 gibt ab **5 Pf.**
P. Tyron, Leipziger-Strassen,
 Merseburgerstr. 58.
 Muster franko. Vertreter gesucht.

Kinderwagen
 Kranken-, Sport-
 und Leiterwagen
 Kinderklappstühle
 u. Theilzahl. gest.
A. W. Schulz,
 1. Geschäft:
 Brunnenstr. 95,
 gegenüber Humboldthain.
 2. Geschäft: **Brunnenstr. 145,** Ecke
 Rheinsbergerstraße. Musterb. art. u. fr.
 Fernspr. Amt III. Nr. 1767.

Herren-
 Stoffe, Cheviots, Kammgarne,
 Reste zu Hosen, Paletots, Anzügen
 spottbillig! Gelegenheitskäufe im Tuch-
 lager, Hoher Seilweg 4. Eng 61.

kleine Wohnungen
 Frankfurter Allee 16/16a, an Ring-
 bahnhof Friedrichsberg, Stallungen,
 Remisen, Lager Keller sofort zu verm.
 Fürstenwalderstraße 17, nahe am
 Friedrichshain, per sof. 2 Stuben und
 Küche billig. 10825
 West-Schiffstr. 6 M., 1. 2 Stuben verm.
 Regier. Landsbergerstr. 115. 10485

Teilzahlung. Monatl. v. 10 M. an
 liefert elegante
Anzüge nach Maß
Tomporowski, Schneidermeister,
 Berlin O. Jüdenstr. 37, 1 Tr.

Große Betten 12 M.
 (Wochen, Unterbett, zwei Kissen mit ge-
 reinigten neuen Federn bei Bedarf
 Zustig. Berlin S., Prinzenstraße 46. Ver-
 suche taunsel. Diese Anzeigenschrei-
 berin.

Zähne v. 2 M. ev. Theilz.
 Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

66. Resterhandlung. 66
 billig Reste zu Knaben-Anzügen von
 1 M. Große Anzüge von 7 M. an,
 bis zum feinsten Kammgarn, auch voll-
 zu Einsehnungs-Anzügen. Große Aus-
 wahl in Paletotstoff, sowie zu Mänteln,
 Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. (42808*)
 Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch
 angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.
 Teleph. Amt IV. 1597.

Sophaplüsch-
Reste
 in glatt, gepreßt und ge-
 webten Qualitäten, auch
 echt Feins und Moquet,
 enthaltend 6 bis 22 Meter,
 spottbillig! Muster franko!
 Abgepaßte Satteltaschen billig.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158

Hüte! Gelegenheitskauf! Hüte!
 in bekannter Qualität, keine fehlerhaften
 Sachen, nur moderne, eleg. Formen
 à 1,75 M. wie bisher. 47372*
Leopold Frankenstein,
 Dragonerstr. 10.
 Filiale: Alexanderstr. 14a.

Herrenhüte 75 Pf. 44508*
 Musterfächer, vollständig fehlerfrei,
 feinere Qualitäten, gleich ab in enorm
 billigen Preisen, die Fabrik im Komptoir
Chausseest. 59, 1 Tr.,
 an der Norddeutschen Brauerei.

Gardinen auch Reste
 zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig
 in der Gardinenfabrik von **Bruno**
Räthor, Grüner Weg 80 part.
 (kein Laden) Eng. v. Hier.

Möbel u. Polsterwaaren,
 reelle Waare emp.
Franz Tutzauer,
 Tischlermeister, (45122)
 Berlin SW., Gläcker-Strasse 14.*

Mühlentstraße 8,
 nahe Oberbaum, ist ein freundlicher
 Laden nebst Stube und Zubehör, für
 jedes Geschäft passend, billig zu ver-
 mieten. 48482*

Neuerst billige 3505
kleine Wohnungen
 Frankfurter Allee 16/16a, an Ring-
 bahnhof Friedrichsberg, Stallungen,
 Remisen, Lager Keller sofort zu verm.
 Fürstenwalderstraße 17, nahe am
 Friedrichshain, per sof. 2 Stuben und
 Küche billig. 10825

Dachdecker und Berufsg.

Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 22. April, nachmittags 2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstraße 26.

Tages-Ordnung:

1. Die Lage unseres Streiks. 2. Stellungnahme zu unserer diesjährigen Maifeier. 3. Verschiedenes.
- Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig.

Die Streikkommision. F. A.: M. Winkowaki.

Achtung, Töpfer!

Donnerstag, den 23. April, abends 6 Uhr, im alten Schützenhause:

Große öffentliche

Töpfer-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere wirtschaftliche Lage. 2. Stellungnahme zum 1. Mai. Um pünktliches Erscheinen aller Töpfer ersucht Die Kommission.

Achtung!

Kaufleute, Gewerbetreibende, Angestellte.

Donnerstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 20-22:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Acht-Uhr-Ladenschluß. Referent: Zigarrenhändler August Klinge. 2. Diskussion. Es ist Pflicht eines jeden Ladeninhabers und Angestellten, in dieser Versammlung zu erscheinen.
- Die Freie Vereinigung der Kaufleute.

Achtung!

Mechaniker und Berufsgenossen.

Heute, Mittwoch, den 22. April 1896, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schönmann, Skalitzer-Straße Nr. 7.

Sitzung der Vertrauensmänner der Mechaniker.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über das Resultat der Werkstatt-Vestimmungen. 2. Diskussion. — Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann der Mechaniker.

Wer Fremden-Besuch zur Gewerbe-Ausstellung

erwartet, benutze Jaekel's Patent-Bett-Sopha, Bettstühle, Bettschränke etc. Preislisten gratis und franko. Abth. I und II.

R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik, Berlin SW., Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstr.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert Schuhwaaren en gros & en detail in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99

und Rosenthalerstr. 63/64

verkauft.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.

Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75, in nur realer Ausführung.

In der Bellealliance-Straße bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: Wilh. Bock.

Möbeltischlerei

u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt

Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.

Eigene Werkstatt im Hause.

Achtung!

Die zum Dienstag publizierte große öffentliche Versammlung der Maurer konnte Umstände halber nicht stattfinden. Es findet dieselbe

Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29 mit derselben Tagesordnung statt.

Große öffentliche Versammlung der streikenden Maurer.

Tages-Ordnung:

Die Lage unseres Streiks und welche Aufgaben erwachsen den streikenden Kollegen. Also Kollegen, jeder thue seine Pflicht.

Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.

Oeffentl. Versammlung der Kupferschmiede

am Donnerstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr.

- Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission.
 2. Bericht des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission.
 3. Wahl eines Kommissionsmitgliedes.
 4. Stellungnahme zum 1. Mai.
 5. Verschiedenes.
- Um zahlreichen Besuch bittet Der Einberufer.

Achtung! Schuhmacher!

Mache die Kollegen darauf aufmerksam, daß die bis Donnerstag nicht zurückgegebenen Billets zur "Arania" als verkauft betrachtet werden. 168/11 NB. Ersuche die Kollegen, mit den Billets vom Massenball abzutreten, widrigenfalls dieselben namhaft gemacht werden. F. A.: G. Schri, Langestr. 95.

Achtung!

Das von dem Gesangsverein "Deutsche Linde" in Umlauf gebrachte Bericht, unterzeichneten Verein hätte sich angeboten, bei dem zu Pfingsten in Weimanns Volksgarten stattfindenden Frühkonzert bittiger zu singen, weisen wir entschieden zurück und erklären dasselbe für unwahr! 67/14 NB. Einer Aufforderung unsererseits, der Verein möge uns bei dem Organisten Herrn Zernicke Hede sehen, hat derselbe nicht stattgegeben.

Gesangsverein „Schildehorn“.

Der Vorstand.

Gesangsverein vom Charfreitag mit Gedankenleser, 3 mal 3 ist neu, wird vom Tenor, der eine Lage vier gab, um Adresse gebeten. Postamt 61 unter Gesang. L. B.

Parteilokal (volle Stange) billig zu verkaufen Holzstr. 43. 1030b

Arbeitsmarkt.

Karton: Arbeiterinnen u. Lehrlinge v. H. Eisenstadt, Beuthstr. 5. Ein geübter Eckenhafmeister wird sofort verlangt bei Georg Heise, Waldemarstr. 51, 4 Tr. 1001b Geübte Kartonnarbeiterinnen werden sofort verlangt bei Georg Heise, Waldemarstr. 51. 1002b

Redakteur gesucht.

Zum 1. Juli suchen wir einen zweiten Redakteur für die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“. Jährliches Gehalt 1872 M. Meldungen nebst Referenzen sind bis zum 30. April an Chr. Daase u. Co. in Kiel, Bergstraße 11, zu senden. 48872

2 Tapezierer auf leichte Bezugsarb. verlangt Orth, Alexanderstr. 35, Hof II.

Fantastie-Federn. Geübte Arbeiterinnen im Hause finden dauernde Beschäftigung bei Wilhelm Frechstadt, Kommandantenstr. 80/81, II.

Fräser.

Ein tücht. Schlosser, der Erfahrung im Werkzeugbau und Fräserei hat und im Stande ist, eine vorhandene Fräserei mit ca. 30 Maschinen selbstständig einzurichten und zu leiten, wird zu sofort gesucht. Meldungen mit Lebenslauf unter L. Z. 249 an die Annoncen-Exp. von Gotthard Latta, Hamburg, erbeten. 10336

Sofort ein Lackierer verlangt, der etwas absehen kann. Hohen Lohn. Sandstr. 11a. 48912

Licht. Eisenbein- u. Holzschneider für Schirmstübe gef. Offerten an Nix Hôtel, Zimmer 3. 10396

Als Wirtschaftlerin empfiehlt sich Martha Koudel, Swinemünderstr. 51, v. I.

Verhülberer, Farbigmacher verl. Aug. André, Beuthstr. 4. 10436

Korbmachergefelle v. Zehdenickerstr. 15.

2 Verhülberer v. Loofe, Siegnitzerstr. 15. Stepperin und Handnäherin auf Stoffhofen verl. Brenzlauer-Allee 34, F. r. 1. 10506

Maurer. Achtung!

Die zum Dienstag publizierte große öffentliche Versammlung der Maurer konnte Umstände halber nicht stattfinden. Es findet dieselbe

Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29 mit derselben Tagesordnung statt.

Große öffentliche Versammlung der streikenden Maurer.

Tages-Ordnung:

Die Lage unseres Streiks und welche Aufgaben erwachsen den streikenden Kollegen. Also Kollegen, jeder thue seine Pflicht.

Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20-22 (großer Saal):

Vertrauensmänner-Sitzung für sämtliche Bezirke.

Tagesordnung: 1. Die augenblickliche Lage im Gewerbe. 2. Der 1. Mai. 3. Gewerkschaftliches. Die Kollegen werden ersucht, darauf zu achten, daß der Vertrauensmann jeder Werkstatt die Versammlung besucht.

Die Ortsverwaltung. Friedrichsberg-Rummelsburg.

Donnerstag, den 23. April 1896, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Heinicke, Friedrich-Karl-Straße 11:

Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Genosse Paul Jahn. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Achtung! Mechaniker. Achtung!

Uhrmacher, Schlosser und verw. Berufsgenossen. Donnerstag, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Martens, Friedrichstraße 236:

Gr. öffentl. Versammlung der Mechaniker und verwandten Berufsgenossen.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung über das Resultat der Werkstatt-abstimmungen. 2. Diskussion und Beschlußfassung. 3. Verschiedenes. Eingeladen sind hierzu alle in der elektrotechnischen, Telegraphenbau-, mathematischen, physikalischen und optischen Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Kollegen, da die Versammlung wichtige Beschlüsse fassen wird, ist es Pflicht aller, dort zu erscheinen.

Der Vertrauensmann der Mechaniker.

Achtung! Klempner. Achtung!

Donnerstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Louisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Der Streit bei Moosdorf & Hochhäuser. 4. Verschiedenes. In der Versammlung werden eingegangene Gelder von Listen und Marken einkassiert. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

F. Zimmermann, Vertrauensmann der Berliner Klempner, Pfläckerstr. 55.

Achtung! Verband aller in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Filiale III (Dekateure). Donnerstag, den 23. April 1896, abends 8 Uhr, bei Schulz, Stallreiberstraße 29:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Listen in betreff des 1. Mai. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste sind willkommen.

Achtung, Schrifthauer Berlins u. Umgegend!

Donnerstag, den 23. April, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann (Englischer Garten), Alexanderstraße 27c: Grosse Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung über die Lohnbewegung. 2. Verschiedenes. Im Interesse seiner eigenen Angelegenheit wird ein jeder Kollege ersucht, zu erscheinen. Die Tarif-Kommission.

F. A.: 207/9 Der Vertrauensmann der Steinarbeiter: J. Buchmann, Wilmibald-Alexisstr. 15.

Achtung! Putzer! Achtung!

Versammlung der Bandputzfrauen Berlins und Umgegend. Donnerstag, den 23. April 1896, abends 8 Uhr, Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung: Besprechung über weitere Maßnahmen. Die Kollegen, die noch im Besitz alter, nicht veranlagter Marken sind, werden aufgefordert, dieselben bis Freitag, den 24. April, abzuliefern.

Die Kommission. 193/13

An die Vorstände der Berliner Krankenkassen.

Freitag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße Nr. 57: Öffentliche Versammlung für sämtliche Krankenkassen-Vorstände.

Tages-Ordnung: Bericht der Achter-Kommission über Unfallstationen. Das Erscheinen sämtlicher Vorstände ist erwünscht. Die Achter-Kommission. 10506